

**Thema: „Migration als sinnvolle Lösung  
aus der demographischen  
Altersfalle ?“**

Diplomarbeit  
im Studiengang Soziologie  
in der Fakultät Sozial- und  
Wirtschaftswissenschaften  
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Verfasser:** Michael Stein  
Am Löwenberg 11  
95191 Leupoldsgrün

**Erstkorrektor:** Prof. Dr. Richard Pieper

**Zweitkorrektor:** Prof. Dr. Friedrich Heckmann

# Inhaltsverzeichnis

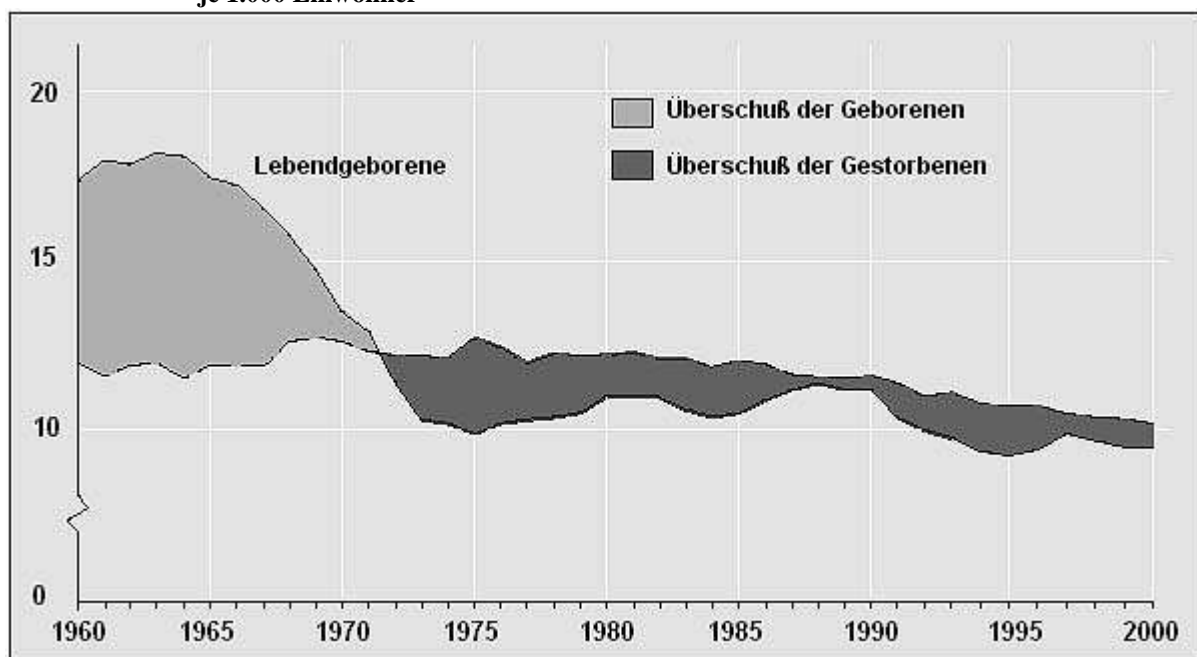
<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>03</b>
<b>II.</b>	<b>Die Altersstruktur in Deutschland und deren gesellschaftliche Konsequenzen</b>	<b>06</b>
	1. Die demographische Situation der deutschen Bevölkerung	06
	1.1 <i>Der Geburtenrückgang</i>	06
	1.2 <i>Die Überalterung</i>	09
	2. Eine demographische Prognose der Bevölkerungsentwicklung	12
	3. Konsequenzen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt	15
	4. Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme	19
	4.1 <i>Die gesetzliche Rentenversicherung</i>	19
	4.2 <i>Die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung</i>	21
	5. Weitere strukturelle Konsequenzen	24
<b>III.</b>	<b>Migration in Deutschland</b>	<b>27</b>
	1. Die historische Entwicklung	28
	2. Die aktuelle Situation	37
	2.1 <i>Neue rechtliche Grundlagen</i>	37
	2.2 <i>Gesellschaftliche Chancen der Integration</i>	42
	3. Zukünftige Migrationserwartungen	48
<b>IV.</b>	<b>Migration als Lösungsbeitrag aus der demographischen Altersfalle</b>	<b>53</b>
	1. Vergangene und zukünftige Lösungsbeiträge	53
	1.1 <i>Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung</i>	53
	1.2 <i>Die Erwerbsbeteiligung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt</i>	58
	1.3 <i>Die Entlastung der sozialen Sicherungssysteme</i>	63
	2. Bedingungen einer sinnvollen Migration	67
	3. Migration als sinnvolle Lösung aus der demographischen Altersfalle ?	72

<b>V.</b>	<b>Weitere Lösungsansätze aus der demographischen Altersfalle</b>	<b>76</b>
	1. Das „Alter“ als nutzbare Ressource	76
	2. Die Förderung der 2-Kind-Familie	79
	3. Die Notwendigkeit weiterer politischer Reformen	81
<b>VI.</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>83</b>
	<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>85</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>86</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>87</b>

## I. Einleitung

Bereits seit 30 Jahren werden in Deutschland jedes Jahr konstant weniger Kinder geboren als Menschen im selben Jahr sterben. Im Jahr 2000 gab es zum Beispiel 72.000 mehr Sterbefälle als neugeborene Kinder (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.37). Dieser immer stärker voranschreitende Bevölkerungsrückgang allein ist es jedoch nicht, der die Strukturen der deutschen Gesellschaft gefährden könnte.

**Abbildung 1: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960  
je 1.000 Einwohner**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2002, S.31

Es ist vor allem das zukünftige Problem der Überalterung, welches nachhaltige Veränderungen in vielen Bereichen der Gesellschaft nach sich ziehen muß, um diese in ihrer Gesamtstruktur weiterhin bewahren zu können. Seit der Debatte um ein neues Zuwanderungsgesetz existiert nicht nur der Streit darüber, in welcher Form Deutschland in Zukunft Zuwanderung gestalten soll, sondern auch vermehrt die Diskussion darüber, ob nicht die Migration selbst eine Lösung aus der demographisch bedingten „Altersfalle“ sein kann. In der vorliegenden Arbeit soll dieser Frage dadurch nachgegangen werden, daß einerseits zu klären ist, ob Migration als Lösung aus der demographischen Altersfalle für unser Land in Betracht

kommen kann und unter welchen Bedingungen eine Umsetzung dann überhaupt als politisch, gesellschaftlich und demographisch sinnvoll zu betrachten ist.

Um letztendlich zu einer umfassenden Antwort gelangen zu können, wird in einem ersten Kapitel die Problematik der Ausgangssituation hinreichend verdeutlicht. Dargestellt werden darin der schrittweise Rückgang der Geburtenrate in der Vergangenheit, die Entwicklung einer zukünftig immer längeren Lebenserwartung, die dadurch resultierenden Auswirkungen für die zukünftige Altersstruktur in Deutschland und die genauen Konsequenzen derartiger Veränderungen des Altersaufbaus unserer Gesellschaft. Diese lassen sich vor allem in den Bereichen des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherungssysteme und der Infrastruktur nachweisen.

Nach einer Konkretisierung des Problems der demographischen Altersfalle soll das zweite Kapitel die Bedeutung der Migration für die deutsche Gesellschaft verdeutlichen, vor allem als potentieller Einflußfaktor für die demographische Entwicklung. Unterteilt in drei Abschnitte wird zuerst die Wanderungsgeschichte Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute nachvollzogen, die letztendlich in einer Umkehr der Bevölkerungsdynamik zu beschreiben ist. Der sich daran anschließende Abschnitt wird sich mit der aktuellen Situation von Migranten in Deutschland beschäftigen. Dargestellt werden hierbei sowohl die politische und gesetzliche Situation aufgrund aktueller Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts und der geplanten Einführung eines neuen Zuwanderungsgesetzes, als auch die derzeitigen Möglichkeiten einer Integration durch den Arbeitsmarkt, durch die Bereitschaft und Fähigkeit der Migranten selbst und schließlich durch die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft. Dieses Kapitel abschließen wird ein Vergleich unterschiedlicher aktueller Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Migrationsgeschehnisse in Deutschland.

Kapitel 3 versucht schließlich die Frage zu beantworten, ob und unter welchen Bedingungen Migration in Deutschland zukünftig eine Lösung aus der demographischen Altersfalle sein kann. Dies wird zunächst anhand einer Aufzählung verschiedenster vergangener und zukünftiger Lösungsbeiträge geschehen, die aufgrund der positiven Entlastungswirkungen im Altersaufbau, auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialversicherungen entstehen. Im Anschluß daran werden jedoch die wichtigen gesellschaftlichen, politischen und demographischen Bedingungen einer für Deutschland erfolgreichen Migration definiert, die überhaupt erst

einen wirksamen und damit sinnvollen Lösungsbeitrag ermöglichen werden können. Eine letzte Gegenüberstellung der zu erwartenden Lösungs- und auch Problempotentiale zukünftiger Migration wird schließlich die Themenfrage dieser Arbeit beantworten.

Ein letztes Kapitel soll weitere Alternativen und Lösungsansätze aufzeigen, der drohenden Altersfalle entgegen zu können. Dies betrifft sowohl die Möglichkeit der stärkeren Einbindung älterer und alter Menschen in das gesellschaftliche Leistungssystem, als auch notwendige Reformen der Familienpolitik und der Sozialsysteme.

## **II. Die Altersstruktur in Deutschland und deren gesellschaftliche Konsequenzen**

### **1. Die demographische Situation der deutschen Bevölkerung**

Ein immer dringlicher werdender Grund für die deutsche Bevölkerung, sich in der Gegenwart in zunehmendem Maße mit seiner eigenen Zukunft beschäftigen zu müssen, ist die Tatsache, daß diese Zukunft zwei immer größer werdende Probleme bereithalten wird: sie heißen zum einen „Geburtenrückgang“ und zum anderen „Überalterung“. Beide demographischen Entwicklungen können aufgrund vergangener und gegenwärtiger Erkenntnisse und Berechnungen in relativ zuverlässigen Prognosen für die zukünftige deutsche Bevölkerungsentwicklung dargestellt und auch begründet werden (vgl. Birg 2000, S.39).

#### **1.1 Der Geburtenrückgang**

Die Geburtenentwicklung in Deutschland kann bis weit in das 19. Jahrhundert sehr genau zurückverfolgt werden. Hierbei läßt sich schnell feststellen, daß sich die Geburtenrate seitdem stetig verringert hat. Betrug diese im vorletzten Jahrhundert noch zwischen 3 und 4 lebendgeborenen Kindern pro Frau, so senkte sich das Niveau seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Zeit der Weimarer Republik auf etwa das der Bestandserhaltung von 2,1 Kindern herab (vgl. Bundesministerium 1997, S. 21). Mit diesem Wert konnte gerade noch eine natürliche Reproduktion der deutschen Gesellschaft gewährleistet werden, da jedes Elternpaar im Durchschnitt etwas mehr als zwei Kinder bekam, die als Erwachsene wiederum dafür sorgen konnten, die eigene Generation zu ersetzen (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.7).

Ein nach dem zweiten Weltkrieg in den 60er Jahren sogenannter „Babyboom“, der überdurchschnittlich hohe Geburtenraten und in seiner Hochphase mehr als eine Million Geburten im Jahr bedeutete (vgl. Tabelle 1 & Abbildung 2), konnte das Reproduktionsniveau sogar kurzzeitig wieder übersteigen. In der sich daran anschließenden Phase in den 70er Jahren fiel die Geburtenrate jedoch erstmals massiv unter die wichtige Grenze von 2,1 und hat sich aktuell auf einem gesamtdeutschen Schnitt von etwa 1,4 lebendgeborener Kinder pro

Frau eingepegelt, wobei sich der Osten Deutschlands auf einem momentan leicht niedrigeren Niveau befindet, welches sich jedoch dem des Westens wieder langsam annähern kann.

**Tabelle 1:  
Entwicklung der gesamtdeutschen  
Geburtenrate 1950 – 1999**

Jahr	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
1950	2,10	2,37
1955	2,11	2,35
1960	2,37	2,33
1965	2,51	2,48
1970	2,02	2,19
1975	1,45	1,54
1980	1,44	1,94
1985	1,28	1,73
1990	1,45	1,46
1999	1,40	1,15

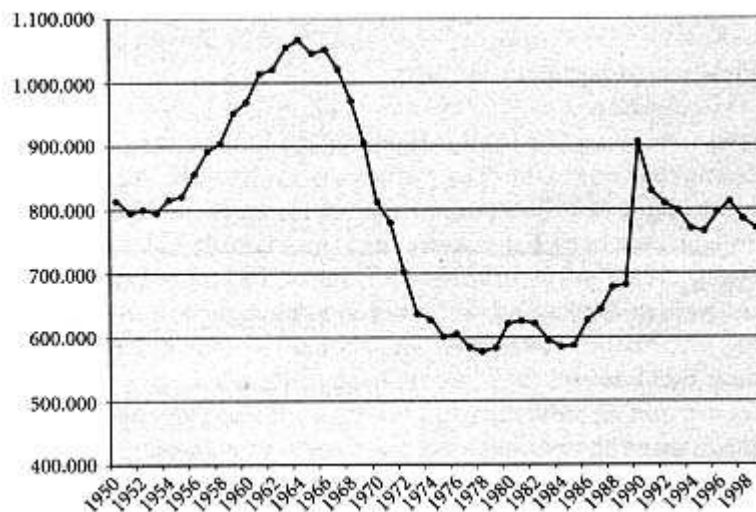
Quelle: Statistisches Bundesamt

**Tabelle 2:  
Entwicklung der Geburtenrate nach  
Frauenjährgängen**

Generation 1860	5,0 Kinder pro Frau
Generation 1874	4,0 Kinder pro Frau
Generation 1881	3,0 Kinder pro Frau
Generation 1904	2,0 Kinder pro Frau
Generation 1920	1,9 Kinder pro Frau
Generation 1932	2,2 Kinder pro Frau
Generation 1965	1,5 Kinder pro Frau

Quelle: Birg 2001, S.51

**Abbildung 2: Zahl der Geburten in der BRD 1950 – 1998**



Quelle: Tichy 2001, S. 47

Damit ist die Gesellschaft weit davon entfernt, einen zahlenmäßigen Status Quo zwischen den Generationen auf natürlichem Wege aufrechterhalten zu können. Die Folge dieser niedrigen Geburtenrate ist es außerdem, daß inzwischen jede neue Generation der deutschen



Bevölkerung eine immer geringere Anzahl von potentiellen Müttern hervorbringen kann, die dadurch in ihrer Generation noch weniger Kinder bekommen als in der Generation zuvor. Dies für mehrere Generationen bei einer gleichbleibenden Geburtenrate fortgesetzt, bedeutet damit eine konstante Schrumpfung der deutschen Bevölkerung.

Die Gründe für diesen über die Jahrzehnte seit dem zweiten Weltkrieg immer deutlicher ausfallenden Geburtenrückgang sind vielfältig (vgl. Birg 2000, S.30f & Poschner 1996, S.30):

Zum einen sind die ökonomischen Kosten für die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Verhältnis zu anderen Kosten relativ stark angestiegen, so daß es sich viele Paare ohne fremde Hilfe nicht oder kaum leisten können, Kinder zu bekommen. Hinzu tritt des weiteren die Tatsache, daß man durch den bei Kindererziehung häufig notwendigen Verzicht auf Erwerbsarbeit hohe Opportunitätskosten, bezogen vor allem auf das entgangene Einkommen, in Kauf nehmen muß.

Waren die Kinder vor wenigen Generationen noch ein wichtiger Garant für die spätere Versorgung der Eltern im Alter, so fällt dies aufgrund der heutigen sozialen Sicherungssysteme immer weniger stark ins Gewicht. Dieses Argument trifft allerdings nur für den jeweiligen Einzelfall zu. Denn es wird später noch zu zeigen sein, daß gerade die Kinderarmut auf breiter gesellschaftlicher Ebene zu starken Engpässen und höheren Kosten in den sozialen Versorgungssystemen führt.

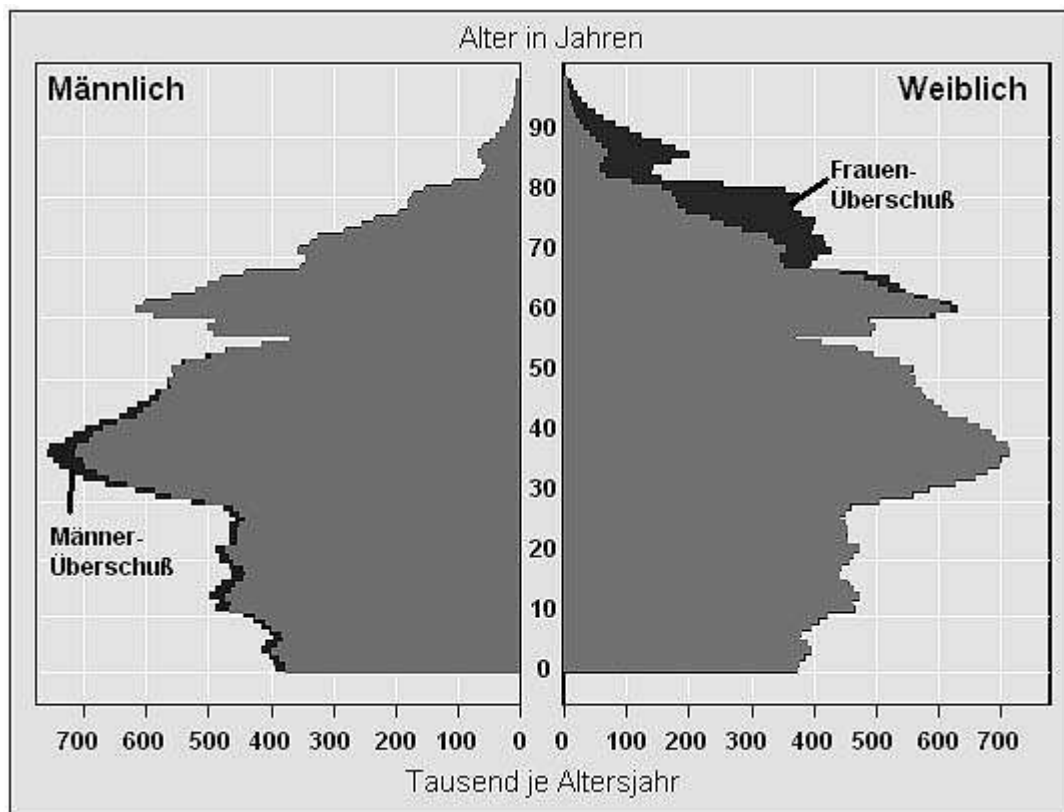
Zum Dritten ist ein starker Wertewandel der Institution Ehe und der Rolle der Frau in der Nachkriegsgesellschaft vollzogen worden. Sehr hohe Scheidungs-, konstant niedrige Eheschließungsraten und ein hohes Maß an freiwilligem Single-Leben, verknüpft mit der Emanzipation der Frau, die immer häufiger neben dem Mann auf eine gleichwertige Berufstätigkeit nicht verzichten will, ermöglichen immer weniger klar erkennbare Freiräume für die Erziehung von Kindern in der Lebensbiographie. Kinder werden oft eher als Balast und Einschränkung in der eigenen Selbstverwirklichung empfunden, denn als die eigentliche Selbstverwirklichung.

Schließlich tragen auch Aspekte der immer effektiveren Geburtenkontrolle oder konkrete Zukunftsängste wie die der Arbeitslosigkeit oder der Umweltproblematik dazu bei, daß auf Nachwuchs verzichtet wird. Kinder werden in dieser Verbindung auch häufig als ein Risiko betrachtet, das den eigenen Wohlstand gefährden könnte.

## 1.2 Die Überalterung

Das Phänomen der Überalterung in der deutschen Bevölkerung läßt sich zum großen Teil direkt aus dem des Geburtenrückgangs ablesen: Die noch stark besetzten Geburtenjahrgänge vor den 70er Jahren haben sich meist nur zu etwa zwei Dritteln selbst reproduzieren können.

**Abbildung 3: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31.12.2000**



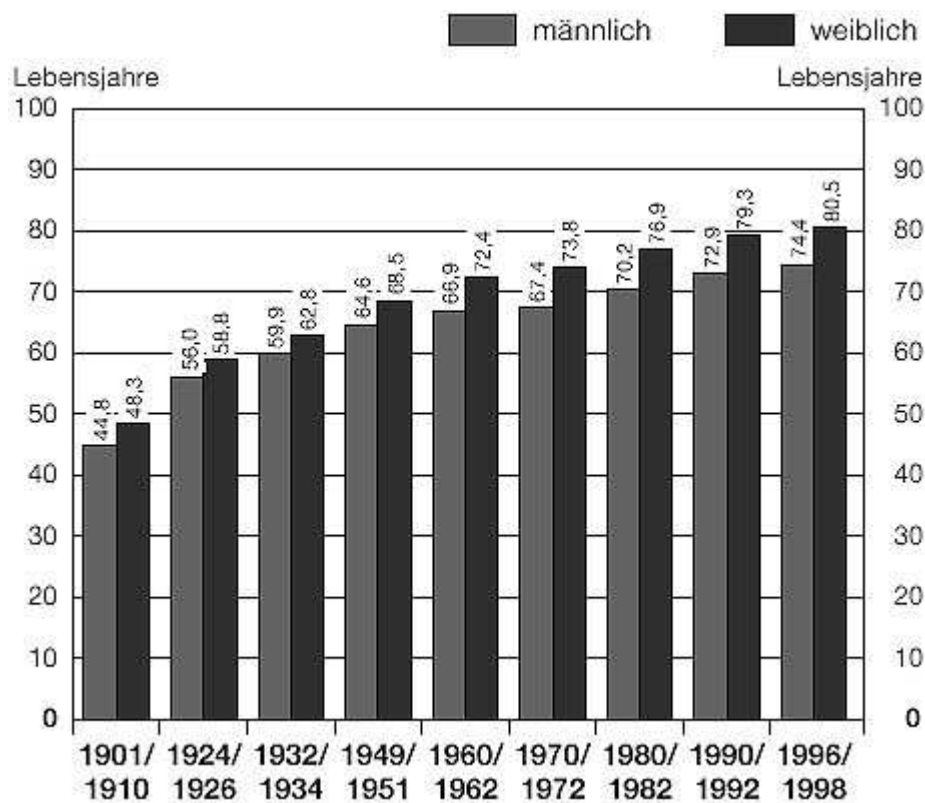
Quelle: Statistisches Bundesamt 2002, S.35 (korrigierte PDF-Version)

Diese nun inzwischen selbst als Elterngeneration auftretende kleinere Gruppe gibt dieses „demographische Erbe“ in gleicher Form an ihre Kinder weiter, so daß diese Generation wiederum reduziert wird. Die Folge ist eine immer schwächer besetzte heutige Elterngeneration mit einer noch ausgedünnteren zukünftigen Elterngeneration. Die

sogenannte *Alterspyramide*, welche im Idealfall die stärkste Besetzung in ihren Jugendjahrgängen hat und als Folge der ansteigenden Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten im Alter in ihrer oberen Hälfte immer mehr abnimmt, verengt sich stattdessen in ihrem Fundament, so daß die Sterbefälle in jedem Jahr die Geburten zunehmend überschreiten können (vgl. Abbildung 3).

Neben dieser Entwicklung spielt jedoch auch ein kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung eine wichtige Rolle:

**Abbildung 4: Lebenserwartung Neugeborener**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2000, S.10

Im Vergleich zu von vor hundert Jahren stieg die Lebenserwartung eines Neugeborenen in Deutschland um mehr als 30 Jahre. Die Säuglings- und Kindersterblichkeitsrate für das erste Lebensjahr sank in demselben Zeitraum von damals fast 20% auf heute nur noch 0,5%. Allein dadurch erreichen immer mehr Menschen ein höheres Alter. Jedoch hat sich auch die durchschnittliche Lebenserwartung älterer Menschen deutlich verbessern können. Für 60-Jährige beträgt sie heute bei den Männern 18,9 Jahre und bei den Frauen 23,2 Jahre. Im Jahr

1901 lag diese noch bei 13,1 Jahren bei den Männern und 14,2 Jahren bei den Frauen und fiel damit im Vergleich um 6 bzw. 9 Jahre geringer aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.9f).

Eine immer stärker auftretende demographische Dissonanz zwischen den jüngeren und den älteren Jahrgängen lässt sich sehr deutlich dadurch veranschaulichen, indem man einen sogenannten „Altenquotienten“ bildet, welcher die Altersgruppen der über 59-Jährigen (durchschnittliches Renteneintrittsalter) auf die überwiegend im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen desselben Jahres bezieht. Äquivalent hierzu lässt sich auch der „Jugendquotient“ berechnen, bei dem die Altersgruppe der unter 20-Jährigen wiederum auf die Gesellschaftsgruppe der 20- bis 59-Jährigen bezogen wird.

Sowohl der quantitative Anstieg älterer Menschen seit den letzten hundert Jahren, als auch die dementsprechende Entwicklung dieser beiden Quotienten lassen durch die Tabellen 3 und 4 das zunehmende Problem der Überalterung in der deutschen Gesellschaft anschaulich nachvollziehen:

**Tabelle 3: Entwicklung der Altersstruktur in Gesamtdeutschland seit 1900**

Jahr:	Bevöl. in Mio:	darunter 60-Jährige und Ältere	
		in %:	in Mio.:
1900	56,0	7,8	4,4
1910	64,6	7,9	5,1
1925	63,2	9,2	5,8
1939	69,3	12,3	8,5
1950	69,3	14,6	10,1
1955	70,9	15,6	11,1
1961	73,7	17,8	13,1
1965	75,6	18,6	14,1
1970	78,1	19,9	15,6
1975	78,8	20,5	16,2
1980	78,4	19,4	15,1
1985	77,7	19,9	15,5
1990	79,1	20,3	16,1
1995	81,5	21,0	17,1
2000	82,2	23,0	18,9

**Tabelle 4: Entwicklung des Jugend- u. Altenquotienten seit 1955**

Jahr:	Jugend- Quotient:	Alten- Quotient :
1955	55,6	28,8
1965	54,3	35,4
1975	57,7	40,6
1985	43,3	35,6
1995	37,3	35,8
2000	38,3	41,3

Quelle: Bundesministerium 1997, S.5; Statistisches Bundesamt 2001a, S.34

In den vergangenen hundert Jahren hat sich somit die Anzahl der Personen, die 60 Jahre und älter sind, mehr als Vervierfacht. Noch relevanter allerdings ist die Tatsache, daß der Anteil dieser Personengruppe auch in der Gesamtbevölkerung einen immer größeren Platz einnimmt. Waren vor einem Jahrhundert nur 7,8% der deutschen Gesellschaft älter als 59 Jahre, so trifft dies heute bereits auf jeden vierten Bewohner dieses Landes zu. Bei einem in den letzten 45 Jahren relativ konstanten Anteil der 20-59-Jährigen an der Bevölkerung von etwa 55% (vgl. Statistisches Bundesamt 2001a, S.34), verlief dadurch der Anstieg des Altenquotienten bei einem gleichzeitigen Abfallen des Jugendquotienten in bisher verhältnismäßig langsamen und für die Gesellschaft verkraftbaren Bahnen ab. Daß dies jedoch für die zukünftige Entwicklung des Altersaufbaus in Deutschland nicht mehr zutreffen wird, ist bei dem nun folgenden Anblick der Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung der nächsten Jahrzehnte festzustellen.

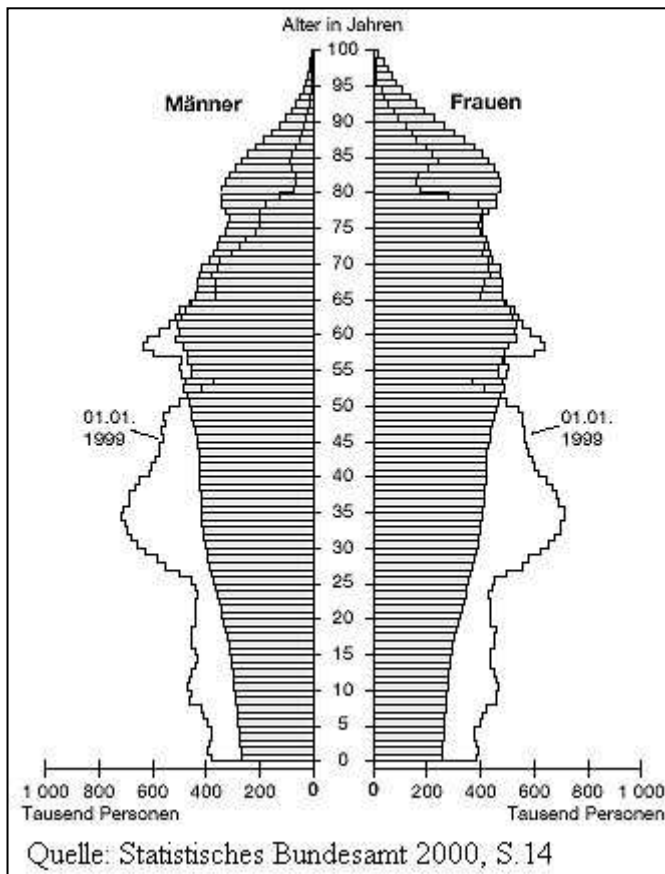
## **2. Eine demographische Prognose der Bevölkerungsentwicklung**

Das Statistische Bundesamt rechnet in seiner 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis in das Jahr 2050 mit einer gesamtdeutschen konstant niedrigen Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau, wobei sich das momentan noch etwas geringere Niveau in Ostdeutschland dem des Westens bis zum Jahr 2005 angleicht (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.8f). Im Gegensatz zu dieser recht stabilen Entwicklung rechnet man jedoch mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung Neugeborener im Vergleich zu heute: bis zum Jahr 2025 um rund 2 Jahre und bis zum Jahr 2050 für Jungen um 3,7 Jahre und für Mädchen um 4 Jahre. Auch für die Lebenserwartung 60-Jähriger ist laut der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung von einem weiteren Anstieg von 2,7 bzw. 3,5 Jahren bis zum Jahr 2050 auszugehen (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.10f).

Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf den künftig zu erwartenden Altersaufbau der deutschen Gesellschaft: Betrachtet man sich die heute am stärksten besetzten Altersgruppen der 30- bis 40-Jährigen und die immer dünner besetzten jüngeren Jahrgänge, so steht jetzt bereits fest, daß in etwa 25 bis 30 Jahren eine sehr große Anzahl von über 60-Jährigen einer relativ schwachen Gruppe jüngerer und junger Personen gegenüber stehen werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.13). Selbst bei einem eher unwahrscheinlichen Anstieg der Geburtenrate in den kommenden Jahren auf das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern

pro Frau würde dies erst in mehr als zwei Generationen einen korrigierenden Effekt auf das Mißverhältnis von jungen und alten Menschen haben können.

**Abbildung 5: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 01.01.2050**



Für das konkrete Prognosejahr 2050 ergibt sich aus einer bis dahin als konstant unterstellten Geburtenrate von 1,4 das Bild einer sehr stark besetzten Gruppe Hochaltriger 80-Jähriger. Jedoch wird aufgrund der Wahrscheinlichkeit der Lebenserwartungen dann deren Kindergeneration, die heute etwa 10-Jährigen, die am stärksten besetzte Gruppe im Altersaufbau darstellen. Die danach folgenden Generationen werden jeweils immer schwächer besetzt sein als diejenige davor, was sich schließlich auch in der Anzahl der Gesamtbevölkerung niederschlägt.

Durch den immer mehr zunehmenden Überschuß der Todesfälle gegenüber der Geburten in jedem Jahrgang geht das Statistische Bundesamt in seinen Prognosen von einer Abnahme der heutigen Bevölkerung bis zum Jahr 2050 von heute 82 Millionen auf mögliche 59 Millionen aus, sofern kein Zuwanderungsüberschuß der ausländischen Bevölkerung zugrunde gelegt wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.18). Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg rechnet bei seinen Prognosen ohne Einbezug von Wanderungsgewinnen sogar mit nur 50,7 Millionen Menschen. Für das Jahr 2100 prognostiziert er unter dieser Annahme eine schließlich stark minimierte Population von nur noch 24,3 Millionen Einwohnern in Deutschland (vgl. Birg 2001, S.98).

Natürlich bedeutet diese Entwicklung damit auch starke Auswirkungen für den zukünftigen Altenquotienten. Während heute 100 Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 59 Jahren etwas mehr als 40 Personen im Rentenalter von 60 und mehr Jahren gegenüber stehen (vgl. Tabelle 4), so kann sich dieses Verhältnis bis in das Jahr 2050 auf 100 zu 80 verschieben, was einer Verdopplung des Altenquotienten binnen zweier Generationen gleichkommt (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.16). Für Herwig Birg bedeutet ein Altenquotient von 80 allerdings nur den unteren Rand der Prognose. In bestimmten Szenarien kann dieser Wert auf 96 und ohne Wanderungsgewinne sogar auf 98 steigen, was damit einfach ausgedrückt bedeutet, daß in einem möglichen Bevölkerungsaufbau des Jahres 2050 auf einen Erwerbstätigen genau ein Rentner käme (vgl. Birg 2001, S.116).

Dieses Kapitel abschließen soll nun eine Vorausberechnung der deutschen Population bis in das Jahr 2100, unterteilt in 5 verschiedene Altersgruppen, die jeweils durch ihre demographische Entwicklung eine spezielle Rolle in den Konsequenzen für die zukünftigen deutsche Gesellschaft spielen werden. Für gewisse Teilpopulationen wurden jeweils unterschiedliche Annahmen zur Entwicklung der Geburtenrate, der Lebenserwartung und der Migration zugrunde gelegt (vgl. Birg 2001, S.103).

**Tabelle 5: Bevölkerungszahl nach Altersgruppen von 1998 bis 2100 (in Mio.)**

<b>Alter</b>	<b>1998</b>	<b>2030</b>	<b>2050</b>	<b>2080</b>	<b>2100</b>
<i>unter 20</i>	17,7	12,0	9,7	7,8	7,1
<i>20 bis unter 40</i>	24,6	16,3	13,4	10,4	9,2
<i>40 bis unter 60</i>	21,9	19,9	17,1	13,1	11,4
<i>60 und älter</i>	17,9	29,4	27,8	21,7	18,3
<i>80 und älter</i>	3,0	6,6	10,0	7,6	6,3
<b>Gesamtbevölkerung</b>	<b>82,1</b>	<b>77,5</b>	<b>68,0</b>	<b>53,1</b>	<b>46,1</b>

**Tabelle 6: Prozentuale Anteile der Altersgruppen von 1998 bis 2100**

<b>Alter</b>	<b>1998</b>	<b>2030</b>	<b>2050</b>	<b>2080</b>	<b>2100</b>
<i>unter 20</i>	21,6	15,5	14,3	14,6	15,4
<i>20 bis unter 40</i>	30,0	21,0	19,7	19,6	19,9
<i>40 bis unter 60</i>	26,7	25,7	25,2	24,7	24,7
<i>60 und älter</i>	21,8	37,9	40,9	40,9	39,7
<i>80 und älter</i>	3,7	8,5	14,7	14,3	13,7
<b>Gesamtbevölkerung</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Birg 2001, S. 108

Nach diesen Berechnungen wird sich die Altersgruppe der unter 20-Jährigen bis zum Jahr 2050 in ihrer Anzahl fast halbiert haben, jedoch im Anteil an der Bevölkerung ab dem Jahr 2030 einen konstanten Wert um die 15% einnehmen können. Die heute am stärksten besetzte Altersgruppe der 20- bis unter 40-Jährigen mit einem Anteil von 30% wird in 50 Jahren auf knapp 20% fallen, wohingegen die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren ihren Anteil von heute bis ins Jahr 2050 fast verdoppeln können wird. Sie wird dann mit über 40% die mit Abstand größte Altersgruppe in der deutschen Gesellschaft repräsentieren. Den mit Abstand stärksten Zuwachs jedoch wird die Altersgruppe der über 79-Jährigen sowohl anteilig wie auch zahlenmäßig verzeichnen können. Gab es im Jahr 1998 in etwa 3 Millionen Menschen dieser Altersgruppe in Deutschland, so wird sich jene Zahl in den nächsten 5 Jahrzehnten mehr als Verdreifachen. An der Gesamtbevölkerung gemessen wird sich die Gruppe der Hochaltrigen bis zur Mitte des Jahrhunderts sogar Vervierfachen, was dann in etwa dem Anteil der unter 20-Jährigen entspricht. Einzig die Gruppe der 40- bis unter 60-Jährigen kann einen konstanten Bevölkerungsanteil von etwa 25% bis zum Ende des Jahrhunderts aufweisen. Deren Anzahl wird sich nach dieser Prognose bis dahin jedoch trotzdem beinahe halbiert haben (vgl. Birg 2001, S.104ff.).

### **3. Konsequenzen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt**

Diese sich für die nächsten Jahrzehnte aus dem letzten Abschnitt klar erkennbaren starken demographischen Verschiebungen in beinahe allen Altersgruppen werden auch ebenso starke Konsequenzen für den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft nach sich ziehen, da etwa ab den Jahren 2010 bis 2015 beginnend, ein immer größer werdender Rückgang an potentiellen Arbeitskräften zu erwarten ist. Die Gruppe älterer in Rente gehender Menschen wächst dann sehr stark an, ohne daß es ausreichenden Nachwuchs einer sogenannten Stammebelegschaft im Alter von 35 bis 45 Jahren geben wird, da sich die Jahrgänge heutiger Kinder und Jugendlicher immer mehr verringern (vgl. Bookmann 2000, S.87f).

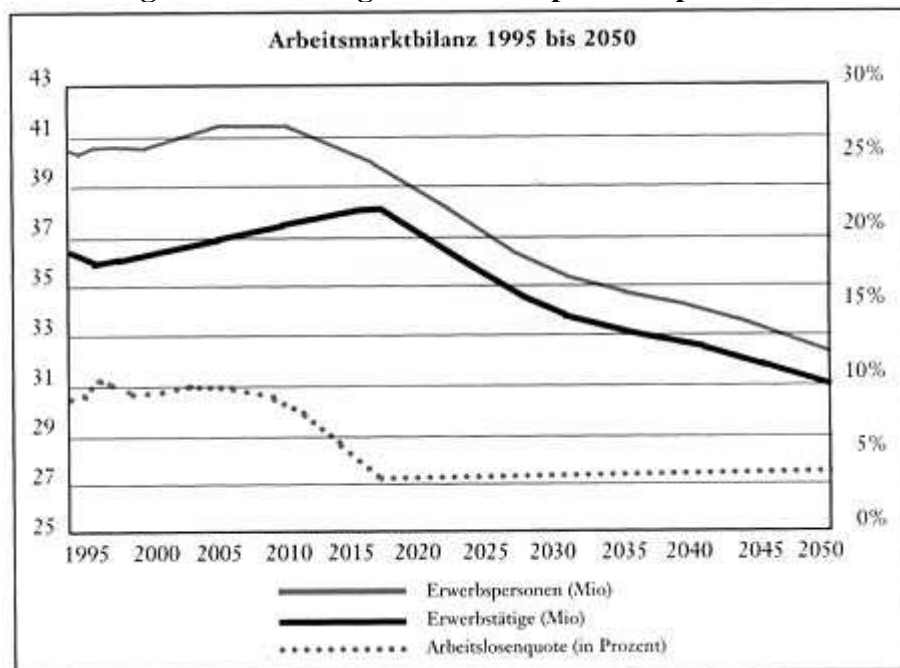
Eine Alterung der Gesamtgesellschaft betrifft zukünftig damit auch zunehmend das Durchschnittsalter der Belegschaft in Betrieben, obwohl momentan eher noch das Gegenteil vorherrschend ist: „Wir erleben derzeit ein merkwürdiges Paradoxon: Obwohl die Gesamtgesellschaft altert, wird ein zentrales Teilsegment, nämlich die Arbeitswelt, immer jünger. Es scheint, als ob der demographische Wandel an den Betrieben und Verwaltungen



vollständig vorbegeht.“ (Naegele 2001, S.3). Dies liegt vor allem darin begründet, daß die häufig angewendete Formel einer Frühverrentung der älteren Belegschaft für die Betriebe zur Zeit eine relativ einfache Lösung des Arbeitsplatzabbaus ist, ohne dafür bei schlechter Auftragslage betriebsbedingte Kündigungen aussprechen zu müssen.

Wenn die Verschiebung des Altersaufbaus jedoch in etwa einem Jahrzehnt für alle Bereiche der Gesellschaft zu wirken beginnt, muß sich zwangsläufig auch die Arbeitswelt mit dieser Thematik stärker auseinandersetzen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) geht davon aus, daß sich das Arbeitskräftepotential bis zum Jahr 2010 um jährlich 150.000 bis 200.000 Personen vermindert und danach Spitzenverlustwerte von bis zu 600.000 Personen pro Jahr annehmen kann. Dies bedeutet bei stabiler Erwerbsquote einen Gesamtverlust von 6 Millionen Arbeitskräften im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2020 von 40 Millionen auf 34 Millionen. Bis zum Jahr 2040 rechnet das IAB schließlich mit einem Arbeitskräftepotential von nur noch 25 Millionen Personen (vgl. Tichy 2001, S.173).

**Abbildung 6: Entwicklung des Erwerbepersonenpotentials bis 2050**



Quelle: Hof 2001, S.106ff.; aus: SPD 2001, S.32

Es bleibt jedoch zu bedenken, daß im Gegensatz zu den Prognosen der Bevölkerungsentwicklung eine Prognose des Arbeitsmarktes für die nächsten 50 Jahre nur schwer erstellbar ist, da diese von zu vielen Faktoren abhängig ist, die heute noch nicht genau abschätzbar sein

können. Daher wird in diesem Zusammenhang auch von möglichen „Projektionen“ (vgl. SPD 2001, S.32). Eine weitere für den Arbeitsmarkt bis zur Mitte des Jahrhunderts entworfene Projektion beruht auf den Annahmen einer schrittweise steigenden Frauenerwerbsquote, einer bestimmten Netto-Zuwanderung aus dem Ausland, eines realen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes und einer Steigerung der Arbeitsproduktivität (vgl. Abbildung 6).

Anhand bestimmter Voraussetzungen muß somit die Rückläufigkeit des Arbeitskräftepotentials nicht ganz so groß ausfallen, wie diese das IAB unter anderen Voraussetzungen prognostiziert hat. Jedoch fällt auch in Abbildung 6 die Zahl der Erwerbstätigen und Erwerbspersonen, nach einem leichten Anstieg bis zum Jahr 2015, spätestens ab dem Jahr 2020 beträchtlich ab. Ausgehend von diesen Berechnungen verringert sich das Arbeitskräfteangebot von 41,5 Millionen Personen im Jahr 2010 auf 32,5 Millionen Personen im Jahr 2050, was immerhin noch einen Rückgang um 9 Millionen Erwerbspersonen innerhalb dieser 40 Jahre bedeutet (vgl. Hof 2001, S.119). Positiv zu bewerten ist hier allerdings die Annahme, daß durch die Abnahme des Angebots an Arbeitskräften die Arbeitslosenquote ab dem Jahr 2007 stetig zu sinken beginnt, bis sie schließlich im Jahr 2018 einen stabilen Wert von 4% erreicht hat, was dann dem Erreichen von Vollbeschäftigung entsprechen würde (vgl. Hof 2001, S.123).

Für die Wirtschaft hat eine mit Gewissheit prognostizierte alternde und schrumpfende Gesellschaft verschiedenartige Konsequenzen aufzuweisen, welche jedoch nicht immer klar in eine Richtung deuten. Einerseits hat eine abnehmende Bevölkerungszahl auch eindeutig eine abnehmende Konsumnachfrage zufolge. Andererseits ist die Konsumquote für die meisten Rentnerhaushalte im Gegensatz zu der von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten jedoch relativ hoch, womit eine beständige Gesamtnachfrage nach Gütern für die Zukunft weiterhin anzunehmen ist, wenn sich die Anzahl der Rentner vergrößert. Daher läßt sich auch kaum eine genaue Prognose darüber abgeben, welche quantitativen Nachfragewirkungen die zukünftige Bevölkerungsentwicklung hat (vgl. Bookmann 2000, S.91). Qualitativ jedoch bedeutet eine Alterung der Konsumentengruppen eine gewisse Verlagerung der Ausgaben hin zu Produkten und Dienstleistungen des Gesundheitssektors und für mehr Freizeitprodukte, wie zum Beispiel Ausgaben für Elektronik oder Reisen. Aber auch hier kann ein Niveau dieser Konsumnachfrage aufgrund gegenläufiger Effekte nicht genau bestimmt werden (vgl.

Bookmann 2000, S. 92f). Mit einer zukünftigen Verschiebung der Konsum- und Nachfragestrukturen in Deutschland ist jedoch in jedem Fall zu rechnen.

Da „Wissen“ als immer wichtigerer Produktionsfaktor gilt, der gleichzeitig aber auch immer schneller veralten kann, ist gerade hierfür eine nachwachsende Generation junger 20- bis 40-jähriger Arbeitskräfte zur kreativen Erneuerung essentiell. Vor allem wird die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung als wichtigste Ressource in diesem Land von dieser Bevölkerungsgruppe vorangetrieben. Weil aber gerade jene Altersgruppe bis zur Mitte des Jahrhunderts einen starken Rückgang zu verzeichnen hat (vgl. Tabelle 5), stellt sie für die Wirtschaft eine klare „Wachstumsbremse“ (Bookmann 2000, S.97) dar. Anpassung, Wandel und Erneuerung fallen dieser Gesellschaft damit zunehmend schwerer. Des Weiteren ist mit einer Bevölkerungsabnahme gleichzeitig auch immer eine Abnahme des Potentials hochbegabter Menschen verbunden, welche die innovativen Spitzenleistungen und den technischen Fortschritt überhaupt erst hervorbringen können. Dies kann sich nur negativ auf das zukünftige wirtschaftliche Wachstum in Deutschland auswirken (vgl. Bookmann 2000, S.98).

Für die Arbeitsproduktivität schließlich kann ein in den nächsten Jahrzehnten ansteigendes Durchschnittsalter der Beschäftigten sowohl negative als auch positive Effekte haben. Einerseits gibt es Vorteile für die Leistungsfähigkeit in vielen Berufen, in denen ältere Angestellte ein höheres Erfahrungswissen und die oft besser ausgeprägte soziale Kompetenz im Umgang mit anderen Menschen im Gegensatz zu ihren jüngeren Kollegen nutzen können. Andererseits lassen aber auch die Konzentrationsfähigkeit und die Fähigkeit zur Aneignung neuen Wissens im Alter stark nach. Auch die in der Ausbildungszeit erworbenen Qualifikationen können bereits nach einer Generation durch neues Wissen und technischen Fortschritt völlig veraltet und damit entwertet sein. Von Seiten des Betriebes wird dies zukünftig daher immer mehr finanzielle Anstrengungen an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen erfordern, um dadurch genügend gute Fachkräfte in ihren Betrieben erhalten zu können (vgl. Bookmann 2000, S. 100ff) .

Schließlich können im immer größer werdenden Sektor der Dienstleistungen viele Dienste und Leistungen aufgrund des zukünftig verstärkten Personalmangels nicht einfach durch Roboter oder Computer ersetzt werden. Dies trifft bereits heute vor allem auf den Sektor der

sozialen Sicherungssysteme zu, mit dem sich der nun folgende Abschnitt genauer beschäftigen wird.

#### **4. Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme**

Die demographische Altersfalle, die in den nächsten Jahrzehnten auf die deutsche Gesellschaft wartet, hat neben den Konsequenzen für den Arbeitsmarkt auch zwingende Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme in diesem Land. Jede Verschiebung der Altersstruktur und der Bevölkerungszahlen bedeutet gleichzeitig auch eine Größenveränderung der Beitragszahler und Leistungsempfänger in den drei großen Sicherungssystemen der Renten-, Kranken- und der Pflegeversicherung:

##### **4.1 Die gesetzliche Rentenversicherung**

Das deutsche System der Rentenversicherung wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts vom damaligen Reichskanzler Otto von Bismarck zu einem Zeitpunkt eingeführt, als die Geburtenrate noch sehr hoch war und die durchschnittliche Lebenserwartung niedriger lag als die Altersgrenze für den festgesetzten Empfang von staatlichen Pensionen. Somit konnte die Einführung dieses wichtigen sozialen Sicherungssystems noch relativ einfach finanziert und dem damaligen Volk gleichzeitig damit demonstriert werden, daß sich der Staat um dessen Versorgung kümmere (vgl. Wallace 1999, S.190).

Durch das heute immer noch fast ausschließlich angewendete Verfahren der Umlagefinanzierung, welches die aktuell auszahlenden Rentenbeträge durch aktuelle Einzahlungen der Beitragszahler aufbringen muß, ist dieses Versorgungssystem somit sehr stark vom Größenverhältnis der Beitragszahler zu den Rentenempfängern abhängig. Da sich jedoch der Altenquotient in den nächsten Jahrzehnten weiter erhöhen wird, um sich bereits zur Mitte des Jahrhunderts gegenüber heute verdoppelt zu haben, bedeutet dies sowohl für die Beitragssätze als auch für die Rentenhöhe massive Einschnitte. Um zum Beispiel das Rentenniveau auf heutigem Stand im Jahr 2050 beibehalten zu können, müßte dafür eine Verdopplung der Beitragssätze folgen. Will man jedoch die Beitragssätze stabil halten, so dürfte die Höhe der ausgezahlten Renten nur der Hälfte des derzeitigen Niveaus entsprechen (vgl. Birg 2001, S.170). Weniger realistische aber denkbare Möglichkeiten zur rechnerischen Beibehaltung eines konstanten Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentenempfängern wäre

zum Beispiel eine schrittweise Erhöhung des durchschnittlichen Ruhestandsalters von heute 60 auf schließlich 72 Jahre ab dem Jahr 2042, oder eine Erhöhung der durchschnittlichen Geburtenrate pro Frau von 1,4 auf 3,8 (vgl. Birg 2001, S.176ff). Beide Lösungsansätze sind gesellschaftspolitisch in dieser extremen Form auf demokratischer freiwilliger Basis jedoch keinesfalls umsetzbar.

**Tabelle 7: Vorausberechnung des Jugend- und Altenquotienten von 1998 bis 2100**

	Jugendquotient	Altenquotient
1998	38,0	38,6
2000	38,1	42,8
2010	33,2	48,3
2020	31,3	59,9
2030	33,1	81,3
2040	32,1	85,9
2050	31,9	91,4
2060	32,7	92,6
2070	33,1	93,0
2080	33,2	92,2
2090	34,0	90,9
2100	34,5	88,7

Quelle: Birg 2001, S.181

Eine Zunahme des Altenquotienten ist unumgänglich, genauso wie eine Erhöhung der Beitragssätze zur Rentenversicherung und ein Absinken des Rentenniveaus nötig sind, um das System der Umlagefinanzierung beizubehalten. Des weiteren wird die dadurch steigende finanzielle Belastung der Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen, die neben den höheren Beiträgen auch zunehmend eine eigene Privatsvorsorge aufbauen müssen, nicht durch einen gleichzeitig stattfindenden Rückgang des Jugendquotienten, der eine eventuelle Entlastung durch ersparte Kosten bei der Erziehung von Kindern darstellen könnte, aufgefangen werden können, da dieser im Verhältnis viel weniger sinkt als der Altenquotient in gleicher Zeit ansteigen wird. (vgl. Tabelle 7 & Birg 2001, S.178).

Auch auf einer anderen Ebene wurde das Mißverhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern in den letzten Jahren künstlich verschärft. Um die hohen Arbeitslosenzahlen senken zu können, setzten Wirtschaft und Staat in den letzten Jahren sehr oft auf die Frühverrentung von Arbeitnehmern. Dadurch wurde ein weit unter dem gesetzlich vorgesehenen Rentenalter von 65 Jahren liegendes durchschnittliches Renteneintrittsalter von

60 Jahren begünstigt, welches zum einen die Zahl der Beitragszahler reduziert und zum anderen die Bevölkerungsgruppe der Rentenempfänger ausweitet. Sowohl eine allgemeine Verlängerung der Ausbildungszeiten als auch die häufige Anwendung von Vorruhestandsregelungen haben schließlich eine Kürzung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit zufolge, was neben der Ursache einer längeren Lebenserwartung den Zeitraum des Leistungsempfangs erweitert und den der Beitragszahlung verkürzt hat. Effekt dieses vorgezogenen Ruhestands ist eine notwendige Erhöhung der Beitragssätze, was die Lohnnebenkosten der Beitragszahler wiederum steigen läßt. Somit könnte dieser arbeitsmarktpolitische Eingriff sogar einen Anstieg der Arbeitslosigkeit begünstigen. In jedem Fall aber verschärft er die Konsequenzen der demographischen Altersfalle für die gesetzliche Rentenversicherung noch weiter (vgl. Weizsäcker 2000, S.190).

In der Summe bedeutet dies, daß zur zukünftigen Aufrechterhaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Beiträge steigen werden und die Leistungen zeitgleich sinken müssen. Würde man allerdings in Zukunft nur auf eine umlagenfinanzierte Rentenversicherung setzen, so würden die Beitragssätze von aktuell noch unter 20% bis zum Jahr 2050 auf 48% ansteigen müssen, um das derzeitige Leistungsniveau halten zu können (vgl. Birg 2001, S.171f). Der Verband der Rentenversicherer befürchtet darüberhinaus für das Jahr 2040, daß bis dahin auf einen Rentenbezieher nur noch ein Beitragszahler kommen könnte (vgl. Bade 1996, S.140). Bereits eine solche Belastung zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung ist schwer vorstellbar. Jedoch wird zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung auch die Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für die jetzige und vor allem für die zukünftige Generation mittleren Alters ein zunehmendes Problem darstellen.

#### 4.2 Die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung

Ließe sich die demographische Altersverschiebung in der gesetzlichen Rentenversicherung theoretisch durch die Anhebung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters teilweise auffangen, so ist dieser Lösungsansatz bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung nicht möglich. Steigen schon aufgrund immer aufwendiger betriebener Forschungen für Medikamente und Behandlungen die Kosten im Gesundheitssektor seit Jahrzehnten immer mehr an, so trifft dies, unabhängig von der Festsetzung des genauen Ruhestandsalters, speziell

für die älteren Menschen zu. Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit im höheren Alter sind um ein Vielfaches größer als die für junge Erwachsene. Bei einer Erhebung aus dem Jahr 1997 für einer Gruppe junger Erwachsener zwischen 20 und 25 Jahren im Vergleich zu einer Gruppe, die der Altersgruppe der 80- bis 85-Jährigen angehört, kam man zu folgenden Ergebnissen: Der Gruppe 20- bis 25-Jähriger wurden Arzneimittel im Wert von 183 DM verordnet, der Gruppe der 80- bis 85-Jährigen jedoch in demselben Zeitraum das knapp 7-fache. Der tatsächliche Mengenverbrauch von Arzneimitteln dieser Gruppe betrug überdies knapp das 11-fach im Vergleich zu der Gruppe junger 20- bis 25-Jähriger (vgl. Hof 2001, S.36).

So wird vor allem ein starker prognostizierter Anstieg der Hochaltrigen, die besonders oft von schweren und chronischen Krankheiten betroffen sind, unter gleichzeitigem Rückgang des Jugendquotienten (vgl. Tabelle 5 & 6), die Ausgaben für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung in die Höhe treiben lassen. Auch hier wird die Einnahmeseite in den nächsten Jahrzehnten immer mehr zurückgehen, wohingegen die Ausgabenseite sehr stark wachsen wird. Schätzungen der Enquête-Kommission "Demographischer Wandel" des Deutschen Bundestages und des Prognos-Instituts gehen dahin, daß bei einer Fortsetzung dieses finanziellen Trends bis 2040 die Pro-Kopf-Ausgaben zwischen Jung und Alt ein Verhältnis von 1 zu 20 betragen werden. Zu diesem Zeitpunkt wird bereits von einem Beitragssatz von etwa 24% für die gesetzliche Krankenversicherung ausgegangen (vgl. Birg 2001, S.185f). Andere Berechnungen bewegen sich in etwa derselben Größenordnung und gehen von Beitragssätzen für das Jahr 2050 je nach Entwicklungsszenario zwischen 22,6% und 26,1% aus (vgl. Hof 2001, S.260).

Der gesetzlichen Pflegeversicherung liegen dieselben Gesetzmäßigkeiten zugrunde, die auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung für eine Beitragssatzerhöhung sorgen werden. Für das Jahr 2040 rechnet man hier mit einer Verdreifachung des Beitragssatzes bis auf mögliche 6 Prozent. Es wird jedoch eingeräumt, daß selbst dieser Anstieg noch zu gering sein könnte, was verschiedene demographische Vorausberechnungen speziell für die Gruppe der Hochaltrigen veranschaulichen:

1. Eine *Verdreifachung* der Gruppe über 79-Jähriger Menschen von 3,0 Millionen auf 9,9 Millionen wird von 1998 bis 2050 stattfinden.

2. Der demographische Altenpflegequotient (= Zahl der über 80-Jährigen auf 100 Menschen im Alter von 40 bis 60 Jahren) wird sich von 12,6 (1998) auf 55,0 (2050) *vervierfachen*.
3. Die Lebenserwartung älterer Menschen wird im Verhältnis wesentlich mehr ansteigen, als die Lebenserwartung jüngerer Menschen.

(vgl. Birg 2001, S.187f)

Ein zukünftiger Anstieg des Anteils pflegebedürftiger Menschen an der Gesamtbevölkerung wird damit offensichtlich. Bis zum Jahr 2050 ist bei einem kontinuierlichen starken Anstieg der Lebenserwartung eine Verdopplung dieser Fälle von derzeit 1,7 Millionen Personen auf mehr als 3,5 Millionen Personen zu erwarten (vgl. Hof 2001, S.261). Nach anderen Berechnungen beträgt der Zuwachs über 60-jähriger Pflegebedürftiger mit Anspruch auf die gesetzliche Pflegeversicherung im Jahr 2050 je nach zugrunde gelegtem Modell immerhin das 1,42- oder 1,88-fache des Ausgangswertes aus dem Jahr 1995 (vgl. Rothgang 1997, S.25). Eine weitere Quelle rechnet mit folgendem zukünftigen Anstieg der Hilfe- und Pflegebedürftigen in privaten Haushalten:

**Tabelle 8: Anzahl der Hilfe- und Pflegebedürftigen in privaten Haushalten in Deutschland bis zum Jahr 2030 (in Tsd.)**

	<b>1991</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>
Pflegebedürftige	1123	1245	1361	1509	1556
Hilfebedürftige	2093	2334	2567	2735	2867
Hilfe- und Pflegebedürftige insgesamt	3216	3580	3928	4244	4423

Quelle: Bundesministerium 1997, S.110

Im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung spielt darüberhinaus der Geburtenrückgang bei der gesetzlichen Pflegeversicherung eine doppelt belastende Rolle. Es sind dadurch zukünftig nicht nur weniger Beitragszahler zu erwarten. Eine ansteigende Kinderlosigkeit von Frauen bedeutet gleichzeitig auch, daß immer mehr Pflegebedürftige auf außerfamiliale Pflegeleistungen und Pflegekräfte zurückgreifen müssen, die in der Regel teurer als die heimische Pflege sind. Auch werden auf diese Weise Beitragszahler, die Kindern großziehen und damit für die Sozialsysteme einen zusätzlichen positiven Beitrag



leisten, im Vergleich zu denjenigen stärker belastet, die kinderlos bleiben, aber dennoch denselben Tarif einzahlen (vgl. Birg 2001, S.190).

Pflegeeinrichtungen und -dienste werden mit fortschreitender Überalterung in der deutschen Gesellschaft somit eine immer bedeutendere Rolle einnehmen. Neben der Problematik der Finanzierung zeichnet sich hier jedoch auch ein immer akuter werdender Mangel an Fachpersonal ab, welcher in der wachsenden Belastung durch steigende Patientenzahlen einerseits und schlechter Bezahlung aufgrund notwendiger Sparmaßnahmen andererseits begründet liegt. Der in Abschnitt 3 beschriebene Rückgang des Arbeitskräftepotentials wird diese Situation zukünftig mit Sicherheit weiter verschärfen. Um in solch einer Lage ausreichend Personal für die wachsende Anzahl pflegebedürftiger Menschen gewinnen zu können, werden in Zukunft sowohl der Staat als auch der privat Betroffene bereit sein müssen, viel mehr dafür auszugeben, als sie dies heute tun. Jedoch kann auch eine zu geringe Auslastung zu höheren gesellschaftlichen Kosten führen, wie dies im folgenden Abschnitt beschrieben wird.

## **5. Weitere strukturelle Konsequenzen**

Eine Schrumpfung und Überalterung der deutschen Bevölkerung hat neben den zentralen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme viele weitere wichtige gesellschaftliche Konsequenzen zur Folge. Auch hier sind jedoch die meisten eher als negativ zu werten. Als vorweg zu nennende positive Ausnahme ist zum Beispiel eine in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten sicherlich spürbare Entlastung der natürlichen Ressource Umwelt aufgrund des ebenso natürlichen demographisch-bedingten Rückgangs potentieller Umweltverbraucher und –verschmutzer. Eine Verringerung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub>-Gasen und damit eine Verminderung des Waldsterbens sind zwei sich daraus ergebende konkrete Folgen (vgl. Birg 2001, S.12).

Vor allem bedeutet aber ein in Deutschland möglicherweise relativ schnell verlaufender Rückgang der Population bei gleichzeitiger Zunahme des Altenquotienten und Abnahme des Jugendquotienten, gravierende, bereits heute schon vor allem in Ostdeutschland sichtbare, Auswirkungen auf viele gesellschaftliche Strukturen und Institutionen. Besonders der im Moment noch in vielen westdeutschen Innenstädten vorhandene Mangel an Wohnraum wird

sich in den nächsten Jahrzehnten in vielen Städten und Dörfern immer mehr in leerstehende und ungenutzte Gebäude verwandeln. Aufgrund der besonders niedrigen Geburtenrate in Ostdeutschland und einer starken Wanderung vor allem junger ostdeutscher Arbeitnehmer nach Westdeutschland, sind und werden diese Verhältnisse in den neuen Bundesländern besonders stark allgegenwärtig.

Während der Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands an der deutschen Gesamtbevölkerung kurz nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991 noch 18% betrug, so wird bis zum Ende des Jahrhunderts eine Halbierung dieses Wertes, je nach Variation der Geburtenrate und der Außenwanderung, zwischen 8,3 und 9,7% prognostiziert. Je nach Annahme des Binnenwanderungsvolumens für Deutschland in diesem Jahrhundert, beträgt der geschätzte Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland um die 70%, ein Vielfaches des Wertes, der für den Rückgang in Westdeutschland für denselben Zeitraum angenommen wird (vgl. Tabelle 5 & Birg 1997, S.99ff). Sollte sich diese Entwicklung wirklich nach jenen Berechnungen fortsetzen, würden sich noch stärkere Ungleichgewichte der Siedlungs- und Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ergeben, als dies ohnehin schon heute der Fall ist. "Das Modell bzw. die empirischen Anwendungen zeigen in den meisten Fällen sich verschärfende demographische Disparitäten zwischen den Bundesländern. Damit stellt sich die Frage, inwieweit das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen unter den absehbaren demographischen Rahmenbedingungen in den Regionen Deutschlands noch realisierbar ist." (Birg, 1997, S.106).

Konkrete Manifestationen dieses quasi vorgezogenen Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland und seiner ungleichwertigen Lebensbedingungen sind vor allem in einer Reportage des WDR und MDR aus dem Jahr 2001 deutlich dargestellt geworden. Der Wirtschaftspublizist Günter Ederer kommentiert und zeigt in seiner Dokumentation eindrücklich, daß in der ehemaligen DDR bereits heute dutzende Geburtsstationen in Krankenhäusern geschlossen werden müssen, der Beruf vieler Lehrer und Erzieher überflüssig wird und Schulen und Universitätsräume immer mehr ungenutzt leerstehen. Auch viele andere Institutionen werden mangels Auslastung geschlossen, genauso wie zahlreiche Geschäfte, Supermärkte und Betriebe. Neben der hohen Arbeitslosenquote beschleunigen gerade diese infrastrukturellen Defizite wiederum den Wegzug der wenigen jungen Ostdeutschen in westdeutsche Städte.

Es stehen dadurch immer mehr Wohnungen und auch ganze Hochhäuser leer, die teilweise abgerissen werden müssen, weil selbst bei Niedrigstpreisen keine neuen Mieter zu gewinnen sind. Dort wo allerdings weiterhin Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Kinos, Hallenbäder oder Kläranlagen bestehen bleiben, werden diese aufgrund geringerer Auslastung für den einzelnen Benutzer immer teurer, da viele Betriebskosten gewisse Fixkosten darstellen, die unter immer weniger Steuerzahlern aufgeteilt werden müssen. Somit kann ein Rückgang der Einwohnerzahlen für die ohnehin meist schon verschuldeten Kommunen zu noch höheren Haushaltsdefiziten führen.

Auch infrastrukturelle Konsequenzen im Verkehrsnetz werden durch einen Bevölkerungsrückgang unumgänglich. Die Deutsche Bahn stellt mangels Auslastung Züge ein und legt als Folge ganze Streckenverbindungen still. Aufgrund von zahlreichen Fehlinvestitionen in Bereichen der Sanierung und des Ausbaus von Wohnungen und Verkehrsverbindungen vor allem im Aufbau Ost werden daher zunehmend viele Projekte in Frage gestellt und auch in Frage gestellt werden müssen. In einigen Ansätzen sind diese Symptome und die Folgen des Bevölkerungsrückgangs bereits auch in westdeutschen Kommunen und Städten zu beobachten, was auch hier einen Rückbau der Infrastrukturen unvermeidlich werden läßt (vgl. Ederer 2001 & Tichy 2001, S.105).

Eine weitere Folge des Anstiegs des Altenquotienten bei gleichzeitigem Rückgang des Jugendquotienten wird ein Nachfragerückgang nach Einfamilienhäusern sein, wie damit auch deren Preisverfall. Jedoch wird gleichzeitig die Nachfrage nach kleinen überschaubaren Wohnungen für Singles steigen. Auch der Wettbewerb nach jungen Arbeitnehmern unter Wirtschaftsmetropolen wie z.B. Berlin, Köln, Frankfurt oder München wird steigen, was diesen Städten und deren nähere Umgebung eine kontinuierliche Zuwanderung sichern und dadurch im Verhältnis zum restlichen Bundesgebiet sehr viel weniger oder gar keinen Bevölkerungsrückgang bescheren wird (vgl. Tichy 2001, S.108). Binnenwanderungen von Nord nach Süd, von West nach Ost und vom Land in die Stadt werden hierbei viele Konsequenzen aus der Überalterung und des Geburtenrückganges regional noch zusätzlich verschärfen. Die entscheidende zukünftige Variable für die Auswirkungen der demographischen Altersfälle auf die deutsche Gesellschaft ist jedoch keinesfalls die Binnen-, sondern die Außenwanderung.

### **III. Migration in Deutschland**

Die Prognosen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland sind im Vergleich zu anderen Schätzungen, wie zum Beispiel des Wirtschaftswachstums, wesentlich genauer. Da zu Beginn des Projektionszeitraumes die Altersstruktur genau bekannt ist und sowohl Fertilität als auch Mortalität Faktoren sind, deren Entwicklung relativ vorhersehbar ausfallen, sind für diese Berechnungen verfälschende Einflüsse nahezu auszuschließen. Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg führt hierfür als Beweis die Genauigkeit der Prognosen der deutschen Bevölkerungsentwicklung von 1970 bis 1985 und die Projektionsrechnungen für die Weltbevölkerung der Vereinten Nationen aus den fünfziger Jahren für das Jahr 2000 an, deren Berechnungen jeweils nur Abweichungen von allerhöchstens 3% aufgewiesen hatten (vgl. Birg 2000, S.39). Jedoch existiert eine wichtige Variable, die weder in der Vorausberechnung der Weltbevölkerung oder in dem Zeitraum von 1970 bis 1985 in Deutschland einen großen Unsicherheitsfaktor dargestellt hat, dafür aber eine umso bedeutendere Rolle für zukünftige Bevölkerungsprognosen der deutschen Gesellschaft spielen wird: die Migration.

Ein- wie auch Auswanderungen können in Deutschland sowohl für die zukünftige Entwicklung der Geburten- und Sterberate, wie auch der gesellschaftlichen Altersstruktur, die wichtigste Einflußgröße überhaupt darstellen, da nur so die demographische Situation in relativ kurzen Zeiträumen verändert werden kann. Daher soll im Folgenden untersucht werden, ob Migration eine Lösung aus der im letzten Kapitel erläuterten demographischen Altersfalle sein kann. Hierfür wird zuerst in den nächsten drei Abschnitten jeweils die vergangene, die aktuelle und die zukünftige Entwicklung des Migrationsgeschehens in Deutschland näher erläutert. Anschließend daran wird das nächste Kapitel die verschiedenen Lösungsbeiträge und möglichen Lösungspotentiale vergangener und zukünftiger Migration erläutern. Des weiteren wird genauer geklärt werden, unter welchen bestimmten politischen, demographischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Migration in Deutschland sinnvoll gestaltet und dadurch überhaupt erst als Lösungsbeitrag dienen kann. Ob dieser Beitrag nun letztendlich die Antwort auf die demographische Altersfalle darstellt, soll anhand einer zusammenfassenden Gegenüberstellung sowohl der Problem- als auch der Lösungspotentiale von Migration am Ende des vierten Kapitels geschehen.

Vorab bleibt jedoch darauf hinzuweisen, daß die statistische Erfäßbarkeit von Migration ihre Einschränkungen aufweist. Zuwanderung oder auch Abwanderung wird zum Beispiel "durch räumliche Bewegung in Richtung auf ein Zielland definiert, verbunden mit der Absicht, den Lebensmittelpunkt zumindest temporär in das jeweilige Land zu verlagern." (Müller-Schneider 2000, S.17). Da somit für eine als Zuwanderung definierte Handlung die jeweilige Intention des potentiellen Migranten im Vordergrund stehen muß, ist gerade die statistische Erfassung des Einwanderungsmotivs von zentraler Bedeutung. Aus der Perspektive des Betrachters ist dies jedoch oftmals nicht festzustellen. Außerdem erfaßt das Statistische Bundesamt nicht die über die deutschen Außengrenzen wandernden Personen, sondern registriert nur die Fälle von Umzügen, so daß ein mehrfacher Umzug innerhalb eines Jahres auch einem mehrfachen Fall an Migration entspricht. Somit übersteigt die Zahl der jährlichen Wanderungsfälle stets die Zahl der tatsächlich gewanderten Personen. Folglichweise kann auch das für die Definition eines Migranten wichtige Kriterium der Aufenthaltsdauer durch eine simple Erfassung der Umzüge über die Außengrenzen von der deutschen Statistik nicht festgestellt werden (vgl. Lederer 1999, S.6). Ganz allgemein bleibt außerdem zu beachten, daß der Begriff des Migranten nicht automatisch mit dem des Ausländers gleichgesetzt werden kann, da z.B. deutsche Spätaussiedler zu der Gruppe der Migranten zählen und andererseits viele in Deutschland lebende Ausländer niemals Migranten waren, sondern in diesem Land geboren wurden.

## **1. Die historische Entwicklung**

Migration spielte für ein in Europa so zentral gelegenes und großes Land wie die Bundesrepublik immer schon eine wichtige Rolle. Im 19. Jahrhundert und auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Deutschland allerdings eher ein Auswanderungsland, hauptsächlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Eine konstante Aussiedlung fand in dieser Zeit vor allem in die Vereinigten Staaten, nach Kanada, Australien oder Lateinamerika statt. Insgesamt wanderten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts etwa 2,5 Millionen Personen aus Deutschland aus. Noch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts betrug die Anzahl der Emigranten immerhin um die 940.000 Menschen. Somit waren zu damaliger Zeit auch die Folgen der Auswanderungen in der nationalen Bevölkerungspolitik zu berücksichtigen und je nach Bedarf, z.B. an potentiellen Soldaten, mit bestimmten Restriktionen darauf zu reagieren (vgl. Bundesministerium 1997, S.16 & Straubhaar 2002, S.20).

Insgesamt emigrierten in den Jahren 1800 bis 1930 knapp 7 Millionen Deutsche aus wirtschaftlichen und politischen Gründen aus ihrem Heimatland ins Ausland. Gab es gegen Ende des 19. Jahrhunderts bereits entstehende Zuwanderungen vor allem in die sich schnell entwickelnden Industriegebiete Deutschlands, so fiel das Wanderungssaldo aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg positiv aus. Dies traf jedoch nur auf Westdeutschland zu. Gewann dieser Teil Deutschlands in den Jahren 1950 bis 1998 insgesamt über 14 Millionen Einwohner durch Zu- und Fortzüge neu hinzu, so verlor auf demselben Wege das heutige Ostdeutschland in demselben Zeitraum fast 6 Millionen Bewohner, nahezu ausschließlich durch Abwanderungen nach Westdeutschland (vgl. Münz 1999, S.16f).

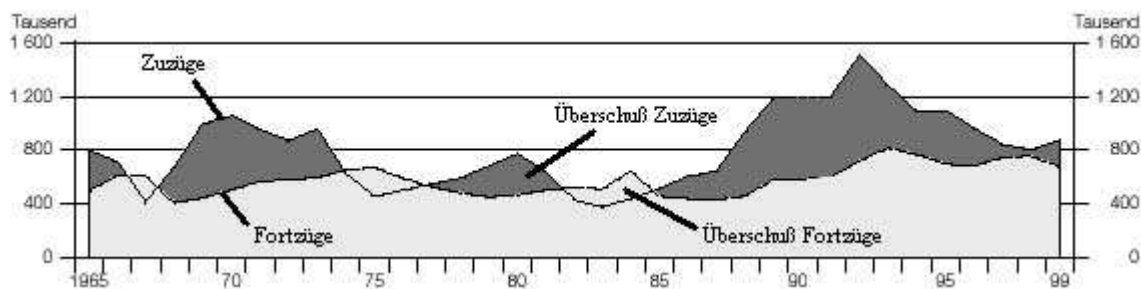
Die Migrationsgeschichte in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ist in ihrem Zeitablauf immer wieder starken Schwankungen und inneren wie äußeren Einflüssen unterworfen gewesen. Sie läßt sich dadurch in sechs unterschiedliche Entwicklungsphasen aufteilen (vgl. Münz 1999, S.184f):

In der ersten Phase zwischen 1945 und 1949 mußte die größte Umsiedlungswelle verkraftet werden, die es in Deutschland im letzten Jahrhundert gegeben hat. In die damals von den Alliierten besetzten Zonen, vor Gründung der beiden deutschen Staaten, kehrten fast 12 Millionen meist deutschstämmige Flüchtlinge und Vertriebene zurück oder wanderten neu ein. Andererseits setzte gleichzeitig auch eine Auswanderungswelle von etwa 10 Millionen Fremd- und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen ein, welche vor allem eine Rückwanderung in ihre Heimatländer war. Jedoch gab es in dieser Zeit, wie auch bereits schon kurz vor und während des Zweiten Weltkriegs, in der unmittelbaren Nachkriegszeit viele Auswanderungen von Deutschen vor allem nach Amerika. Am Ende dieser ersten sehr wanderungsintensiven Phase der Migration bestand die Bevölkerung der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland zu fast einem Sechstel aus Flüchtlingen und Zwangsumgesiedelten. In der DDR betrug die Anzahl der dort wohnhaften Vertriebenen im Jahr 1950 etwa 4,1 Millionen, was sogar mehr als einem Fünftel des damaligen Bevölkerungsanteils entsprach.

Die darauffolgende Phase, zwischen den Staatsgründungen der BRD und der DDR im Jahr 1949 und dem Mauerbau 1961, war vor allem durch eine Wanderung zwischen diesen beiden Staaten bestimmt. Während etwa 400.000 Menschen vom Westen des Landes in den Osten

übersiedelten, betrug die Anzahl der Personen, die von der DDR in die BRD wanderten, in demselben Zeitraum 3,8 Millionen. Durch diese starke Abwanderung war die Einwohnerzahl Ostdeutschlands Jahr für Jahr stark rückläufig, was auch ein wichtiger Grund für die Entscheidung des Baus einer Mauer war. Eine Übersiedlung von Deutschen nach Amerika war in der Phase des Wiederaufbaus und Wirtschaftswunders, in der immer mehr Arbeitskräfte hier benötigt wurden, trotzdem weiterhin stark ausgeprägt. Daher wurde, um diesen bestehenden Bedarf abzudecken, bereits im Jahr 1955 ein erster Anwerbevertrag mit Italien abgeschlossen. Dies bedeutete gleichzeitig den Beginn einer neuen Phase in der deutschen Migrationsgeschichte, da hierbei erstmals Menschen freiwillig nach Deutschland einwandern wollten, die kein Deutsch sprachen.

**Abbildung 7: Wanderung zwischen Deutschland und dem Ausland 1965-1999**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2001b, S.81

Wirklich wichtig und von der Politik vorangetrieben wurde die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland allerdings erst nach dem Mauerbau und den Abwanderungsbeschränkungen der osteuropäischen Staaten, als der für die Wirtschaft damals notwendige Zustrom von ostdeutschen und osteuropäischen Arbeitskräften stark nachgelassen hatte. In dieser dritten Phase der Nachkriegsmigration der Jahre 1961 bis 1973 existierten bereits die 1960 geschlossenen Anwerbevereinbarungen mit Spanien und Griechenland. In den folgenden Jahren wurden weitere Verträge geschlossen: 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal und 1968 mit Jugoslawien. Das in dieser Zeit bestimmende Motiv für die Zuwanderung war ganz klar auf der einen Seite die Suche nach einem guten Arbeitsplatz und auf der anderen Seite die Suche nach billigen Arbeitskräften. Zu Beginn war hierfür von allen sich an diesem Prozess beteiligten Parteien ein Rotationsverfahren vorgesehen, welches die Aufenthaltsdauer für die sogenannten „Gastarbeiter“ stark einschränken sollte. Da die Arbeitnehmer jedoch schnell die Nachteile durch die dadurch

immer wieder neu anfallenden Einarbeitungszeiten zu bedenken gaben, wurde diese Idee zugunsten längerfristiger Aufenthalte wieder verworfen. Als im Jahr 1965 dann der Familiennachzug für die Arbeitsmigranten erstmals ermöglicht wurde, konnten sich diese endgültig auf einen Daueraufenthalt in Deutschland einrichten (vgl. Barth 2001, S.197ff). Die DDR hingegen, die den Arbeitskräftemangel ebenfalls durch Gastarbeiter zu kompensieren versuchte, veranlaßte die Anwerbung von Vertragsarbeitern und hielt dabei an einem Rotationsverfahren mit kürzeren Aufenthaltszeiten für ausländische Arbeitskräfte fest. Als 1973 in der BRD schließlich ein Anwerbestopp für Gastarbeiter erlassen wurde, waren am Ende dieser dritten Phase bereits 2,6 Millionen Ausländer auf diesem Weg nach Deutschland gekommen. In jenem Jahr hatten 12% aller unselbständig Beschäftigten keinen deutschen Paß.

Eine vierte Phase kann zwischen dem Anwerbestop im Jahr 1973 und der beginnenden Auflösung des Eisernen Vorhangs im Jahr 1988 angesetzt werden. Während dieses Zeitraums fand in der BRD hauptsächlich eine Konsolidierung der ausländischen Wohnbevölkerung durch Familiennachzüge statt. Vor allem aufgrund der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage nach dem sogenannten „Ölpreisschock“ wurde im Oktober 1973 die Beendigung der Anwerbung von Gastarbeitern eingeleitet. Jedoch hatte dies nicht den beabsichtigten Effekt einer Verringerung der Ausländerbeschäftigung, da viele Gastarbeiter aufgrund geringerer Chancen einer späteren eventuellen Rückkehr, anstatt in ihr Heimatland zurückzukehren, lieber ihre Frau und Kinder nach Deutschland holten. Somit mußte zunehmend von einem Daueraufenthalt ausländischer Mitbürger in diesem Land ausgegangen werden, deren Integration in die deutsche Gesellschaft immer notwendiger wurde. In den Rezessionsjahren zwischen 1974 und 1977 fiel das Wanderungssaldo zwischen Zu- und Fortzügen erstmals für einen längeren Zeitraum negativ aus. Aufgrund finanzieller Anreize durch das Rückkehrhilfegesetz im Jahr 1983 wurde auch zwischen den Jahren 1982 und 1984 mehr Abwanderung als Zuwanderung verzeichnet, was für diesen Zeitraum ein negatives Saldo von insgesamt 470.000 Personen bedeutete. Als jenes Gesetz im Jahr 1985 jedoch ausgelaufen war, fiel das Wanderungssaldo erneut positiv aus (vgl. Münz 1999, S.50).

Die Zahl der Einwanderungen in der sich anschließenden Phase zwischen den Jahren 1988 und 1993 stieg aus verschiedenen Gründen rapide an. Zum einen handelte es sich um einen fortwährend zunehmenden Zuzug von Spätaussiedlern ab Mitte der 80er Jahre, der sich vor



allem aufgrund der steigenden Durchlässigkeit osteuropäischer Grenzen erklären läßt. Wanderten im Jahr 1986 immerhin schon 43.000 Menschen als Spätaussiedler nach Deutschland, so betrug diese Zahl bereits zwei Jahre später rund 200.000 Personen. Der Höhepunkt dieser Migrationswelle, mehrheitlich aus der ehemaligen Sowjetunion, lag jedoch im Jahr 1990, wo die endgültige Auflösung des Eisernen Vorhangs vollzogen war und die Wiedervereinigung zwischen beiden deutschen Staaten gefeiert wurde, bei knapp 400.000 Zuzügen (vgl. Barth 2001, S.204f). Seit dem Jahr 2000 ist die Anzahl der jährlichen Spätaussiedlerzuzüge auf etwa 100.000 Personen staatlich kontingentiert worden.

**Tabelle 9: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in D seit 1961**  
(bis 1989 nur Früheres Bundesgebiet)

Zeitpunkt	Anzahl in Mio.	Bevölkerungsanteil in %
06.06.1961	0,686	1,2
27.05.1970	2,439	4,3
25.05.1987	4,146	6,8
31.12.1989	4,846	7,7
30.09.1990	5,408	6,8
31.12.1991	5,882	7,3
31.12.1992	6,496	8,0
31.12.1995	7,174	8,8
31.12.1996	7,314	8,9
31.12.1997	7,366	9,0
31.12.1998	7,308	8,9
31.12.1999	7,336	8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2002, S.46

**Tabelle 10: Zuwanderung von Aussiedlern in die BRD seit 1950**

Zeitraum bzw. Jahr	Anzahl
1950-1959	439.714
1960-1969	221.516
1970-1979	355.381
1980-1989	984.087
1990	397.075
1991	221.995
1992	230.565
1993	218.888
1994	222.591
1995	217.898
1996	177.751
1997	134.419
1998	103.080
1999	104.916

Quelle: Stat. Bundesamt 2001a, S.29

Des weiteren stieg in dieser Phase der Zuzug von Flüchtlingen stark an, die vor allem aufgrund des Krieges im ehemaligen Jugoslawien und der Kurdenverfolgung in der Türkei vermehrt um Asyl baten. Auch der Familiennachzug aus diesen Krisengebieten nahm in jener Zeit verstärkt zu. Begünstigt wurde dies zusätzlich durch die relativ gute Wirtschaftslage, die kurz nach der Wiedervereinigung in Deutschland herrschte. So kamen auch vermehrt Migranten aus Osteuropa, vor allem aus Polen und der Tschechischen Republik, um in Deutschland zu arbeiten. Erst als in den Jahren 1992 und 1993 restriktivere Regeln für die Zuwanderung von Asylbewerbern und eine erste Kontingentierung der Aufnahme von Spätaussiedlern erlassen wurden, sanken die Migrantenzahlen wieder beträchtlich ab.

Gleichzeitig wurden neue Möglichkeiten von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen für Saison-, Kontrakt- oder Gastarbeiter aus Osteuropa geschaffen, um einerseits den Auswanderungsdruck in den Herkunftsländern zu verringern und andererseits eine dauerhafte Niederlassung mit Familiennachzug in Deutschland zu unterbinden. Des Weiteren konnten und können auf diesem Weg auftretende Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, wie zum Beispiel im Pflegebereich, kurzfristig überwunden werden, ohne eine jeweilige Integrationsleistung für die Arbeitskräfte erbringen zu müssen (vgl. Münz 1999, S.51).

Die sechste und letzte Phase der deutschen Migrationsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg deckt die Zeit zwischen einer Verschärfung der Zuwanderungsregelungen im Jahr 1993 und des aktuellen Versuchs einer Neuregelung des Zuwanderungsgesetzes der Jahre 2002/2003 ab, auf welchen im nächsten Kapitel innerhalb eines aktuellen Situationsberichts näher eingegangen werden soll. Nachdem im Jahr 1992 die Zuwanderung mit 1,21 Millionen Migranten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, ist bis zum Jahr 1994 wieder ein Rückgang dieser Zahlen zu verzeichnen gewesen, was vor allem durch die sinkenden Fälle Asylsuchender zurückzuführen war. Im darauffolgenden Jahr konnte erneut ein Anstieg der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger verzeichnet werden, was sich jedoch bis zum Jahr 1999 nicht wiederholen sollte. Waren die Fortzüge von Ausländern aus Deutschland seit dem Jahr 1987 kontinuierlich angestiegen, so ereignete sich zwischen 1994 und 1996 erstmals wieder ein Rückgang dieser Größe (vgl. Statistisches Bundesamt 2001a, S.53). In den Folgejahren 1997 und 1998 überschritten die Fortzüge von Ausländern seit Mitte der 80er Jahre erstmals wieder leicht die Zuzüge, was vor allem in den Rückführungen von Kriegsflüchtlingen nach Bosnien und einer höheren Ablehnungsrate von Asylbewerbern begründet lag (vgl. Tabelle 11). Diese kurze Entwicklung spielte im Jahr 1999 jedoch keine große Rolle mehr. Zu jenem Zeitpunkt betrug die Anzahl der Zuwanderer 674.000 und die der Abwanderer 556.000 Personen, was wieder ein positives Wanderungssaldo ergab (vgl. Münz 2000, S.27). Insgesamt betrachtet, verlagert sich die Entwicklung der letzten Jahre, vor allem im Vergleich zu den vorangegangenen Phasen hoher Zuwanderungsüberschüsse, eher zu einem relativ ausgeglichenen Saldo. Die Zahl der Asylbewerber nimmt hingegen seit dem Jahr 1992 fast jährlich ab und erreichte im Jahr 2002 mit 71.127 Antragstellern schließlich ihren niedrigsten Wert seit 1987.

**Tabelle 11: Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1972<sup>1</sup>**

<b>Jahr</b>	<b>Asylsuchende</b>	<b>Asylberechtigte</b>	<b>Anerkennungs- quote in %<sup>2</sup></b>
1972	5.289	2.844	39,8
1973	5.595	2.047	33,0
1975	9.627	2.928	22,2
1976	11.123	2.654	18,4
1977	16.410	1.854	10,0
1978	33.136	2.307	10,3
1979	51.493	6.573	15,9
1980	107.818	12.783	12,0
1981	49.391	8.531	7,7
1982	37.423	6.209	6,8
1983	19.737	5.032	13,7
1984	35.278	6.566	26,6
1985	73.832	11.224	29,2
1986	99.650	8.853	15,9
1987	57.379	8.231	9,4
1988	103.076	7.821	8,5
1989	121.318	5.991	5,0
1990	193.063	6.518	4,4
1991	256.112	11.597	6,9
1992	438.191	9.189	4,3
1993	322.599	16.396	3,2
1994 <sup>3</sup>	127.210	25.578	7,3
1995	127.937	18.100	9,0
1996	116.367	14.389	7,4
1997	104.353	8.443	4,9
1998	98.644	5.883	4,0
1999	95.113	4.114	3,0
2000	78.564	3.128	3,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

3 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur Erstanträge erfasst.

Quelle: Statistisches Bundesamt & SPD 1998

Betrachtet man sich im Gegensatz zu den stetigen Zuwanderungsgewinnen der Bundesrepublik das Gebiet der ehemaligen DDR, so ist diese seit deren Gründung im Jahr 1949 von gleichsam stetiger Abwanderung geprägt. Stieg deren Bevölkerungszahl aufgrund der Aufnahme von Vertriebenen bis ins Jahr 1948 auf einen Spitzenwert von rund 19 Millionen Personen an, so lag diese bereits im Jahr 1961 bei nur noch 17,1 Millionen. Trotz des Mauerbaus als Maßnahme zur Verhinderung deutscher Ost-West-Migration, sank die

Zahl der Einwohner, bedingt durch das Geburtendefizit und mangelnder staatlicher Bereitschaft der Integration von Gastarbeitern, in den 70er Jahren schließlich unter die 17-Millionen-Grenze. Aufgrund stetig anhaltender Fluchten oder Übersiedlungen von der DDR in die BRD, die 1989 ihre Spitze erreichten, betrug die Einwohnerzahl 1990 nur noch 16 Millionen Personen. Trotz eines in den letzten Jahren verlangsamten Rückgangs des Bevölkerungsschwundes in den Gebieten der ehemaligen DDR, verlor diese in dem Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung weitere 909.000 Personen. Während das Gebiet Westdeutschlands in den Jahren zwischen 1950 und 2000 einen Bevölkerungszuwachs von etwa 33% verzeichnen konnte, mußte Ostdeutschland somit in demselben Zeitraum rund 18% Verluste ihrer Einwohnerzahlen hinnehmen (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.29ff). Den Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Neuen Bundesländern betreffend, ist dieser durch eine völlig anders verlaufene Migrationspolitik heute auch um ein Vielfaches geringer als im Westen Deutschlands. Machte jener Anteil im Jahr 1989 mit rund 191.200 Ausländern nur 1,2% der Bevölkerung aus, was den Verhältnissen in der BRD in etwa vor dem Mauerbau des Jahres 1961 entsprach, so steigt er seit 1992, auch als eine Folge der Aufnahme von Asylsuchenden, kontinuierlich an. Ende 1999 hatte sich der Bevölkerungsanteil von Ausländern seit dem Fall der Mauer schließlich auf 2,4% verdoppelt (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.47).

Diesen historischen Rückblick abschließend, sollte man sich die Bedeutung der Migration für die Bundesrepublik Deutschland nach deren Gründung noch einmal dadurch verdeutlichen, indem man ihren Anteil an der Bevölkerungsdynamik in dieser Zeit vergegenwärtigt (vgl. Tabelle 12). Während in den 50er Jahren das positive Wanderungssaldo von 0,31 Millionen Personen gegenüber dem natürlichen Saldo von Geburten und Sterbefällen anteilig nur gut 8% betragen hatte, so entsprachen im darauffolgenden Jahrzehnt die Zu- und Fortzüge bereits mehr als der Hälfte des Saldos der natürlichen Bevölkerungsdynamik. Durch den in den 70er Jahren starken Einbruch der Geburten bei gleichzeitigem Anstieg der Sterbefälle, fiel in jenem Jahrzehnt der natürliche Saldo erstmals negativ aus, so daß gut eine Million Menschen mehr starben als geboren wurden. Nur aufgrund des positiven Wanderungssaldos von 1,67 Millionen mehr Zu- als Fortzügen konnte sich ein positiver Gesamtsaldo von 0,65 Millionen Personen ergeben. Die darauffolgenden Jahre zwischen 1980 und 1989 konnten in etwa vergleichbare Zahlenverhältnisse aufzuweisen als das Jahrzehnt zuvor. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts blieb schließlich der natürliche Saldo im Rahmen der negativen Entwicklung

der beiden Jahrzehnte davor. Jedoch stellte sich ein hoher Wanderungssaldo mit einem Nettozuzug von etwa 4 Millionen Personen ein, was genau der Größenordnung der natürlichen Saldi der 50er oder 60er Jahre entspricht. Somit hat sich die Entwicklung der Bevölkerungsdynamik in Deutschland, die zu Beginn fast ausschließlich einer natürlichen entsprach, inzwischen vollständig verlagert. Anzumerken ist hierbei allerdings, daß das anfänglich positive natürliche Saldo auch zu großen Teilen aufgrund der kurz zuvor erzielten Wanderungsgewinne in der Nachkriegszeit zurückzuführen ist (vgl. Bucher 2001, S.26). Etwa 12 Millionen Menschen würden heute weniger in Westdeutschland ohne Zuwanderung leben. Unter Einbezug aller seit dem Zweiten Weltkrieg ohne Zuwanderung theoretisch entgangener Geburten würde diese Zahl um noch ein Vielfaches höher ausfallen. Das Bevölkerungswachstum in Deutschland seit 1950 geht insgesamt zu über 90% auf Wanderungseffekte und nur zu 10% auf natürliche Bevölkerungsbewegung zurück (vgl. Luy 2002, S.28).

**Tabelle 12: Ursachen der Bevölkerungsdynamik in Deutschland**

<b>Zeitraum</b>	<b>natürlicher Saldo</b>	<b>Wanderungssaldo</b>	<b>Gesamtsaldo</b>
1950-59	3,79 Mio.	0,31 Mio.	4,10 Mio.
1960-69	3,84 Mio.	2,08 Mio.	5,92 Mio.
1970-79	- 1,02 Mio.	1,67 Mio.	0,65 Mio.
1980-89	- 0,74 Mio.	1,47 Mio.	0,73 Mio.
1990-98	- 0,71 Mio.	3,89 Mio.	3,18 Mio.
<b>1950-98</b>	<b>5,27 Mio.</b>	<b>9,22 Mio.</b>	<b>14,49 Mio.</b>

Quelle: Bucher 2001, S.26

Betrachtet man letztlich die wichtige Phase der ausländischen Migration in Deutschland seit dem Mauerbau, so kommt man zu dem Ergebnis, daß zwischen 1961 und 2000 insgesamt 25 Millionen Zuzüge von Ausländern in die Bundesrepublik registriert worden sind. In demselben Zeitraum gab es außerdem auch 18,7 Millionen Fortzüge zu verzeichnen. Vor allem auf die überwiegend positiven Zuwanderungssaldi der letzten 40 Jahre ist es letztendlich zurückzuführen, daß sich die Zahl der Ausländer in diesem Land mehr als Verzehnfachen konnte. Zusätzlich immigrierten in der Zeit zwischen 1962 und 2000 auch etwa 3,6 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.28f). Die aktuelle gesellschaftliche und rechtliche Situation dieser Migrantengruppen, vor allem aber der Ausländer, soll nun im folgenden Kapitel näher behandelt werden.

## **2. Die aktuelle Situation**

Migration in Deutschland setzt sich zur Zeit aus verschiedensten Formen der Zuwanderung zusammen. Eine eher zu vernachlässigende Rolle für die Fragestellung nach einer sinnvollen Lösung aus der demographischen Altersfalle, spielt hierbei zum Beispiel die zeitlich begrenzte Zuwanderung von Studenten, Auszubildenden oder Aupairs, genauso wie Rückwanderungen deutscher Staatsbürger. Auch die besonders in der ersten Hälfte der 90er Jahre vermehrte Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen ist aktuell von einer eher geringen Relevanz. Eine wichtigere und größere Gruppe stellt hierbei die Binnenmigration innerhalb der EU-Grenzen dar, genauso wie die Gruppe der Asylanten und die der saisonalen oder werksvertraglich angestellten Arbeitnehmer aus Osteuropa. Den größten Teil des aktuellen Zuwachses an Immigranten nehmen jedoch die Spätaussiedler sowie die Ehegatten- und Familiennachzüge aus Drittstaaten ein. Will man nun eine aktuelle Situationsbeschreibung über diese wichtigsten Migrantengruppen in Deutschland erhalten, so ist es einerseits notwendig, relevante rechtliche Aspekte genauer darzustellen und andererseits auch näher auf die gesellschaftliche Lage einzugehen, in der sie sich befinden. In einem ersten Unterabschnitt soll daher zunächst auf die rechtlichen Konsequenzen der Einbürgerungsreform des Jahres 2000 und die aktuellen Neuregelungsversuche des Zuwanderungsgesetzes eingegangen werden. Daran anschließen wird sich eine nähere Betrachtung der gesellschaftlichen Integrationschancen für Zuwanderer und Ausländer in Deutschland, die sowohl durch den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, aber auch durch die Aufnahmegesellschaft selbst bereitgestellt werden.

### **2.1 Neue rechtliche Grundlagen**

In den letzten drei Jahren sind vor allem zwei politische Entscheidungen prägend für die rechtliche Lage von Zuwanderern in Deutschland gewesen. Neben der auf den Weg gebrachten Reform des Zuwanderungsgesetzes betrifft dies in erster Linie das neue Staatsangehörigkeitsgesetz, welches 1999 verabschiedet wurde und zu Beginn des Jahres 2000 in Kraft getreten ist. Hier wurden zusätzlich zu dem Abstammungsprinzip („ius sanguinis“) neue Möglichkeiten zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft durch das sogenannte Territorialprinzip („ius soli“) geschaffen. Dies bedeutet, daß in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern jeweils

automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Diese Neuregelung betrifft zur Zeit etwa 13% aller in Deutschland im Jahr neugeborener Kinder (vgl. Tabelle 13).

**Tabelle 13: In Deutschland als Ausländer geborene Kinder**

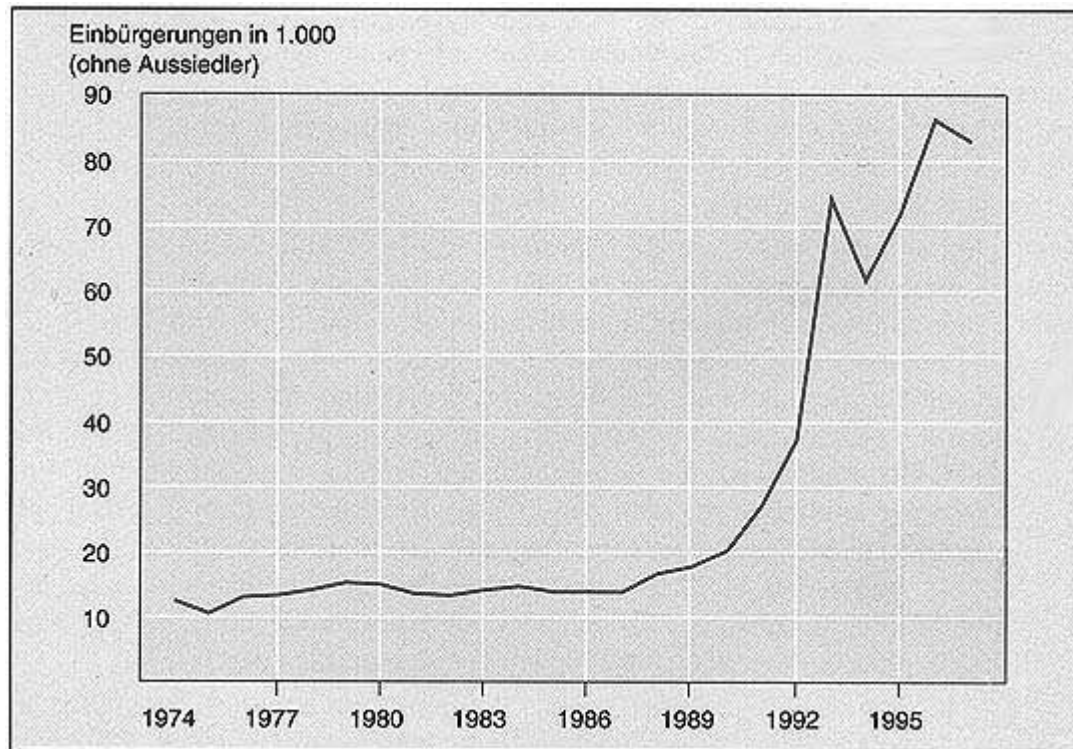
<b>Jahr</b>	<b>Geburten insgesamt</b>	<b>Geburten der Ausländer</b>	<b>Ausländeranteil in %</b>
1962	1.018.552	18.803	1,9
1970	810.808	63.007	7,8
1974	626.373	108.270	17,3
1980	620.657	80.695	13,0
1990	727.199	86.320	11,9
1992	809.114	100.118	12,4
1993	798.447	102.874	12,9
1994	769.603	100.728	13,1
1995	765.221	99.714	13,0
1996	796.013	106.220	13,3
1997	812.173	107.182	13,2

Quelle: Thränhardt 2000, S.149

Eingeschränkt wird das Erwerben der deutschen Staatsbürgerschaft jedoch einerseits dadurch, daß zumindest eines der Elternteile zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben muß und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nachweisen kann. Außerdem muß das Kind seine doppelte Staatsbürgerschaft beim Erreichen der Volljährigkeit ablegen und sich definitiv bis zum 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden, so daß es dadurch entweder die bereits erworbene deutsche Staatsbürgerschaft wieder verliert oder die der Eltern aufgeben muß. Zuerst nur für das Jahr 2000 befristet, gab es durch das neue Staatsangehörigkeitsgesetz die Chance der sogenannten „Kindereinbürgerung“ für ausländische Kinder, die das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und die entsprechenden Voraussetzungen zum Zeitpunkt ihrer Geburt nachweisen konnten. Des weiteren wurde die Frist für einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung von rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern von 15 auf 8 Jahre verkürzt. Auch hier muß bis auf wenige nachweisbare Ausnahmefälle die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes grundsätzlich aufgegeben werden. Des weiteren muß der Antragsteller über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, im Besitz einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung oder Aufenthaltserlaubnis sein, den Lebensunterhalt für sich und die eigene Familie ohne staatliche

Unterstützung bestreiten können, nicht wegen einer schwerwiegenden Straftat verurteilt worden sein und sich zum deutschen Grundgesetz bekennen (vgl. Storz 2002, S.21f & Santel 2000, S.126).

**Abbildung 8: Einbürgerungen in Deutschland zwischen 1974 und 1997**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2001a, S.578

Diese neue Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft betraf nach Schätzungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen etwa vier Millionen Ausländer. Außerdem wurden zu jenem Zeitpunkt zwei Drittel aller ausländischen Kinder in Deutschland geboren, sogar 87% aller unter 6-Jährigen. Folglich rechnete die Regierung mit einem großen Anstieg der Einbürgerungsrate für das Jahr 2000 (vgl. Storz 2002, S.22 & Ausländerbeauftragte 1999). Dieser blieb jedoch aus verschiedensten Gründen aus: unter anderem aufgrund der doch zahlreichen zu erfüllenden Voraussetzungen, aufgrund anfangs relativ hoher Gebühren für die Antragstellung zur Einbürgerung bereits vor dem Jahr 2000 in Deutschland geborener Ausländer, aufgrund der Willkür mancher regionaler Verwaltungsbehörden und vor allem aufgrund des Zwangs der Aufgabe der eigenen Staatsbürgerschaft, stieg die Einbürgerungsrate gegenüber dem Jahr 1999 von 143.300 Ausländern nur um knapp 30% auf 186.700 Personen an. Insgesamt haben davon 48.950 Menschen die deutsche



Staatsangehörigkeit aufgrund des neuen Gesetzes im Jahr 2000 erworben. Ein dabei vor allem in der Anfangszeit des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes bereits als zu hoch erwarteter Wert stellt die Form der Kindereinbürgerung dar, von der im ersten Jahr nur 20.200 Kinder bzw. deren Eltern Gebrauch gemacht haben (vgl. Aydin 2002, S.105ff).

Bei einer ersten Bilanz, 18 Monate nach der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts, wurde schließlich festgestellt, „dass das neue Recht weder die Hoffnungen seiner Befürworter, noch die Befürchtungen seiner Gegner erfüllt hat: Das zunächst sehr große Interesse in der Öffentlichkeit und bei begünstigten Migranten hat schnell und stark nachgelassen, der erhoffte oder befürchtete 'Run' auf die deutsche Staatsbürgerschaft ist trotz vieler Informationskampagnen bisher ausgeblieben“ (Storz 2002, S.23).

Eine zweite bereits im Jahr 2002 beschlossene und für Januar 2003 geplante, jedoch nun wieder neu zu verhandelnde wichtige migrationspolitische Entscheidung, betrifft die Verabschiedung eines reformierten Zuwanderungsgesetzes durch die rot-grüne Regierungskoalition. Dieses neue Gesetz dient nach seinem Zweck „der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ (Zuwanderungsgesetz 2002, §1). Wichtige Inhalte sind einerseits, daß die bisher recht vielfältigen Möglichkeiten an Aufenthaltstiteln für Ausländer in Deutschland zu einem einzigen Gesetz zusammengefaßt werden sollen, so daß man nur noch zwischen einer befristeten Aufenthaltserlaubnis und einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis unterscheiden kann. Des weiteren soll ein Auswahlverfahren für Zuwanderer eingeführt werden, welches gewisse Einwanderungsquoten sowohl anhand der Befähigungen der Migranten, als auch nach der aktuellen Nachfrage auf dem deutschen Arbeitsmarkt bedarfsgerecht und jährlich neu festlegt: „Eine Niederlassungserlaubnis wird zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erteilt, wenn ein Ausländer erfolgreich am Auswahlverfahren teilgenommen hat.“ (Zuwanderungsgesetz 2002, §20 Abs.1). Nach einem genau bestimmten Punktesystem sollen für die Aufnahmeentscheidung folgende Kriterien eine wichtige Rolle spielen: das Alter des Zuwanderungsbewerbers, seine schulische und berufliche Qualifikation sowie seine Berufserfahrung, sein Familienstand, seine Sprachkenntnisse, seine Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland und schließlich das Herkunftsland, aus dem er stammt. Von dieser Neuregelung völlig unberührt

bleibt die Regel, daß deutsche Arbeitslose oder bereits hier lebende Ausländer immer Vorrang auf dem Arbeitsmarkt vor Migranten haben.

Zusätzlich soll mit diesem Gesetz auch die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländern in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben dieses Landes gefördert werden (vgl. Zuwanderungsgesetz 2002, §43). Eingliederungsbemühungen sollen durch einen Integrationskurs unterstützt werden, der den Ausländern die deutsche Sprache, Rechtsordnung, Kultur und Geschichte vermittelt. Weitere Angebote sollen durch eine großflächige Zusammenarbeit des Bundes, der Länder, der Kommunen, von Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, sowie weiterer gesellschaftlicher Interessenverbände und privater Träger initiiert werden. Einen Anspruch auf einem Integrationskurs soll ein Ausländer haben, wenn er sich dauerhaft in Deutschland aufhält und eine erstmalige Aufenthaltserlaubnis erhalten hat (vgl. Zuwanderungsgesetz 2002, §44). Eine verpflichtende Teilnahme an solch einem Kurs besteht laut Gesetz nur dann, „wenn er sich nicht auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen kann.“ (Zuwanderungsgesetz 2002, §45 Abs.1).

Für die Entwicklung, Koordination und Durchführung sowohl des Auswahlverfahrens, wie auch des Integrationsprogrammes soll hauptsächlich das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ zuständig sein. Des weiteren soll darin als unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtung das „Bundesinstitut für Bevölkerungs- und Migrationsforschung“ eingerichtet werden. Genauso weisungsunabhängig soll ein „Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration“ in demselben Bundesamt gebildet werden, der die innerstaatlichen Integrationskapazitäten sowie die aktuelle Entwicklung der Wanderungsbewegungen anhand eines jährlichen Gutachtens dadurch immer wieder neu ermitteln kann (vgl. Zuwanderungsgesetz 2002, §75f). All diese Behörden sollen außerdem dazu beitragen, daß durch das neue Zuwanderungsgesetz eine Vereinfachung, Verbesserung und Beschleunigung der Verwaltungsabläufe durch weniger Bürokratie erreicht wird.

Trotz ähnlicher oder meist sogar identisch lautender Ziele der Oppositionsparteien für eine Neuregelung der Zuwanderung in Deutschland, versucht die CDU/CSU gegen dieses Gesetz weiterhin vorzugehen. Nach dessen Verabschiedung im Bundesrat zweifelte die Union die Rechtmäßigkeit des Abstimmungsverhaltens an, was das Bundesverfassungsgericht kürzlich

bestätigte, so daß mit weiteren Verzögerungen einer erneuten Verabschiedung zu rechnen ist. Im Vorfeld der Gesetzesfindung gab es viele Annäherungsversuche und Kompromißlösungen vor allem auf Seiten der SPD, die allen Parteien gerecht werden sollten. Die Union kritisiert jedoch weiterhin ein zu hohes Nachzugsalter für Kinder, die Abschaffung der Aufenthaltsduldung zugunsten nur zweier neuer Aufenthaltsformen oder die zu milden Sanktionen gegen Ausländer, die sich weigern, vorgeschriebene Integrationskurse aufzusuchen. Allgemein ist die CDU/CSU der Meinung, daß das Zuwanderungsgesetz zu wenig für eine Zuwanderungsbegrenzung vor allem aus Nicht-EU-Staaten unternehme, die bei zur Zeit 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland dringend geboten wäre (vgl. Becker 2002). Andere Kritik an diesem Zuwanderungsgesetz konzentriert sich darauf, daß es willkürliche und uneinheitliche Entscheidungen fördere, unnötig restriktiv sei, die starren Überregulierungen des deutschen Arbeitsmarkts konserviere und schließlich die Gefahr in sich berge, daß die Kosten für die Integration vollständig dem deutschen Steuerzahler auferlegt würden (vgl. Gerken 2001, S.2).

Da sich dieses Gesetzesvorhaben jedoch weder in der Praxis bewähren konnte, noch gesichert ist, ob es jemals in der bisherig beschlossenen Form Anwendung finden und damit überhaupt die Voraussetzungen für Zuwanderung und Integration in Deutschland verbessern kann, soll im folgenden Abschnitt veranschaulicht werden, welche Chancen und Formen der Integration den Ausländern heute in der deutschen Gesellschaft geboten werden.

## 2.2 Gesellschaftliche Chancen der Integration

Einerseits ist in den letzten Jahrzehnten die Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland immer mehr angestiegen, andererseits aber auch deren Aufenthaltsdauer. Ende des Jahres 2000 lebten von allen knapp 7,3 Millionen in diesem Land beheimateten Ausländern mehr als die Hälfte bereits 10 Jahre und länger in Deutschland, ein Drittel von ihnen sogar mindestens 20 Jahre. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag damit bei rund 15 Jahren, was gegenüber dem Jahr 1992 eine Steigerung von fast drei Jahren bedeutet (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.47). Es ist klar festzustellen, daß sehr viele Ausländer trotz hoher jährlicher Zuwanderungs- und Abwanderungsraten eine dauerhafte Migration nach Deutschland bereits verwirklicht haben und auch in Zukunft daran weiterhin festhalten wollen. Somit ist eine Nutzung möglichst vieler Integrationschancen für diese immer größer

werdende Population unerlässlich. Die hauptsächlichen Angebote, die die deutsche Aufnahmegesellschaft für Migranten dafür bereithält, liegen neben den gesetzlichen Bestimmungen und dem politischen Willen vor allem auf dem Arbeitsmarkt und auch in der deutschen Bevölkerung selbst.

Im Jahr 1998 lag der Anteil ausländischer Arbeitskräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt bei insgesamt 8,9%. Diese setzten sich aus 2,8% EU-Ausländern und aus 6,1% Nicht-EU-Ausländern zusammen (vgl. Straubhaar 2002, S.24). Die Suche nach einem Arbeitsplatz stellte schon immer eines der Hauptmotive für die ausländische Migration nach Deutschland dar, was sich unter anderem an der regionalen Verteilung des Wohnsitzes ablesen lässt. Besonders in industriellen Ballungsgebieten mit guter Wirtschaftsstruktur, dort vor allem in Großstädten, fällt der ausländische Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich hoch aus. Ende des Jahres 2000 lag in den Bundesländern, die zugleich Stadtstaaten darstellen, der Anteil an der Gesamtbevölkerung in Hamburg bei 19,4%, in Berlin bei 14,3% und in Bremen bei 12,3%. Aufgrund der Stadt Frankfurt, mit dem in Deutschland höchsten Ausländeranteil von etwa 28%, und des Ruhrgebietes, können auch Hessen mit 13,8% und Nordrhein-Westfalen mit 10,9% einen überdurchschnittlichen Anteil verzeichnen. Ebenfalls die Bundesländer mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten weisen mit 11,9% (Baden-Württemberg) und 9,1% (Bayern) hohe Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung auf. Im Gegensatz dazu haben die neuen Bundesländer mit jeweils immer unter 2% einen weit unterdurchschnittlichen Wert, der sowohl auf die Migrationsgeschichte in der DDR, als auch auf die konstant schlechte wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland zurückzuführen ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.48f). Die folgende Untersuchung über Ausländer auf dem deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wurde daher nur für Westdeutschland erhoben.

Da die Gastarbeiter der ersten Einwanderungsgeneration meist aus ungelernten oder nur gering qualifizierten Arbeitskräften bestanden und vor allem für die industrielle Massenfertigung und Schwerindustrie rekrutiert wurden, ergab sich dadurch eine im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern heute ungünstige Beschäftigungsstruktur, sowohl bezogen auf die soziale wie auch die berufliche Hierarchie. Eine Verbesserung dieser Situation liegt inzwischen mit der zweiten und dritten Generation vor, die sich aufgrund bereits erbrachter Integrationsleistungen, zum Beispiel durch den Besuch deutscher Schulen und Ausbildungsstätten, eine bessere Ausgangsposition auf dem Arbeitsmarkt verschaffen können. Waren

1984 noch 70% der ausländischen Beschäftigten als un- oder angeleitete Arbeiter tätig, so betraf dies 1997 nur noch 22% der zweiten Einwanderungsgeneration (vgl. Seifert 2001, S.569ff). Trotzdem liegen weiterhin große Defizite im Bereich der Bildung und Ausbildung vor. Bei einem Vergleich der erworbenen Bildungsabschlüsse 16- bis 64-jähriger Ausländer aus Anwerbeländern mit den Abschlüssen gleichaltriger Deutscher, ergab sich folgendes Ergebnis:

**Tabelle 14: Vergleich der Bildungsabschlüsse zwischen Ausländern und Deutschen 1997**

	<b>Ausländer aus Anwerbeländern</b>	<b>Deutsche</b>
Kein Abschluss	29 %	4 %
Pflichtschule Ausland	27 %	---
Weiterbildende Schule Ausland	9 %	---
Hauptschule	22 %	46 %
Mittlere Reife	8 %	25 %
Abitur	6 %	23 %

Quelle: Seifert 2001, S.570

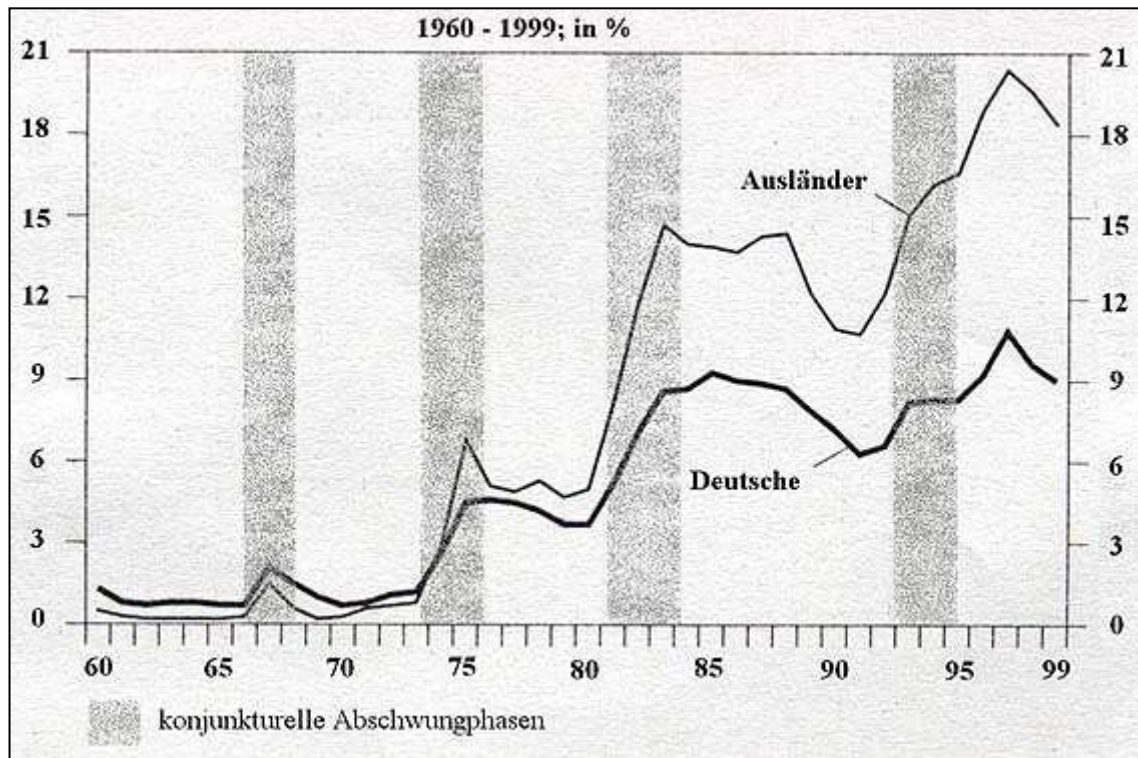
Daten: SOEP; Querschnittsdatensatz 1997 (nur Westdeutschland)

Vor allem der Anteil ausländischer Personen ohne schulischen Abschluß ist mit 29% mehr als sieben mal so hoch wie in der deutschen Bevölkerung. Summiert man hingegen die höheren Schulabschlüsse aus weiterbildenden Schulen im Ausland, der Mittleren Reife und des Abiturs für Ausländer, fällt der Wert mit 23% nicht mal halb so groß aus wie bei den vergleichbaren Abschlüssen deutscher Schüler. Einzig auf einem vergleichbaren Niveau scheint sich der Erwerb des Hauptschulabschlusses zu befinden, den 46% aller Deutschen im Jahr 1997 besaßen und 49% aller Ausländer aus Anwerbeländern vorweisen konnten, sofern man die „Pflichtschule Ausland“ hinzuaddiert.

Dieses insgesamt geringere Qualifikationsniveau bereits nach Verlassen der Schule hat auch direkte Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote von Ausländern, die bereits seit mehr als 20 Jahren beträchtlich höher als die der Deutschen ausfällt und vor allem in konjunkturellen Abschwungphasen überproportional ansteigt (vgl. Abbildung 9). In derselben Umfrage von 1997 lag die Quote mit 11% bei der ausländischen Bevölkerung fast doppelt so hoch wie die der Westdeutschen. Auch die Höhe des durchschnittlichen Einkommens betrug aufgrund des geringeren Bildungsniveaus bei ausländischen Beschäftigten im Jahr 1997 nur 76% des deutschen Durchschnittslohnes. Bei einem Vergleich auf leistungsbezogener Basis stellt sich

jedoch das Gegenteil heraus: „Differenziert nach der beruflichen Stellung zeigt sich, dass ungelernete ausländische Arbeiter zum Teil deutlich höhere Einkommen erzielen als deutsche in gleicher Position.“ (Seifert 2001, S.574). Dies erklärt sich dadurch, daß Ausländer einerseits oft längere Arbeitszeiten und Überstunden wahrnehmen und es andererseits im Verhältnis zu den deutschen Arbeitnehmern weniger ausländische Teilzeitbeschäftigte gibt.

**Abbildung 9: Arbeitslosenquote von Ausländern und Deutschen in Westdeutschland**



Quelle: Loeffelholz 2001, S.110

Eine weitere Form der Integration findet durch das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes statt. Nach Angaben des sozioökonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 1997 glaubten 58% der in Deutschland lebenden Ausländer, die deutsche Sprache gut zu beherrschen. Für die zweite Generation der hier geborenen Ausländer nahmen dies bereits 97% für sich in Anspruch. Diese Generation ist es überwiegend auch, bei der eine soziale Integration durch interethnische Kontakte und Freundschaften mit Deutschen bereits vollzogen wird. Eine Selbstidentifikation als Deutscher ist damit jedoch noch lange nicht erreicht. Dieser letzte Schritt einer gelungenen Integration hatte im Jahr 1997 bei nur etwa 17% der Ausländer stattgefunden, wobei die zweite Generation hierbei immerhin einen schon beinahe doppelt so hohen Wert aufweisen konnte (vgl. Seifert 2001, S.576).

Schließlich setzt sich die Chance auf Integration neben den strukturellen Bedingungen im Einwanderungsland und der Bereitschaft der Zuwanderer zur Eingliederung, auch aus dem vorhandenen Willen der Aufnahmegesellschaft zusammen. Trotz des seit den letzten Jahren verstärkten überparteilichen Eingeständnisses der Politik, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, hat der Großteil der Bevölkerung weiterhin große Vorbehalte und auch Ängste vor zuviel Zuwanderung. Etwa zwei Drittel aller Deutschen sind der Meinung, daß der Zuzug begrenzt werden sollte. Diese Einstellung hat sich seit Beginn der sehr wanderungsintensiven 90er Jahre sogar leicht verstärkt. Die Befürwortung einer völligen Unterbindung von Zuzügen ist hingegen seit 1991 nicht gestiegen, sondern relativ konstant geblieben oder sogar leicht zurückgegangen. Das Niveau der Ablehnung weiterer Zuzüge ist allerdings sehr stark von der jeweiligen Zuwanderungsgruppe abhängig:

Im Jahr 2000 lag der Wert bei Arbeitnehmern aus EU-Staaten bei 7%, für Aussiedler bei 11%, für Asylsuchende bei 16% und für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten bei 20%. Diese in Westdeutschland erfaßten Daten fallen für den Osten jeweils weit höher aus. Die Zustimmung für eine Unterbindung weiterer Zuzüge für Arbeitnehmer aus EU-Staaten ist in diesem Landesteil um das Dreifache und die für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten um das Zweifache höher als in Westdeutschland. Ein fortgesetzter Zuzug von Aussiedlern und Asylsuchenden werden zu jeweils 15% und 21% abgelehnt. Als Konsequenz hieraus fällt die Befürwortung für einen uneingeschränkten Zuzug von Immigranten in Ostdeutschland regelmäßig schwächer aus als im Westen. Stimmt hier ein Drittel der Bevölkerung einem uneingeschränkten Zuzug von Arbeitnehmern aus EU-Staaten zu, so sind im Osten nur 13% derselben Meinung. Eine klare Unterscheidung zwischen Migranten aus der Europäischen Union oder aus Nicht-EU-Staaten wird auch hier ersichtlich, da nur 8% im Westen und 4% im Osten Deutschlands einen uneingeschränkten Zuzug billigen würden. Die Zustimmung eines uneingeschränkten Zuzugs von Asylsuchenden und Aussiedlern ist in beiden Landesteilen wiederum relativ ähnlich ausgeprägt und liegt bei der ersten Zuwanderungsgruppe bei 10% (Osten: 9%) und bei deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa bei 14% in West- und 11% in Ostdeutschland (vgl. Koch 2002, S.561).

Eine Mehrheit von 69% der Westdeutschen und 64% der Ostdeutschen erwarten des weiteren eine höhere Integrationsleistung von den bereits in Deutschland lebenden Ausländern, indem sie der Aussage zustimmen, daß die Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der

Deutschen anpassen sollten. Aussagen, die fordern, Ausländer bei knappem Arbeitsplatzangebot wieder in ihre Heimat zurückzuschicken, ihnen jede politische Betätigung in Deutschland zu untersagen oder sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auszuwählen, stoßen auf mehrheitliche Ablehnung, wobei diese in Ostdeutschland schwächer ausgeprägt ist als im Westen (vgl. Koch 2002, S.563).

Als ein Ergebnis weiterer Befragungen wird letztlich folgendes festgehalten: „Ausländerfeindliche Einstellungen sind in West und Ost eher bei Personen mit niedriger Bildung und ausgeprägtem Nationalstolz zu finden, im Westen zudem eher bei Älteren.“ (Koch 2002, S.567). Des Weiteren kann die im Osten tendenziell höhere Ablehnung von Ausländern und Zuwanderern teilweise dadurch erklärt werden, daß ein Kontakt mit der ausländischen Bevölkerung in diesem Landesteil mit einem Anteil an der Bevölkerung von nur 2,4% viel geringer ausfällt als im Westen mit 10,4%. Dadurch haben 63% der Ostdeutschen weder in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder im Freundeskreis Kontakte mit Ausländern. Hingegen können aber im Westen 69% aller Befragten zumindest in einem dieser Lebensbereiche ein vorhandenen Kontakt angeben. Vor allem die jüngeren Altersgruppen in Westdeutschland pflegen in der Mehrheit bereits selbstgewählte Kontakte mit Ausländern. Auch wird inzwischen jede sechste Ehe in Deutschland zwischen einem Inländer und einem Ausländer geschlossen (vgl. Koch 2002, S.567ff & Thränhardt 2000, S.154).

Insgesamt ergibt sich dadurch ein Eindruck von aktuell sehr unterschiedlich verteilten Chancen der Integration für Migranten in Deutschland. Vor allem aufgrund der derzeit angespannten wirtschaftlichen Lage und einer hohen Arbeitslosenquote haben geringqualifizierte Einwanderer nur in wenigen Bereichen die Chance auf Integration durch den Arbeitsmarkt. Die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung hält sich bei allen Zuwanderungsgruppen in Grenzen, wobei vor allem Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten nicht oder nur begrenzt akzeptiert werden. Zusätzlich stellt sich hierbei auch die Sprachbarriere als Hindernis zur schnellen Integration in den Weg. Im Gegensatz dazu haben die Nachkommen der Immigranten gute und immer besser werdende Chancen zur Integration in die deutsche Gesellschaft. Diese sprechen überwiegend die deutsche Sprache und sind aufgrund des Besuchs deutscher Schulen und Ausbildungsstätten in der Regel besser qualifiziert als die erste Einwanderergeneration der Gastarbeiter. Auch wenn hier weiterhin



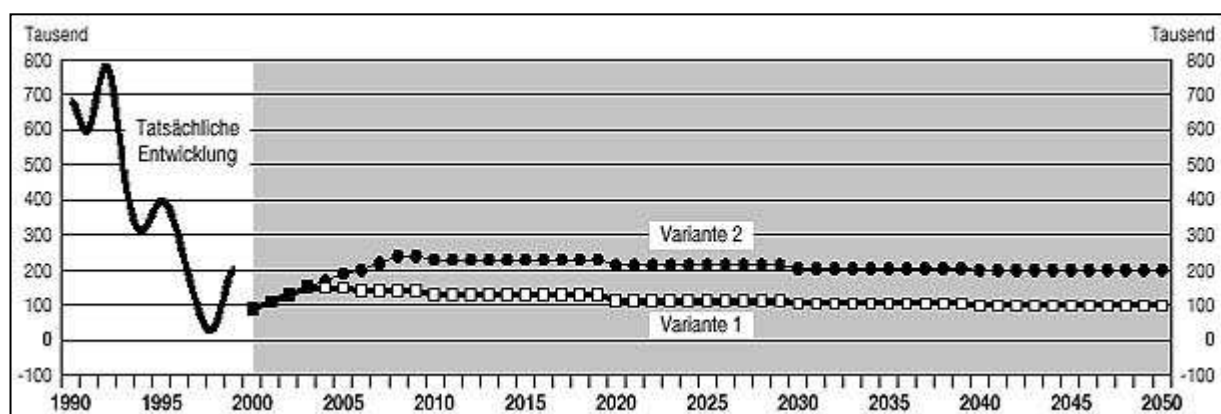
große Defizite im Vergleich zu gleichaltrigen Deutschen vorliegen, ist zumindest in den Bereichen des sozialen Kontakts der Wille zur Integration vor allem von jungen Erwachsenen sowohl auf der Seite der Ausländer, wie auch auf der Seite der deutschen Aufnahmegesellschaft vorhanden. Die Chancen einer gelungenen Integration sind damit heute umso besser, je länger die Migration nach Deutschland bereits zurückliegt.

### **3. Zukünftige Migrationserwartungen**

Aus der letzten beiden Kapitel ist es ersichtlich geworden, daß Migration von den unterschiedlichsten Faktoren beeinflusst werden kann. Einerseits sind Bedingungen im Aufnahmeland, wie zum Beispiel das Wirtschaftswachstum und die Migrationspolitik von entscheidender Bedeutung für zukünftige Zuwanderungsentwicklungen. Andererseits können auch weltpolitische Veränderung wie Wirtschaftskrisen, Kriege oder Regimestürze die Wanderungsüberlegungen oder -notwendigkeiten von Ausländern innerhalb weniger Monate massiv beeinflussen. Somit ist es nicht verwunderlich, daß es in der Fachliteratur je nach Einbezug der Einflußfaktoren sehr stark voneinander abweichende Prognosen für die zukünftigen Migrationserwartungen geben kann.

#### **Abbildung 10: Saldo der Wanderungen über die Grenzen Deutschlands bis 2050**

1990-1999 tatsächliche Werte, ab 2000 Annahmen der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Quelle: Statistisches Bundesamt 2000, S.12

In der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (kBv StaBu) wurden für die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050 zwei verschiedene Varianten eines zukünftigen Wanderungsgewinns zugrundegelegt. In Variante 1 wird ein konstanter Wanderungsgewinn von etwa 100.000 Personen pro Jahr angenommen, während

die zweite Variante mit dem doppelten Wert von ungefähr 200.000 rechnet. Es wird davon ausgegangen, daß beide Werte jeweils nach wenigen Jahren Anpassungszeitraum erreicht werden. Somit stellen sie das anzunehmende Minimum bzw. Maximum der prognostizierten Nettozuwanderung dar, womit sich diese für den Zeitraum zwischen 2000 und 2049 zwischen insgesamt 4,9 Millionen (Variante 1) und 9,3 Millionen (Variante 2) Ausländern bewegt (vgl. Statistisches Bundesamt 2000, S.13).

Vergleicht man diese Vorausberechnungen mit den vergangenen Wanderungssaldi, so spielt der Betrachtungszeitraum eine wichtige Rolle. Aggregiert man die zurückliegenden Zuwanderungsgewinne eines vergleichbaren Zeitraums der letzten 50 Jahren, so entspricht dies in etwa den zukünftigen Erwartungen der zweiten Variante (vgl. Tabelle 12). Nimmt man als Maßstab für zukünftige Migration hingegen ausschließlich die wanderungsintensiven 90er Jahre, so wäre ein jährlicher Zuwanderungsgewinn von bis zu 400.000 Personen in der Zukunft durchaus möglich. Die Tendenz der letzten Jahre wiederum läßt eher auf niedrigere positive Saldi in Höhe der ersten Variante schließen. Es ist anzunehmen, daß die zum Beispiel Mitte der 90er Jahre erstellte 8. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung diesen Trend noch nicht in ihre Berechnungen hat einfließen lassen können, weshalb zu jenem Zeitpunkt noch mit einer zusätzlichen dritten Variante gerechnet wurde: "Zunächst wird ein abnehmender Wanderungssaldo bis zum Jahr 2000 unterstellt - für Variante 1 auf jährlich 100.000, für Variante 2 auf 200.000 und für Variante 3 auf 300.000. Dieser Wanderungssaldo wird dann für die folgenden Jahre in den drei Varianten jeweils beibehalten." (Rothgang 1997, S.19).

Eine etwas genauere Annahme zur Entwicklung der Migration bis zum Jahr 2030 differenziert zusätzlich nach den unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen und nach drei verschiedenen Szenarien, wobei das sogenannte „mittlere“ und wahrscheinlichste Szenario von einer jährlichen Nettozuwanderung von 170.000 Ausländern insgesamt ausgeht. Auch hier wird dieses Niveau allerdings erst nach einer Anpassungszeit ab dem Jahr 2010 erwartet. Das niedrige Szenario geht hier von einem positiven jährlichen Saldo von 70.000 Zuwanderern aus, das hohe Szenario von 300.000 Ausländern. Durch die Migration von Aussiedlern erhöht sich das Wanderungssaldo jeweils noch um mehrere Tausend Personen pro Jahr (vgl. Tabelle 15).

**Tabelle 15: Wanderungsannahmen einzelner Migrantengruppen bis 2030**

	<b>niedriges Szenario</b>	<b>mittleres Szenario</b>	<b>hohes Szenario</b>
Saldo EU-Staaten (ab 2010)	0	10.000	30.000
Saldo Türkei (ab 2010)	10.000	30.000	50.000
Saldo Ex-Jugoslawien (ab 2010)	10.000	30.000	60.000
Saldo restl. Außenwanderung (ab 2010)	50.000	100.000	160.000
<b>Wanderungssaldo Ausländer gesamt</b>	<b>70.000</b>	<b>170.000</b>	<b>300.000</b>
Aussiedler (bis 2010)	10.000	60.000	100.000
Aussiedler (nach 2015)	0	20.000	20.000
<b>Wanderungssaldo gesamt (bis 2010)</b>	<b>80.000</b>	<b>230.000</b>	<b>400.000</b>
<b>Wanderungssaldo gesamt (nach 2015)</b>	<b>70.000</b>	<b>190.000</b>	<b>320.000</b>

Quelle: Münz (2000), S.38

Die Migrationsannahmen des Szenarios mit der niedrigsten vorstellbaren Zuwanderung wird dadurch erklärt, daß aufgrund bereits in Deutschland bestehender ethnischer und familiärer Netzwerke ein bestimmtes Niveau des Zuzugs von Angehörigen nicht unterschritten werden kann. Selbst bei möglichen wirtschaftlichen oder politischen Restriktionen wird daher immer von einem positiven Wanderungssaldo von mindestens 70.000 Personen pro Jahr ausgegangen. Bei dem möglichen Spitzenwert von jährlich 300.000 ausländischen Migranten wird eine breite öffentliche Akzeptanz für Zuwanderung in Deutschland als sehr relevante Einflußgröße genannt. Für den Zuzug von Spätaussiedlern wird eine durch die Politik weiterhin kontrollierte Begrenzung unterstellt, so daß diese Zuwanderungsgruppe in Zukunft immer mehr an Bedeutung verlieren wird. Ebenfalls berücksichtigt wurde unter anderem ein zukünftiger jährlicher Wanderungsverlust von 30.000 deutschen Staatsbürgern und das reformierte Staatsangehörigkeitsrecht des Jahres 2000. Das letztere wirkt sich allerdings nur insofern auf die Migrationserwartungen aus, daß der Ausländeranteil in Deutschland aufgrund höherer Einbürgerungsraten zurückgeht und damit die Relationen von Ausländern und Deutschen verschoben werden (vgl. Münz 2000, S.40f).

Im Vergleich zu den Annahmen des Statistischen Bundesamtes wird in dieser Prognose eine tendenziell höhere zukünftige Zuwanderung erwartet. Mit dem hier als wahrscheinlichstes Szenario angenommener Wanderungssaldo von insgesamt 190.000 Migranten ab dem Jahr 2015 liegt dieses bereits am oberen Ende der erwarteten Entwicklung der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Das hohe Szenario entspricht außerdem mit einer Größe von 400.000 Personen jährlicher Nettozuwanderung bis zum Jahr 2010 und 320.000 Personen ab

dem Jahr 2015 einer zeitweise sogar doppelt so hohen Erwartung als in der vorangegangenen Prognose.

Um diese beiden Prognosen über zukünftige Migrationsgewinne in einem breiteren Spektrum einordnen zu können, folgt nun die Wiedergabe einer Übersicht über Annahmen zur Nettozuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland in der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zu anderen demographischen Szenarien für die Jahre 1993 bis 2030:

**Tabelle 16: Nettozuwanderungsannahmen für die Jahre 1993 bis 2030 im Vergleich (in Tausend)**

	7. kBv StaBu	8. kBv StaBu (V. 1)	8. kBv StaBu (V. 2)	8. kBv StaBu (V.3)	DIW (Sz.I)	DIW (Sz.II)	Birg/ Flöthmann (erweiterte Standardvariante)	Börsch-Supan (wahrscheinlichstes Szenario)
1993 bis 2030	3.352	6.004	10.289	13.674	6.800	9.900	10.083	5.042
<b>Jahresdurchschnitt</b> (eigene Berechnung)	<b>91</b>	<b>162</b>	<b>278</b>	<b>370</b>	<b>184</b>	<b>268</b>	<b>273</b>	<b>136</b>

Quelle: Rothgang 1997, S.19

Weitere aktuelle Quellen prognostizieren eine „jahresdurchschnittliche Nettozuwanderung von 240.000 Personen“ (Hof 2001, S.106) oder rechnen mit „bis 2010 jährlich 150.000, von 2011 bis 2025 jährlich 200.000, ab 2026 jährlich 300.000“ (SPD 2001, S.33) Migrationsgewinnen.

Aufgrund dieser vielen voneinander differierenden Ergebnisse wird deutlich, daß es keine wirklich eindeutigen Schätzungen über längerfristige Migrationserwartungen gibt, die man heute bereits als besonders zuverlässig bewerten könnte. Zu viele kalkulierbare Einflußgrößen verändern das zu berechnende Wanderungssaldo derart, daß konkrete Prognosen nur durch eine Vielzahl von breit gefächerten Varianten dargestellt werden können. Des weiteren addieren sich besonders in längeren Zeitrahmen eine unüberschaubare Anzahl nicht kalkulierbarer Einflüsse, wie zum Beispiel der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre, hinzu. Vor allem zukünftige Flüchtlings- und Asylantenströme können somit kaum in die Berechnungen miteinbezogen werden, genausowenig wie die Entwicklung

politischer oder wirtschaftlicher Bedingungen in Deutschland oder eventuelle politische, wirtschaftliche oder ökologische Krisen im Ausland. Es ist allerdings anzunehmen, daß es, wie auch bereits in der Vergangenheit (vgl. Abbildung 7), in der Zukunft Phasen höherer und niedrigerer positiver Zuwanderungssaldi geben wird. Auch sind negative Saldi nicht kategorisch ausschließbar, selbst wenn keine der vorangegangenen Prognosen diese erwartet hat.

Trotz dieser vielen Unsicherheiten zeichnet sich jedoch ein gewisser Korridor von Erwartungen ab, der zwar oft in Extremwerten von deutlich unter 100.000 oder über 300.000 Personen ausschlägt, sich in seinen mittleren Szenarien, Varianten oder Werten jedoch meist um einen vermuteten zukünftigen Wanderungsgewinn von durchschnittlich jährlich 200.000 Personen bewegt, was damit leicht geringer als die durchschnittlichen Zuwanderungsgewinne der Vergangenheit ausfällt. Als Orientierungspunkt, stellvertretend für die meisten wissenschaftlichen Zuwanderungsprognosen in Deutschland, soll im folgenden Abschnitt an diesem Zahlenwert festgehalten werden.

## **IV. Migration als Lösungsbeitrag aus der demographischen Altersfalle**

Nachdem nun sowohl die vergangenen und zukünftigen Entwicklungen, wie auch die aktuellen Bedingungen von Zuwanderung in Deutschland dargestellt wurden, sollen in den folgenden Kapiteln die Auswirkungen dieser Migration auf die deutsche Gesellschaft aufgezeigt werden. Im Mittelpunkt steht hierbei der Beitrag, den die Migration zur Linderung des Problems der Überalterung bislang leisten konnte und zur Lösung des Problems in Zukunft zu leisten im Stande sein wird. In einem ersten Kapitel wird dies anhand einer Veranschaulichung von Entlastungswirkungen auf die Altersstruktur, die Versorgungssysteme und den Arbeitsmarkt in Deutschland genauer dargestellt. Im Anschluß daran wird zu klären sein, unter welchen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen die Migration diesen positiven Beitrag überhaupt in sinnvoller Weise erbringen kann. Vor allem eine letztendliche Gegenüberstellung der Problem- und der Lösungspotentiale durch zukünftige Zuwanderung soll Klarheit darüber verschaffen, ob sich Migration als alleinige Lösung aus der demographischen Altersfalle wird eignen können.

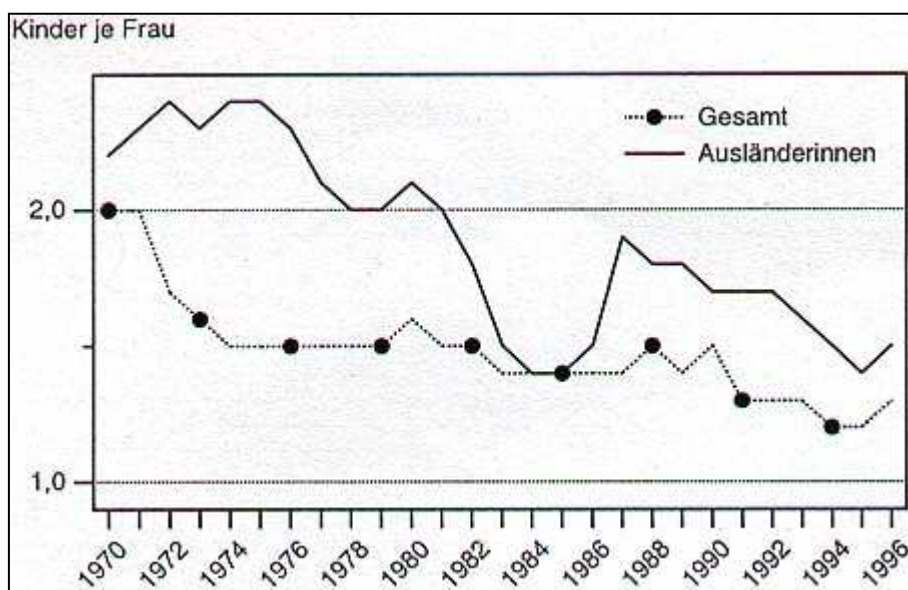
### **1. Vergangene und zukünftige Lösungsbeiträge**

#### **1.1 Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung**

Einen Lösungsbeitrag, den die ausländische Bevölkerung zur Entlastung der ungünstigen deutschen Altersstruktur leistet, begründet sich in einer vergleichbar günstigeren Geburtenentwicklung. Nach der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts wurden im Jahr 2000 in Deutschland 50.000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft und 41.000 Kinder ausländischer Eltern mit einer deutschen Staatsbürgerschaft geboren. Das Jahr zuvor wurden 95.000 Geburten ausländischer Kinder in Deutschland gemeldet. Den absoluten Höhepunkt erreichte diese Zahl im Jahr 1974, kurz nach dem Anwerbestop, mit insgesamt 108.000 Geburten, was damals in etwa jeder sechsten Geburt überhaupt entsprach. Bis zur Mitte der 80er Jahre reduzierte sich dieses Niveau allerdings wieder um die Hälfte und wurde nach einem wiederholten Anstieg bis zur Mitte der 90er Jahre beinahe wieder erreicht (vgl. Statistisches Bundesamt 2002, S.47f).

Vergleicht man nun die Anzahl aller Geburten in Deutschland mit dem Anteil der Geburten ausländischer Kinder bzw. der Kinder ausländischer Eltern für die Jahre 1999 und 2000, so errechnet man einen überdurchschnittlichen Wert von ungefähr 12%, verglichen mit dem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von nur etwa 9%. Betrachtet man weitergehend die Anzahl der Geburten ausländischer Mütter mit einem Wert von 133.000 im Jahr 1996, so ergibt dies sogar einen Beitrag von 17% an der gesamtdeutschen Geburtenzahl (vgl. Münz 1999, S.68). Zurückzuführen ist dies vor allem aufgrund einer für Deutschland schon immer überdurchschnittlichen Geburtenrate ausländischer Frauen:

**Abbildung 11: Geburtenrate ausländischer Frauen in Westdeutschland, 1970-96**

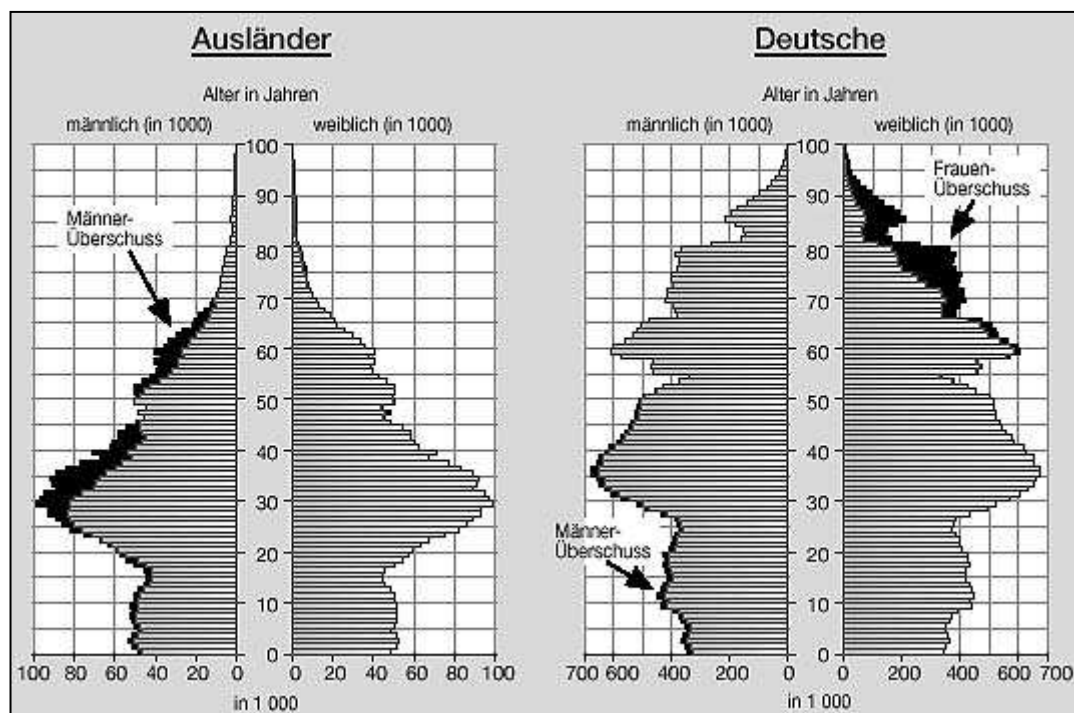


Quelle: Statistisches Bundesamt, EUROSTAT; aus: Münz 1999, S.71

Neben diesem Beitrag hat die ausländische Bevölkerung im Vergleich zu den Deutschen einen wesentlich jüngeren Altersaufbau, was auch eine Folge jener höheren Geburtenrate ist. Vor allem aber entsteht dieser Unterschied als Resultat einer Vielzahl junger Arbeitsmigranten, die seit den 60er Jahren kontinuierlich nach Deutschland einwandern. Dies wirkt sich in Zahlen ausgedrückt auf die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerungsgruppe in diesem Land wie folgt aus: Betrag der Anteil der über 60-Jährigen Deutschen im Jahr 1996 bei den Männern 19% und bei den Frauen sogar 27%, so lag dieser bei der ausländischen Bevölkerung für beide Geschlechter bei jeweils nur 6%. Im Gegensatz zum deutschen Bevölkerungsaufbau sind hier vor allem die Altersjahrgänge zwischen dem 20. und dem 40. Lebensjahr mit Abstand am stärksten vertreten, wohingegen es im Verhältnis dazu nur sehr

wenige über 60-jährige Ausländer gibt (vgl. Abbildung 12). Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, daß die Wanderungswahrscheinlichkeit zu Beginn der Erwerbsphase am höchsten ist. Zusätzlich ist jedoch auch die durchschnittliche Geburtenrate in vielen Herkunftsländern höher als in Deutschland, so daß sich bei Zuwanderungen kompletter Generationsketten überdurchschnittlich viele Kinder oder junge Erwachsene in einer Familie befinden (vgl. Münz 1999, S.65f & Vogel 1996, S.58).

**Abbildung 12: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31.12.1999**



Quelle: UKZ 2001, S.70

Nach einer Auswertung des Ausländerzentralregisters für den 31.12.2000, ergab sich folgender Altersaufbau für die ausländische Bevölkerung in Deutschland:

**Tabelle 17: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung in Deutschland am 31.12.2000**

<i>Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren</i>	<i>ausländische Bevölkerung</i>	<i>Gesamtbevölkerung</i>
<b>unter 21</b>	25,4 %	22,4 %
<b>21-65</b>	69,8 %	61,4 %
<b>65 und älter</b>	4,7 %	16,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 2002; eigene Berechnungen



Deutlicher werden die Unterschiede im Altersaufbau, wenn man die verschiedenen in Deutschland lebenden Bevölkerungsgruppen isoliert voneinander betrachtet. Dies versucht die folgende Tabelle zu erzielen, deren Daten zwar bereits mehr als ein Jahrzehnt zurückliegen, die Aussagetendenz selbst jedoch weiterhin Bestand hat:

**Tabelle 18: Altersstruktur von 4 Bevölkerungsgruppen in Deutschland am 31.12.1991**

<i>Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren</i>	<i>Wohnbevölkerung</i>	<i>Deutsche</i>	<i>Ausländer</i>	<i>Aussiedler</i>
<b>unter 20</b>	21,54 %	20,84 %	30,17 %	35,11 %
<b>20-60 (bzw. 65)<sup>1</sup></b>	64,47 %	64,23 %	67,42 %	58,67 %
<b>65 und älter</b>	13,99 %	19,94 %	2,41 %	6,22 %

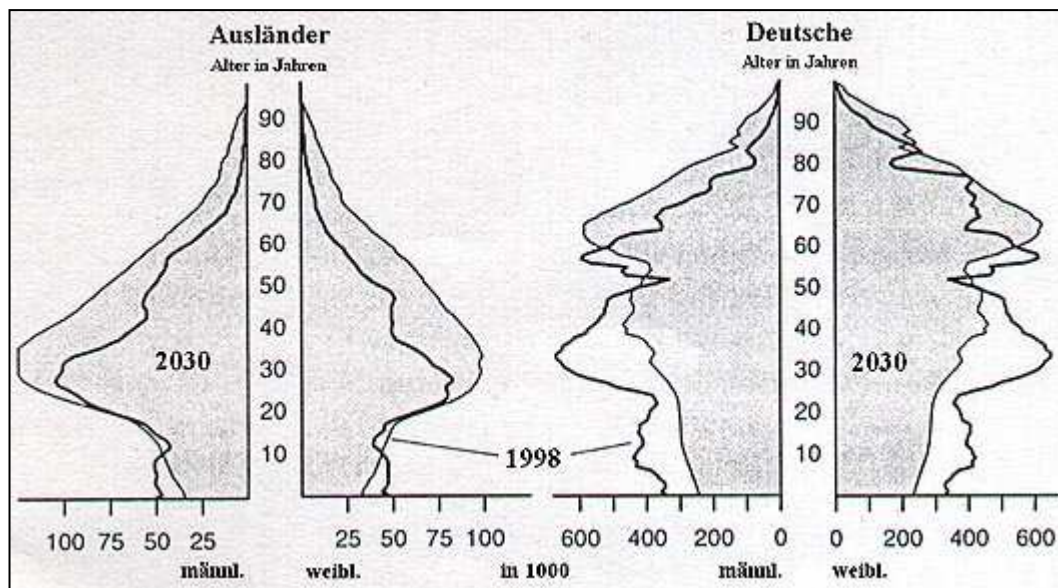
Quelle: Poschner 1996, S.56; <sup>1</sup>Ungenauigkeit in der Quelle

Während man aus Tabelle 17 vor allem den signifikanten Unterschied des geringen Anteils der älteren ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sieht, so erkennt man aus Tabelle 18 direkt, wie groß die Auswirkungen dieses Verjüngungseffekts auf die Altersstruktur in jenem konkreten Jahr waren. Aufgrund eines vielfach niedrigeren Anteils älterer Menschen ab dem 65. Lebensjahr in der Gruppe der Ausländer und Aussiedler, konnte der im Vergleich dazu hohe Anteil der Deutschen in dieser Altersgruppe im Jahr 1991 deutlich von knapp 20% auf schließlich 14% in der Gesamtbevölkerung reduziert werden.

Wie außerdem aus beiden Tabellen ersichtlich, übersteigt die anteilige mittlere Altersgruppe der Ausländer nur sehr gering die vergleichbaren Werte der jeweiligen Altersgruppe der Deutschen oder der Gesamtbevölkerung. Folglich findet hier im Moment noch kaum eine positive Beeinflussung in der Altersstruktur statt. Betrachtet man jedoch die heutigen Altersstrukturen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung genauer, so erkennt man, daß sich dies vor allem ab der Mitte des nächsten Jahrzehnts ändern wird, da dann im Gegensatz zur ausländischen Bevölkerung immer mehr geburtenstarke Jahrgänge der Deutschen das Rentenalter erreicht haben werden. Zu jenem Zeitpunkt wird der überwiegende Teil der bevölkerungsstarken Jahrgänge ausländischer Mitbürger weiterhin zur mittleren Altersgruppe zählen und dadurch den Anteil vor allem der älteren Altersgruppen in Deutschland noch spürbarer senken können (vgl. Abbildung 12).

Betrachtet man zuletzt die Altersgruppe der unter 20-Jährigen bzw. unter 21-Jährigen, so hat sich dieser Anteil in der ausländischen Bevölkerung zwischen den Jahren 1991 und 2000 beträchtlich reduziert. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß in jenem Zeitraum viele Kinder und Jugendliche ausländischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben. Somit fließt ein hoher Anteil des Verjüngungseffekts bereits in die deutsche Altersstruktur mit ein, ohne daß sie in der obigen Gegenüberstellung berücksichtigt werden konnte. Des weiteren wird aus Tabelle 18 schnell ersichtlich, daß die Gruppe der Aussiedler, mit einer besonders jungen Altersstruktur von über 35% unter 20-Jähriger, die Altersstruktur der Deutschen im Jahr 1991 zusätzlich zu verjüngen im Stande war. Trotz dieser beiden bereits einberechneten günstigen Einflüsse liegt der Anteil ausländischer unter 21-Jähriger im Jahr 2000 immer noch um 3% höher als in der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 17). Im Jahr 1991 betrug dieser Unterschied bei der Altersgruppe unter 20-Jähriger allerdings noch fast das Dreifache (vgl. Tabelle 18).

**Abbildung 13: Vergleich der deutschen und ausländischen Altersstruktur, 1998 und 2030<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> = unterstellte Nettozuwanderung von jährlich 170.000 ab dem Jahr 2010 (vgl. Tabelle 15)

Quelle: Münz 1999, S.179

Eine Prognose des Bevölkerungsaufbaus von Ausländern und Deutschen für das Jahr 2030 zeigt, daß sich zu jenem Zeitpunkt der Anteil unter 20-Jähriger einander weiter angenähert haben wird: 16,2% der Deutschen werden dieser Altersgruppe angehören, bei der ausländischen Bevölkerung wird dieser Anteil dann nur noch um 1,2% höher ausfallen. Im

Gegensatz dazu wird sich jedoch der Unterschied in der mittleren Altergruppe stark vergrößern. Während der Anteil 20- bis 59-jähriger Ausländer auf 69,4% leicht ansteigen kann, verringert er sich in der deutschen Bevölkerung auf 46,8%. Der Anteil an der Altersgruppe über 59-Jähriger wird sich bis zum Jahr 2030 bei der ausländischen Bevölkerung gegenüber 1998 zwar mit 13,2% fast verdoppelt haben, da jedoch der Anteil über 59-jähriger Deutscher auf 37% noch beträchtlicher anwachsen wird, steigert sich der Entlastungseffekt einer jüngeren ausländischen Altersstruktur zukünftig sogar noch. Letztlich wird die deutsche Alterspyramide im Jahr 2030 überhaupt nicht mehr erkennbar sein, bei der ausländischen Bevölkerung zeichnet sie sich hingegen weiterhin deutlich ab (vgl. Münz 1999, S. 178 & Abbildung 13).

Zusammenfassend läßt sich durch diese Ergebnisse bestätigen, daß die ausländische Bevölkerung das Geburtenfazit auszugleichen hilft und in allen Altersgruppen zur Verjüngung der Altersstruktur in Deutschland einen großen Beitrag geleistet hat und in naher Zukunft umso mehr leisten wird. Dieser positive Einfluß bedeutet jedoch noch weiterführende entlastende Auswirkungen für die deutsche Gesellschaft, entgegengesetzt wirkend zu den belastenden Konsequenzen der ungünstigen Altersstruktur Deutscher, sowohl für den Arbeitsmarkt, als auch letztlich für die sozialen Sicherungssysteme. Auf beide Lösungsbeiträge soll im Folgenden genauer eingegangen werden.

## 1.2 Die Erwerbsbeteiligung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt

Zuwanderung nach Deutschland bedeutete bis zum Anwerbestop im Jahr 1973 fast ausschließlich die gezielte Immigration von notwendigen Arbeitskräften aus dem Ausland. Eine stark wachsende Wirtschaft war vor allem in der industriellen Fertigung der 50er, 60er und 70er Jahre auf Gastarbeiter angewiesen, die einen Mangel deutscher Arbeitskräfte in dieser Zeit komplementär ausgleichen mußten. Jedem dieser angeworbenen Ausländer war damit eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt garantiert. Nach dem Jahr 1973 bestand kein derart bindender Zusammenhang mehr zwischen Zuwanderung und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland, da sich der Familiennachzug als Einwanderungsmotiv zur immer bedeutenderen Größe entwickelte. Aufgrund ungeplanter Zuwanderungswellen von Kriegsflüchtlingen und Aussiedlern in den 90er Jahren ist das Konzept des klassischen Arbeitsmigranten weiter verloren gegangen. Verstärkt hinzugetreten ist stattdessen der temporäre Arbeitsmigrant, der lediglich für eine begrenzte Zeit in Deutschland arbeitet, hier jedoch

keinen ständigen Wohnsitz hat. Dieser Typ des ausländischen Arbeitnehmers setzt sich vor allem aus Saisonarbeitskräften, Werkvertragsarbeitnehmern aus Ost- und Mitteleuropa und Arbeitskräften aus der EU zusammen. Im Zeitraum zwischen 1992 und 1999 nahmen durchschnittlich jedes Jahr knapp 200.000 saisonale Arbeitskräfte, 52.000 Werkvertragsarbeitnehmer und 150.000 EU-Arbeitskräfte die Möglichkeit der befristeten Beschäftigung in Deutschland wahr. Vorteile dieses ursprünglichen Konzepts des Gastarbeiters sind zum einen, daß nur ein Minimum an Integrationsarbeit und Integrationskosten sowohl auf deutscher als auch auf ausländischer Seite geleistet werden muß und zum anderen, daß diese Erwerbsform sowohl zeitlich als auch örtlich sehr flexibel dem aktuellem Bedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt angepaßt werden kann (vgl. Schulz 2001, S.16f).

Aufgrund des zum größten Teil unerwarteten und ungeplanten hohen positiven Zuwanderungssaldos der 90er Jahre hat sich nach Berechnungen des IAB das Erwerbspersonenpotential von Ausländern in Deutschland zwar zwischen 1992 und 1999 um 722.000 Personen erhöht, die Anzahl ausländischer Erwerbstätiger konnte in dieser Zeit jedoch nur um 7.000 Personen zunehmen. Als Konsequenz stieg deren Arbeitslosenquote an, wobei die unqualifizierten Industriearbeiter der ersten Einwanderungsgeneration besonders betroffen sind. Neue Zuwanderer hingegen, die vor allem im Dienstleistungssektor arbeiten, werden weit weniger davon berührt. Auch die in Deutschland lebende höher qualifizierte zweite Migrantengeneration bewältigt dieses Problem besser, da diese immer weniger im industriellen Sektor, sondern zunehmend in Büro- und Verwaltungsberufen arbeitet. Insgesamt substituieren somit besser qualifizierte oder auch neue Einwanderer die bereits in Deutschland arbeitenden Migranten. Deutsche Arbeitskräfte sind hingegen aufgrund ihrer rechtlichen Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt und der meist höheren Qualifikation nur selten von dieser Art des Verdrängungsprozesses betroffen (vgl. Schulz 2001, S.19ff).

Wirtschaftlich bedeutet ein durch Zuwanderung komplementär und nicht substitutiv erhöhtes Arbeitskräfteangebot, in Verbindung mit einer daraus erwachsenden Erhöhung der Inlandsnachfrage nach Konsum und Gütern, einen sicheren Wachstumsbeitrag. Ein vor allem in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland rapide zurückgehendes Erwerbspersonenpotential der unter 40-Jährigen kann nur durch gut qualifizierte Migranten aus dem Ausland ausgeglichen werden, um damit vor allem zukünftige Innovationsprozesse und Posten von Leistungsträgern in der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. Andererseits wird parallel dazu

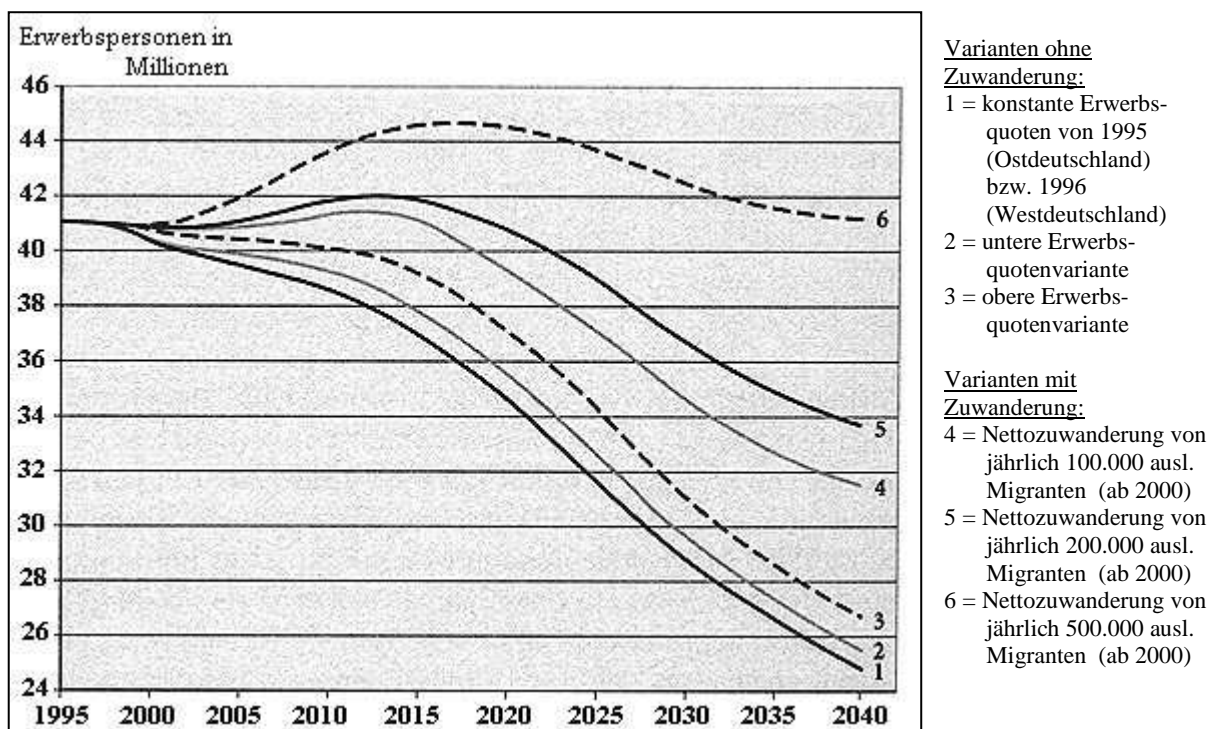
aber auch weiterhin ein großer Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften bestehen, die nicht nur aufgrund der zunehmend ungünstigen Altersstruktur deutscher Erwerbsarbeiter nicht besetzt werden können, sondern vor allem aufgrund der Diskrepanzen zwischen hohem Arbeitsangebot und niedriger Arbeitsnachfrage. Zutreffend ist dies zum Beispiel in den Sektoren der Schwerindustrie, des Baugewerbe, im Hotel- und Gaststättenbetrieb oder in Pflege- und Betreuungsdiensten, in denen aufgrund des Mißverhältnisses von Arbeitsaufwand und Bezahlung nur wenige Deutsche zu arbeiten bereit sind. Insbesondere die zukünftige Überalterung der Gesellschaft wird im Pflegesektor eine beträchtliche Ausweitung bezahlbaren Personals notwendig machen (vgl. Kapitel II. 4.2). Bereits heute nutzen viele Deutsche meist illegal die Angebote kostengünstiger Pflegerinnen aus Osteuropa als Versorgungs-alternative zur viel teureren und oft unmenschlicheren Altenheimunterbringung (vgl. Tichy 2001, S.125).

Es existiert jedoch auch die Wahrscheinlichkeit, daß vor allem die Anwerbung ausländischer Fachkräfte, wie etwa Informatiker, für den deutschen Arbeitsmarkt einen eher substitutiven Charakter aufweisen. Als Folge dieses möglichen Verdrängungswettbewerbs sinken tendenziell die Reallöhne der Deutschen in dem jeweils betroffenen Arbeitsmarktsegment, was den Betroffenen zwar einerseits härtere Anpassungserfordernisse auferlegt, sich andererseits jedoch positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. Vor allem werden komplementäre deutsche Produktionsfaktoren, die vom Erfolg der betroffenen Branche abhängig sind, dadurch profitieren können. Auch wird nur bei einem schlecht funktionierenden Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit der substitutiven deutschen Arbeitskräfte ansteigen. Die Gründe hierfür sind dann jedoch nicht in der Migration selbst zu suchen: „Allerdings ist die Zuwanderung in der Regel nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern lediglich ein relativ offensichtlicher Beleg für die fehlende berufliche und räumliche Mobilität und Flexibilität der Einheimischen. Oder: Nicht die Migration der Ausländer, sondern die *fehlende* (berufliche oder räumliche) *Mobilität der Einheimischen* verursacht die Arbeitslosigkeit!“ (Straubhaar 2002, S.58).

Wie bereits als Folge der Jahre nach dem Wirtschaftwunder, wird es auch in der Zukunft nur durch Zuwanderung möglich sein, ein für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt befriedigendes Potential an Erwerbspersonen bereitzustellen. Besonders gut läßt sich dies durch Abbildung 14 illustrieren, die anhand von 6 Szenarien verschiedene Entwicklungsverläufe des Erwerbspersonenpotentials Deutschlands bis zum Jahr 2040 projiziert. In den Varianten 1 bis 3 werden keinerlei Zuwanderungsgewinne für die Zukunft unterstellt. Hier

unterscheidet sich die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten trotz unterschiedlicher Erwerbsquoten nur marginal. Stellten sich im Jahr 2000 noch deutlich über 40 Millionen in Deutschland lebende Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, so sinkt in der Projektion dieser Wert bis zum Jahr 2040, relativ unabhängig von der zu erwartenden Erwerbsquote, auf knapp unter oder über 26 Millionen Personen. Unterstellt man aber einen positiven Wanderungssaldo von durchschnittlich 100.000 Migranten pro Jahr, ergibt sich bis zum Ende des Projektionszeitraums nur ein Rückgang auf knapp 32 Millionen Personen. Eine Verdopplung dieses jährlichen Wanderungszuwachses auf 200.000 Einwanderer führt in Variante 5 zu einer Steigerung des Erwerbspersonenpotentials um ungefähr weitere 2 Millionen Menschen. Schließlich gewährleistet aber nur eine jährliche Nettozuwanderung von 500.000 ausländischen Migranten, das heutige Niveau auch im Jahr 2040 wieder erreichen zu können (Variante 6). Ein Effekt dieses letzten Szenarios würde allerdings sein, daß das Erwerbspersonenpotential in den nächsten Jahren erst deutlich ansteigen würde, bevor es auf seinen ursprünglichen Wert zurückkehrt, so daß im Jahr 2015 für etwa 4,5 Millionen Personen mehr Arbeit zur Verfügung stehen müßte als heute (vgl. Tichy 2001, S.175).

**Abbildung 14: Projektion des Erwerbspersonenpotentials in Abhängigkeit zukünftiger Zuwanderung, 1995 bis 2040**



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung; aus: Tichy 2001, S.174

Ein letzter Punkt, der dafür spricht, daß in diesem Land arbeitende Migranten eine Entlastung für die deutsche Gesellschaft darstellen, ist die nähere Betrachtung altersspezifischer Erwerbsquoten für Deutsche und Ausländer in der Gegenwart und in der Zukunft. Allgemein entspricht heute die Erwerbsquote von männlichen Ausländern in etwa der Erwerbsquote deutscher Männer. Zwei Unterschiede lassen sich jedoch feststellen: in jüngeren Altersgruppen der unter 30-Jährigen liegt sie aktuell leicht unter der deutschen, in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen jedoch stark darüber. Nach Berechnungen wird in Zukunft auch die Erwerbsquote junger Ausländer die der altersgleichen deutschen Arbeitnehmer übersteigen können und sich die überdurchschnittlich hohe Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen Ausländer zusätzlich auf höherem Niveau stabilisieren lassen. Waren im Jahr 1998 nur 32,4% der deutschen Männer in diesem fortgeschrittenen Alter noch Erwerbspersonen, so traf dies auf 41,4% der Ausländer zu. Jener Unterschied von 9% höherer Erwerbsquote in der männlichen ausländischen Bevölkerung wird auch für die Jahre 2020 und 2040 prognostiziert:

**Tabelle 19: Erwerbsquoten für 60- bis 64-jährige Deutsche und Ausländer, 1998 – 2040 (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung)**

<i>Jahr:</i>	<i>deutsche Männer</i>	<i>ausländische Männer</i>	<i>deutsche Frauen</i>	<i>ausländische Frauen</i>
<b>1998</b>	32,4	41,4	12,4	18,8
<b>2020</b>	50,8	59,8	29,9	41,3
<b>2040</b>	51,5	60,5	30,6	45,6

Quelle: Hof 2001, S.109

Auch die Erwerbsquote der 60- bis 64-jährigen ausländischen Frauen überstieg im Jahr 1998 den Wert der vergleichbaren deutschen Erwerbspersonengruppe deutlich um 6,4%. Hier wird ebenfalls in der Zukunft mit einem Anstieg beider Quoten gerechnet, jedoch mit einem stärkeren Zuwachs bei den ausländischen Frauen, so daß letztlich im Jahr 2040 eine sogar um 15% höhere Erwerbsquote dieser Altersgruppe im Vergleich zur der Quote deutscher Frauen prognostiziert wird. Zu bedenken bleibt allerdings, daß die durchschnittliche Erwerbsquote aller ausländischen Frauen deutlich unter dem Niveau der Erwerbsquote deutscher Frauen liegt, im Jahr 1998 um etwa 15%, wobei hierbei in den nächsten Jahrzehnten mit einer langsamen Angleichung zu rechnen ist (vgl. Hof 2001, S.108f).

Festzuhalten bleibt aber, daß vor allem die ausländische Erwerbsbevölkerung vermehrt lange dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und stehen wird, was neben einem positiven Beitrag zum Erwerbspotential vor allem auch die sozialen Sicherungssysteme entlastet. Darauf soll nun im folgenden Kapitel näher eingegangen werden.

### 1.3 Die Entlastung der sozialen Sicherungssysteme

Die Konsequenzen aus der fortschreitenden Überalterung der deutschen Gesellschaft für das zukünftige Verhältnis von steigenden Sozialversicherungsbeiträgen und den dafür zu erwartenden sinkenden Leistungsansprüchen sind bereits in Kapitel II hinreichend erklärt worden. Das Hauptproblem besteht hierbei, daß in Zukunft eine zu große Zahl von deutschen Leistungsempfängern einer zu geringen Zahl von deutschen Beitragszahlern gegenüber stehen wird. Für die Population der in diesem Land beheimateten Ausländer trifft dies jedoch nicht zu (vgl. Abbildung 12 & Tabelle 17). Als Folge einer beträchtlich jüngeren Altersstruktur und einer durchschnittlich höheren Anzahl von Kindern pro Familie sind die Mitglieder aus der Zuwanderungspopulation sehr viel besser dafür ausgelegt, als Erwerbskräfte heute und in der Zukunft in Relation zu ihrer Größe mehr in die öffentlichen Haushalte einzuzahlen als die deutsche Bevölkerung.

Vor allem aber ist damit der Anteil derjenigen Migranten, die Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme stellen können, relativ gering. Sowohl Leistungen aus dem gesetzlichen Rentensystem als auch Mittel aus der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung werden an die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung aufgrund eines wesentlich geringeren Anteils an über 60-Jährigen verhältnismäßig weniger verteilt. Der Altenquotient der ausländischen Bevölkerung war im Jahr 1998 mit einem Wert von 10,1 viermal niedriger als der Altenquotient der deutschen Bevölkerung (vgl. Münz 1999, S.178 & Tabelle 4). Zusätzlich entlastend wirkt hierbei auch der Umstand, daß einige ältere Migranten nach einer gewissen Zeit des Erwerbslebens in ihre Heimatländer zurückkehren. Damit konnten aus dieser Bevölkerungsgruppe bis heute auf der einen Seite viel mehr neue Beitragszahler gewonnen werden als auf der anderen Seite Leistungsempfänger hinzugetreten sind. Insgesamt trägt die Population der Zuwanderer sich damit nicht nur selbst, sondern kann darüber hinaus noch die deutschen sozialen Sicherungssysteme der gesetzlichen Renten-, Pflege- und Krankenversicherung entlasten helfen. Zurückzuführen ist dieser positive Beitrag



neben der günstigen Altersstruktur auch auf die in manchen Altersgruppen höhere Erwerbsquote der Ausländer in Deutschland (vgl. Münz 1999, S.67 & Tabelle 19).

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang jedoch, welche Auswirkungen zukünftige Migration auf die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland haben wird. Unter Annahme zweier unterschiedlicher Zuwanderungsszenarien bis zum Jahr 2050 wird im folgenden sowohl der positive Einfluß auf den Alterungsprozess, als auch auf die Beitragssätze der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung dargestellt:

**Tabelle 20: Auswirkungen zukünftiger Zuwanderung auf die Beitragssätze von gRV und gKV**

<i>Jahr</i>	<i>Anteil der über 60-Jährigen</i>	<i>Ausländeranteil</i>	<i>Anteil der Erwerbstätigen</i>	<i>Beitragssatz der gRV</i>	<i>Beitragssatz der gKV</i>
<b>1990</b>	20,5 %	8,5 %	44,5 %	18,7 %	12,0 %
<b>2050 (Var1)</b>	26,0 %	29,0 %	41,5 %	24,5 %	14,2 %
<b>2050 (Var2)</b>	33,5 %	18,0 %	38,5 %	34,2 %	16,8 %

Quelle: Börsch-Supan, A.(1994): Migration, Social Security Systems and Public Finance, S.125ff. ; aus: Poschner 1996, S.43

In einer ersten Variante (Var1) eines zukünftigen Wanderungsszenarios legt man eine jährliche durchschnittliche Nettozuwanderung von 300.000 Personen ab dem Jahr 1995 bis zum Jahr 2050 zugrunde, was dem oberen Korridor der Migrationsprognosen aus Kapitel III entspricht. Ergänzend hierzu deckt die zweite Variante (Var2) die eher gemäßigten Erwartungen zukünftiger Zuwanderung ab. Hier rechnet man mit einer Nettozuwanderung der Jahre 1995 bis 2000 von 150.000 Migranten und für die Jahre 2000 bis 2010 mit 100.000 Migranten jährlich. Ab dem Jahr 2010 bleibt der positive Wanderungssaldo schließlich konstant auf einem niedrigen Wert von 45.000 Personen. Insgesamt entspricht dies in etwa dem niedrigsten Szenario aus Tabelle 15 (vgl. Poschner 1996, S.42f).

Als Ergebnis sowohl des hohen als auch des niedrigen Zuwanderungsszenarios erkennt man, daß steigende Beitragssätze in der Zukunft zwar weiterhin zu erwarten sind. Vergegenwärtigt man sich nun die Prognosen aus Kapitel II. in den Abschnitten 4.1 und 4.2 für die gesetzliche Krankenversicherung und die gesetzliche Rentenversicherung der Jahre 2040 und 2050, so erkennt man, daß durch das erste Wanderungsszenario die prognostizierten Beiträge für beide sozialen Sicherungssysteme halbiert werden konnten. Selbst bei dem niedrigen positiven

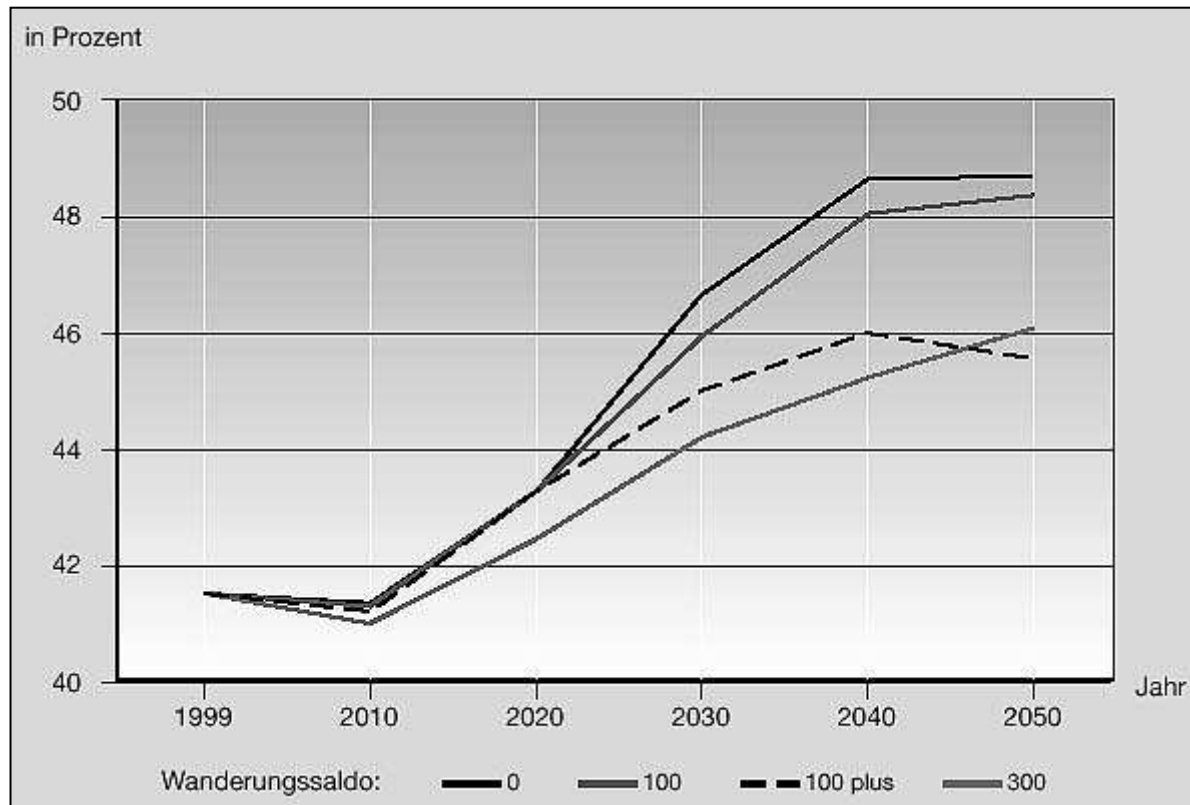
Wanderungssaldo der zweiten Variante sinken die Beitragssätze um zweistellige Prozentpunkte im Vergleich zu einem Szenario ohne Zuwanderung. Als Hauptursache hierfür ist jeweils der niedrige Anteil über 60-Jähriger zu benennen, der im Vergleich zu 40,9% (vgl. Tabelle 6) auf jeweils nur 26% oder 33,5% ansteigt. Auch der Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung kann somit in relativ kontrollierten Bahnen verlaufen. Allerdings würde sich der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer, ohne eine Berücksichtigung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes, gegenüber heute in der ersten Variante mehr als verdreifachen und in der zweiten Variante immerhin noch verdoppeln.

Eine klare Entlastung aller sozialen Sicherungssysteme kann der Zuwanderung allerdings nicht immer klar bestätigt werden. In einem zusammenfassenden Vergleich verschiedener Studien im Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (UKZ) heißt es dazu: „Über Be- und Entlastungswirkungen der Zuwanderung auf öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen in der Vergangenheit lassen sich keine pauschalen Aussagen treffen. Dies liegt zum einen an fehlenden Primärstatistiken, zum anderen an methodischen Schwierigkeiten, indirekte Wirkungen der Zuwanderung zu messen.“ (UKZ 2001, S.76). Es steht allerdings fest, daß bei bis zu 55-jährigen Ausländern, ohne Miteinbezug der Asylbewerber, wie auch bei Deutschen derselben Altersgruppe, die Differenz aus gezahlten Steuern, Sozialbeiträgen und öffentlichen Transfers positiv ausfällt. Darüber hinaus sind Ausländer aufgrund ihrer vergleichsweise höheren Erwerbsquote im fortgeschrittenen Alter (vgl. Tabelle 19) folglich auch in höheren Altersklassen eher zu den Nettoempfängern staatlicher Gelder zu zählen als die deutsche Bevölkerung (vgl. UKZ 2001, S.76).

Trotz einer höheren Arbeitslosenquote und damit einer stärkeren Beanspruchung der Arbeitslosenversicherung, sowie einer deutlich höheren Sozialhilfequote im Vergleich zu Deutschen, wird im Kommissionsbericht davon ausgegangen, „dass die Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen durch die bisherige Zuwanderung die Mehrausgaben an zu leistenden Transfers deutlich übersteigen.“ (UKZ 2001, S.77). Dies wird auch im Folgenden anhand verschiedener Zuwanderungsszenarien bis zum Jahr 2050 deutlich gemacht: Bei der Entwicklung des Anteils der Sozialversicherungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt würde dieser Anteil ohne positives Wanderungssaldo im Jahr 2020 von unter 21% auf über 23% am Ende des Betrachtungszeitraums ansteigen. Im Gegensatz dazu könnte eine jährliche Nettozuwanderung von 300.000 Personen diesen Anteil über die Jahrzehnte hinweg konstant auf 20%

halten. Auch eine gestaffelte Zuwanderung zwischen 100.000 und 300.000 Personen pro Jahr hätte letztendlich dasselbe Resultat im Jahr 2050. Eine konstante Nettozuwanderung von 100.000 Menschen jährlich hätte dagegen den Effekt, den Anteil im Vergleich zu keiner Zuwanderung um nur einen Prozentpunkt auf letztlich über 22% senken zu können (vgl. UKZ 2001, S.78).

**Abbildung 15: Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge bis 2050**



Quelle: UKZ 2001, S.79

Betrachtet man nun die Entwicklung der Summe aller Sozialversicherungsbeiträge bis zum Jahr 2050, so erkennt man aus Abbildung 15, daß ein Anstieg ab dem Jahr 2010 für jedes Wanderungsszenario unvermeidlich wird. Ohne ein positives Wanderungssaldo wäre jedoch bereits vor dem Jahr 2030 eine Beitragshöhe von 46% überschritten, die mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 300.000 Personen erst nach dem Jahr 2050 erreicht würde. Diese Beitragsbelastung könnte somit um mehr als 20 Jahre in die Zukunft verschoben werden und damit einen längeren Anpassungszeitraum für Reformen bieten. Ein neutrales Wanderungssaldo stellt sich als das beitragsfördernde Szenario heraus, eine jährliche Nettozuwanderung von 100.000 Migranten in den Jahren 1999 bis 2050 käme jedoch auf fast denselben hohen

Beitragssatz von deutlich über 48%. Eine starrer Zuwachs von 300.000 Migranten pro Jahr über den gesamten Betrachtungszeitraum hätte einen geringeren Beitragsanstieg von mehr als 2% zur Folge, wohingegen die flexiblere Gestaltung von Zuwanderung zwischen 100.000 und 300.000 Personen pro Jahr (100 plus) die positivste Entwicklung dieses Szenarios aufweisen kann. Hier läge der summierte Sozialversicherungsbeitrag im Jahr 2050 bei deutlich unter 46% (vgl. UKZ 2001, S.79f).

Zuwanderung hat somit in den vergangenen Jahrzehnten die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland insgesamt nicht belastet, sondern entlasten können. Und auch in Zukunft kann eine gezielte und flexible Migrationspolitik vor allem die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung spürbar entlasten, dabei Beitragssteigerungen zwar nicht verhindern, jedoch auf ein erträglicheres Maß vermindern. Um allerdings in diesem Land auch eine wirkungsvolle Entlastung der Altersstruktur, der Arbeitsmärkte und der sozialen Sicherungssysteme durch zukünftige Migration erreichen zu können, sind sowohl auf Seiten der Aufnahmegesellschaft als auch auf Seiten der Immigranten bestimmte Bedingungen zu erfüllen. Diese sollen nun im nächsten Abschnitt näher erläutert werden.

## **2. Bedingungen einer sinnvollen Migration**

Migration kann nur dann als Entlastung oder als Lösung aus der demographischen Altersfalle dienen, wenn einerseits der Zuzug und andererseits die danach umso wichtigere Integration von Migranten in Deutschland kontrolliert und koordiniert stattfindet. Hierbei soll es sich vorrangig um die Schilderung der Bedingungen einer für die Gesellschaft sinnvollen Migration von Arbeitsmigranten und deren Familienangehörigen handeln. Parallel zur arbeitsmarktorientierten Zuwanderung ist jedoch auch zu gewissen Aspekten die Zuwanderung aus humanitären Gründen miteinzubeziehen.

Zuwanderung bedeutete in der Vergangenheit meist eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebots mit niedriger und mittlerer Qualifikation. Aufgrund der in naher Zukunft zu erwartenden Rückgänge des Erwerbspotentials jüngerer besser qualifizierter Arbeitskräfte, sollte zukünftige Migration auch gezielte Zuwanderung von kompetenten Fachkräften überall dort bedeuten, wo die deutsche Wirtschaft oder der eigene Arbeitsmarkt diese nicht mehr selbst zu besetzen im Stande ist. Diese Maßnahme soll gleichzeitig verhindern, daß deutsche Betriebe

ihren Sitz ins Ausland verlagern müssen. Wichtig dabei ist aber, daß diese Art der Ergänzung von qualitativem und quantitativem Humankapital zwar einerseits einem von Staat und Wirtschaft gemeinsam längerfristig festgesetzten Ziel kontinuierlich nachgehen sollte, andererseits aber jederzeit notwendige Korrekturen erfolgen können müssen. Die Politik muß damit sowohl eine gewisse Planungssicherheit vorgeben, auf die sich alle gesellschaftlichen Institutionen für die nächsten Jahrzehnte einstellen können, als auch immer die Möglichkeit und Offenheit bestehen lassen, jährlich flexibel auf das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem Ausland reagieren zu können. Zusätzlich müssen die potentiellen Migranten im Vorfeld genau darüber aufgeklärt werden, welche Bedingungen sie zu erfüllen haben, um in Deutschland mit ihren Familien arbeiten und leben zu können. Je unmißverständlicher diese Bedingungen festgelegt werden, umso gezielter und letztlich erfolgsversprechender fällt die Entscheidung des Migranten aus, sich für oder gegen eine Zuwanderung nach Deutschland zu entschließen. Neben der beruflichen Qualifikation sind zum Beispiel gute Deutschkenntnisse ein immer wichtiger zu erfüllendes Kriterium. Ein möglichst geringer Aufwand des bürokratischen Verfahrens der Einwanderung, Arbeits-erlaubnis und späterer eventuellen Einbürgerung ist zusätzlich zu empfehlen, da damit sowohl die Attraktivität des Einwanderungslandes Deutschland steigt, als auch der Immigrant ohne vorher meist entmutigende lange Wartezeiten überbrücken zu müssen, schnell in den deutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integriert werden kann. Die Schaffung eines transparenten Zuwanderungsgesetzes, möglichst in einem breiten Konsens aus politischen Parteien, Gewerkschaften und der deutschen Wirtschaftsverbände, stellt schließlich eine erste wichtige Bedingung für eine sinnvolle Migration dar.

Als Bedingung einer erfolgreichen und für die Bevölkerung gewinnbringenden Migration ist jedoch auch die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft ein entscheidendes Kriterium. Die Bevölkerung muß in einer überwiegenden Mehrheit nachvollziehen und dem zustimmen können, daß Deutschland inzwischen ein Einwanderungsland geworden ist und weitere Zuwanderung für die Zukunft tatsächlich braucht. Zur Schaffung einer immigrationsfreundlichen Stimmung ist vor allem aber eine offene Gesellschaftspolitik notwendig, die einerseits durch eine nachhaltige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit die Sachverhalte und die Konsequenzen der demographischen Altersfalle dem deutschen Volk klar verdeutlicht und dabei gleichzeitig eine bewußte Steuerung der Bevölkerungsentwicklung vorantreibt. Darunter ist zu verstehen, daß vor allem die notwendige Zuwanderung als Ausgleich zur

zukünftigen Überalterung nur längerfristig angelegt und in wohldosierter Form erfolgen kann, so daß die anfänglich zu erwartenden hohen Kosten der Integration und der Qualifikation der Migranten auf einem für die Aufnahmegesellschaft sozialverträglichen Niveau beschränkt bleiben können. Gleichzeitig ist es jedoch auch wichtig, die potentiellen Migranten aufgrund ihrer Fähigkeit und ihrem Willen zur Integration auszuwählen. Eventuelle kulturelle Differenzen und unterschiedliche Werte- und Normensysteme im Herkunftsland des Zuwanderers stellen damit ein wichtiges Kriterium zur Auswahl geeigneter Migranten-gruppen dar.

In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung von der humanitären Zuwanderung, zum Beispiel der Juden, Spätaussiedler oder Asyl-suchenden, zu trennen und nicht miteinander aufzurechnen. Die hohen finanziellen Belastungen, die vor allem die Immigration aus humanitären Gründen verursachen können, müssen jedoch genauso mit der Bevölkerung diskutiert und dürfen keinesfalls totgeschwiegen werden. Der Abbau von Vorurteilen oder Ängsten einer Überfremdung und die Ausbildung eines notwendigen Wanderungsbewußtseins kann sich nur dann in der breiten Öffentlichkeit entwickeln, wenn diese neben den Lösungspotentialen der Zuwanderung auch deren Probleme kennt und dabei gleichzeitig wiederum erkennt, daß die Politik und die Wirtschaft versucht, diese Probleme mit der Bevölkerung gemeinsam zu lösen. Nur auf diese Weise kann der soziale Friede in Deutschland bewahrt und eine Toleranz gegenüber allen Migranten erzeugt werden, was deren Integration in die Gesellschaft wiederum stark begünstigt.

Integration selbst darf jedoch nicht nur als kurze Phase der Assimilation nach der vollzogenen Migration aufgefaßt werden. Sie schließt auch die bereits länger zurückliegenden Immigrationen der Gastarbeiterfamilien oder anderer Zuwanderungsgruppen mit ein. Vor allem die Eingliederung der Nachkommen geringqualifizierter und oft segregiert lebender Migranten der 1. Generation ist notwendig. Hierzu bedarf es besonders in Institutionen wie Kindergärten, Schulen und Ausbildungsstätten struktureller Vorleistungen, um den Zuwanderern auf allen gesellschaftlichen Ebenen eine gleichberechtigte Teilhabe in Deutschland ermöglichen zu können. Es muß sowohl die Kompetenz der Kindergärtner, Lehrer und Ausbilder zur Förderung von Integration gewährleistet, als auch das dementsprechende Angebot an beispielsweise Sprachzusatzkursen oder Ganztagesbe-treuungen vorhanden sein. Auch ein möglichst früher und unbürokratischer Erwerb der

deutschen Staatsangehörigkeit, mit allen damit verbundenen Leistungen und auch Pflichten, stiftet neue Identität und Zugehörigkeit. Dagegen gilt es, eine Pendelmigration zwischen dem ursprünglichen Herkunftsland der Eltern und Deutschland zu vermeiden und gleichzeitig einen möglichst frühen und auf Dauer ausgelegten Nachzug der Kinder zu gewährleisten.

Ziel soll es letztendlich sein, daß alle Voraussetzungen in der Aufnahmegesellschaft dafür geschaffen werden, den Migranten eine breite Integration auf wirtschaftlicher, politischer und auch kultureller Ebene anzubieten, um allen eine Perspektive zu ermöglichen, relativ schnell vom Ertrag der eigenen Arbeit leben zu können. Nur so kann die für den Staat anfängliche Belastung der Integrationskosten schnell in eine Entlastung der Altersstruktur, der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes umgewandelt werden. Die Finanzierung der Ausgaben für Integrationsaufgaben von Bund und Ländern, die sich nach einer Hochrechnung für das Jahr 2001 auf insgesamt knapp 2,4 Milliarden Euro beliefen (vgl. UKZ 2001, S.207f), müssen in Zukunft dafür mit Sicherheit weiter erhöht werden. Es ist gleichzeitig darüber nachzudenken, inwiefern die deutsche Wirtschaft an der Finanzierung mitbeteiligt werden muß, da auch diese von einer gelungenen Arbeitsmigration profitiert.

Zu bedenken gilt, daß eine Vernachlässigung der Integration von Zuwanderern für unsere Gesellschaft in zwei entscheidenden Aspekten viel höhere Kosten als zielgerichtete Leistungstransfers zur Unterstützung von Integration verursacht. Zum einen betrifft dies den finanziellen Aspekt der gesparten Ausgaben durch Nicht-Integration aber viel höheren entgangenen Einnahmen durch erfolgreiche Integration (vgl. Loeffelholz 2001, S.109ff), zum anderen aber auch den Aspekt der Gefahr der Ethnisierung von Migrantengruppen. Besonders in Städten mit hohen Ausländeranteilen in bestimmten Stadtvierteln und an gewissen Ausbildungseinrichtungen besteht die Gefahr der Segregation von Migranten, die dadurch eine gesellschaftliche Integration verhindert. Parallel hierzu entstehen Vorurteile und Ängste vor Überfremdung in der Aufnahmegesellschaft, die wiederum den nötigen kulturellen Identitätswandel der Migranten erschweren und zu erneuter Segregation führen.

Gleichzeitig gilt es aber auch, zu den Bedingungen einer zukünftigen sinnvollen Gestaltung von Migration und Integration heute existierende Defizite im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgeschehen in Deutschland zu erkennen und zu beheben. Zum einen ist eine Verbesserung der Datenbasis und der Erfäßbarkeit von Immigration nach Deutschland,

innerhalb des Landes und auch der Emigration notwendig, vor allem, um Entwicklungen schneller erkennen und damit auch besser darauf reagieren zu können. Dafür ist zum anderen der Aufbau eines zentralen länderübergreifenden Bundesamtes unerlässlich, welches mit den Behörden der anderen europäischen Ländern in Fragen der Migrations- und Asylpolitik zusammenarbeiten muß, was im Hinblick einer für Europa im Jahr 1999 im Vertrag von Amsterdam beschlossenen einheitlichen Zuständigkeit bereits heute notwendig ist. Nationale einwanderungspolitische Maßnahmen können dadurch in Zukunft nur noch in einem integrierten gesamteuropäischen Netz geplant und durchgeführt werden.

Eine besonders zu beachtende Personengruppe der nach Deutschland zugewanderten Menschen sind die älteren und alten Migranten. Diese leben oft in schlechteren oder einfacheren Wohnverhältnissen als Deutsche vergleichbaren Alters. Besonders ältere männliche Immigranten der 1. Generation sind von Isolation bedroht, da sie aus medizinischen, kulturellen oder politischen Gründen nicht mehr in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen oder können. Familiäre oder andere soziale Kontakte existieren oft nicht mehr. Ein auf früher überwiegend körperliche Arbeit zurückzuführender schlechter Gesundheitszustand, ein meist geringer Bildungsgrad und oft schlechte Deutschkenntnisse begünstigen die Isolation zusätzlich. Auch ist die Höhe der bezogenen Rente aufgrund niedrigerer Löhne und kürzerer Einzahlungszeiten im vorangegangenen Erwerbsleben in Deutschland oft nur gering. Die Abhängigkeit von fremder Hilfe und ein soziales Risiko ist damit für ältere Migranten besonders hoch und muß als feste Bedingung einer sinnvollen Migration speziell im Bezug auf die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit bedacht werden (vgl. Backes 1998, S.215f & S.313).

Schließlich ist es auch notwendig, die Zuwanderung innerhalb Deutschlands sinnvoll zu verteilen. Dies gilt einerseits für die Belastung der Integrationskosten, andererseits aber auch für die entlastenden Wirkungen durch Migration. Besonders die Neuen Bundesländer werden von zunehmender Abwanderung des Erwerbspersonenpotentials und der Überalterung betroffen sein. Das Wanderungsgeschehen verlief in Ostdeutschland bisher jedoch völlig unterschiedlich zu dem in Westdeutschland, so daß der Hauptteil der Zuwanderer aufgrund günstigerer wirtschaftlicher Bedingungen und größerer ethnischer Netzwerke, mit Ausnahme von Berlin, in westdeutsche Städte migrierte und migrieren wird. Um der demographischen Altersfalle jedoch auch in Ostdeutschland begegnen zu können, ist eine gelungene



Zuwanderung vor allem in diese Bundesländer notwendig. Hierfür wird die in den nächsten Jahren stattfindende europäische Osterweiterung eine große Chance bieten, die sinnvoll zu nutzen ist. Nach einer Schätzung werden innerhalb von 10 bis 20 Jahren zwischen 2 und 3 Millionen Migranten aus den neuen osteuropäischen EU-Gebieten in die heutigen EU-Länder auswandern und sich davon letztendlich etwa 1 bis 1,5 Millionen permanent in Deutschland niederlassen (vgl. Straubhaar 2002, S.43). Eine gezielte Steuerung der Ansiedlung vieler dieser künftig zu erwartenden Zuwanderer in Ostdeutschland wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der demographischen Strukturschwächen in den Neuen Bundesländern.

### **3. Migration als sinnvolle Lösung aus der demographischen Altersfalle ?**

Anhand der bisherigen Ausführungen, sowohl über die zukünftigen negativen gesellschaftlichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Deutschland, als auch über die positiven gesellschaftlichen Auswirkungen einer sinnvoll geplanten Zuwanderung, soll nun unter Bezug auch der möglichen Problempotentiale zukünftiger Migration geklärt werden, inwieweit diese als Lösung aus der demographischen Altersfalle in Betracht kommt.

Dieses Kapitel konnte bislang zeigen, daß Zuwanderung unter bestimmten Rahmenbedingungen sowohl die Überalterung als auch die hohen Belastungen der sozialen Sicherungssysteme und den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials verzögern oder mildern kann. Eine Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme in der Zukunft ausschließlich durch Zuwanderung bedarf jedoch eines hohen Preises, wie die Bestandserhaltungs-Studie der Vereinten Nationen vor Augen führt:

- Um den Bevölkerungsrückgang in Deutschland zu vermeiden, sind bis zum Prognosejahr 2050 jährlich 344.000 Zuwanderer nötig.
- Um das Potential der Arbeitskräfte auf heutigem Niveau halten zu können, ist bis 2050 bereits ein positives Zuwanderungssaldo von 487.000 Migranten pro Jahr notwendig.
- Um schließlich das Unterstützungsverhältnis der Personen im arbeitsfähigen Alter zu der Zahl der Personen im Alter über 65 Jahre konstant zu halten, benötigt Deutschland in den nächsten fünf Jahrzehnten jeweils im Durchschnitt 3,6 Millionen neue Zuwanderer pro Jahr.

(vgl. Tichy 2001, S.218)

Bereits die erste Größe an jährlicher Nettoneuzuwanderung zum Ausgleich des Bevölkerungsrückgangs entspricht einem höheren Wert im Vergleich zu fast allen Zuwanderungsprognosen für die Zukunft. Ein vergleichbares Kontingent von jährlich beinahe einer halben Million Immigranten zum Erhalt des Erwerbspersonenpotentials konnte in der bisherigen deutschen Migrationsgeschichte zwar bereits ohne größere gesellschaftliche Probleme erzielt werden, jedoch in jeweils wirtschaftlichen oder geschichtlichen anderen Umständen und niemals über einen derart langen Zeitraum. Auch bleibt zu bedenken, daß die notwendige Zahl von 487.000 Zuwanderern die Zahl der Abwanderungen bereits miteinbezogen hat, so daß in jenem Szenario mit einer tatsächlichen Neuzuwanderung pro Jahr von wahrscheinlich mehr als 700.000 Migranten zu rechnen wäre, was bislang noch ungeahnte Integrationskosten und Anforderungen für die Gesellschaft bedeuten würde. Ein schließlich positives jährliches Wanderungssaldo von 3,6 Millionen Migranten, welches beinahe dem kompletten Zuwanderungsgewinn der 90er Jahre entspricht (vgl. Tabelle 12), würde nach Berechnungen der Vereinten Nationen am Ende des Prognosezeitraums im Jahr 2050 einen Überschuß von über 181 Millionen Zuwanderern bedeuten, die zu jenem Zeitpunkt dann etwa 80% der Bevölkerung in Deutschland stellen würden (vgl. Tichy 2001, S.120ff). Vor allem dieses letzte Szenario wird in der Praxis keinesfalls durchführbar sein.

Aber auch die notwendigen Zuwanderungsgewinne der beiden vorhergehenden Szenarien werden nur schwer umsetzbar sein, was einerseits auf quantitative und qualitative Schwierigkeiten der zuwerbenden Migranten, aber auch auf die Situation in der deutschen Aufnahmegesellschaft selbst zurückzuführen ist. Die gesellschaftliche Bereitschaft für eine große und langanhaltende Einwanderungswelle ist bereits heute mehrheitlich nicht vorhanden und wird sich mit fortschreitender Alterung der Bevölkerung auch nicht verbessern. Es ist eher davon auszugehen, daß die Integrationsfähigkeit einer immer älter werdenden Gesellschaft abnimmt. Auch hat diese seit der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund inzwischen zahlreich erworbener Besitztümer eine zunehmende Furcht davor, etwas davon teilen oder aufgeben zu müssen. Die gesamtheitlich positiven Erfahrungen mit den Gastarbeitern der 50er, 60er und 70er Jahre sind dabei eher unerheblich. Nur eine für die kommenden Jahre beharrliche, verständliche und breit angelegte Werbung für mehr Zuwanderung, sowohl aller politischer Parteien als auch der Wirtschaft, kann ein positives gesellschaftliches Klima dafür möglich machen. Mehrheitlich existent ist dieses bislang nur für eine bessere Steuerung und stärkere Kontrolle zukünftiger Zuwanderung.

Ebenso schwer wird es zukünftig sein, sowohl in der ausreichenden Quantität, aber auch in der für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Qualität, passende Migrantengruppen für ein berufliches und privates Leben in Deutschland zu gewinnen. Geringqualifizierte Zuwanderer sind in vielen Arbeitsmarktsektoren zwar auch weiterhin notwendig (vgl. S.60), jedoch werden es die hochqualifizierten Erwerbskräfte sein, die den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gewährleisten werden (vgl. S.18) und um die sich die globale Wirtschaft einen immer härteren Wettbewerb liefern wird. Es ist keinesfalls sichergestellt, daß die Wahl vieler qualifizierter Migranten in Zukunft auf Deutschland fallen wird, wenn bereits profilierte Einwanderungsländer wie zum Beispiel Kanada oder die Vereinigten Staaten bessere Bedingungen der Integration anbieten können. Vor allem aber werden die sich teilweise heute schon abzeichnen beginnenden Konsequenzen aus der demographischen Altersfalle in Zukunft große Standortnachteile im internationalen Vergleich hervorrufen, so daß gerade die potentielle Lösung zum Problem der demographischen Altersfalle diese immer mehr zu umgehen versuchen könnte. Es ist darüber hinaus nicht unwahrscheinlich, daß parallel zu der Schwierigkeit der Anwerbung junger qualifizierter Zuwanderer das Problem der Abwanderung junger qualifizierter Deutscher hinzutreten wird, die den steigenden finanziellen Belastungen aus der Überalterung in unserer Gesellschaft entkommen wollen.

Insgesamt läßt sich damit feststellen, daß Migration als alleiniger Lösungsansatz aus der demographischen Altersfalle neben all ihren Möglichkeiten auch sehr viele Unsicherheiten und Probleme in sich birgt. Nur unter vielen schwierigen Voraussetzungen, die sowohl die Migranten als auch die Aufnahmegesellschaft zu erfüllen haben, entlastet Zuwanderung den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und den demographischen Bevölkerungsaufbau wirklich, oder einfach ausgedrückt: „Bei einer gelungenen Integration sind die Vorteile größer, bei einer mißlungenen die Nachteile.“ (Vogel 1996, S.207). Des weiteren besteht die Gefahr, daß man sich zu sehr auf die Migration als ein zukünftiges Patentrezept verlassen könnte und dabei notwendige Reformen der Innenpolitik nicht durchführt. Die Berechnungen der Vereinten Nationen lassen erkennen, daß eine nachhaltige Verbesserung der demographischen Situation nur durch fortwährende und hohe Zuwanderung zu erreichen wäre, die dann aber die Gesellschaft vor andere große Probleme stellen würde. Zusätzlich gilt es zu bedenken, daß ohne begleitende systeminterne Reformen eine in wenigen Generationen zu deutschen Staatsbürgern integrierte und damit gleichsam gealterte und geburtenschwache Migrantenvölkerung dieselben demographischen Konsequenzen hervorrufen würde.

Migration kann daher nur als eine von mehreren sinnvollen Lösungen aus der demographischen Altersfalle betrachtet werden und kann nachhaltig auch nur dann funktionieren, wenn parallel dazu weitere Lösungsansätze gefunden und umgesetzt werden. Ein abschließendes Kapitel soll eine Auswahl wichtiger Möglichkeiten hierfür aufzeigen.

## V. Weitere Lösungsansätze aus der demographischen Altersfalle

### 1. Das „Alter“ als nutzbare Ressource

Ein wichtiger Grund der demographischen Altersfalle ist neben dem Geburtenrückgang die teilweise auch daraus resultierende Überalterung der deutschen Gesellschaft. Begreift man diese Veränderung jedoch nicht nur als ein Problem, sondern gleichzeitig auch als Chance und das „Alter“ als neue nutzbare Ressource, so kann ein zusätzlicher wichtiger Lösungsbeitrag gewonnen werden. Vor allem ist es in diesem Zusammenhang notwendig zu wissen, daß sich nicht nur der Anteil älterer und alter Menschen an der Bevölkerung verändert, sondern sich auch die „Lebensphase Alter“ selbst ist einem durch fünf Konzepte beschriebenen Strukturwandel befindet:

- eine zunehmende „Verjüngung des Alters“, das sich dadurch erkennen läßt, daß sich die heute Älteren im Vergleich zu früheren Alterskohorten als jünger einschätzen und Frauen aufgrund eines frühen Abschlusses der Kindererziehungsphase die Notwendigkeit einer späten Neuorientierung erfahren
- eine zunehmende „Entberuflichung des Alters“, die anhand einer höheren Lebenserwartung und des Trends der Frühverrentung zustande kommt
- eine zunehmende „Feminisierung des Alters“, die das Bild vom höheren Alter aufgrund des quantitativen Übergewichts von Frauen prägt, so daß vor allem die Angebote der Altenhilfe durch die überwiegende Nachfrage von Frauen geprägt werden
- eine zunehmende „Singularisierung“, die oft das Fehlen sozialer Netzwerke im Alter mit häufigen Konsequenzen gesellschaftlicher Isolation und Einsamkeit bedeutet
- eine zunehmende „Hochaltrigkeit“, so daß aufgrund der konstant steigenden Lebenserwartung immer mehr Menschen hohe Altersstufen von über 80 oder 90 Jahren erreichen

(vgl. Backes 1998, S.308f)

Ziel ist es, viele dieser durch den Strukturwandel veränderten Lebenslagen für eine Entlastung aus der demographischen Altersfalle zu nutzen, indem man versucht, ältere und alte Menschen vermehrt in die Gesellschaft einzubinden. Anstatt einer heute meist

vorherrschenden Segregation im Berufsleben und in der Sozialpolitik, kann „die Vision einer altersintegrierten Gesellschaft“ (Backes 1998, S.314) zukünftig dazu führen, daß sowohl eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme als auch des Fachkräftemangels gerade durch die „Alten“ erreicht wird. Dazu müssen vor allem die „jüngeren Alten“ zwischen dem 55. und 75. Lebensjahr viel stärker als bisher gesellschaftliche Verantwortung übernehmen dürfen (vgl. Backes 1998, S.314f & Vortmann 2001).

Heutige und kommende Generationen älterer und alter Menschen erfüllen die Voraussetzungen für eine aktive gesellschaftliche Rolle immer besser. Aufgrund hoher sozialer Kompetenz durch Lebenserfahrung, einem zukünftig steigenden Bildungsstand und vor allem einem wachsenden Anteil an der Bevölkerung, werden sie ohnehin eine immer größere gesellschaftliche Partizipation einfordern. Des weiteren sind ein allgemein verbesserter Gesundheitszustand, eine meist gesicherte Existenz und ein oftmals hohes Maß an Kompetenz und Zeit perfekte Voraussetzungen für mehr Eigenverantwortung im Alter. Durch mehr Bereitstellung von Möglichkeiten der Selbsthilfe und der Hilfe anderer, sowohl im beruflichen als auch freiwilligen Engagement, würden finanzielle Belastungen der öffentlichen Haushalte in Zukunft erheblich verringert werden können.

Bislang ist diese Möglichkeit in der Arbeitswelt aufgrund fehlender politischer und wirtschaftlicher Initiative jedoch nicht gegeben, da es an systematischen und vorausschauenden Aus- und Weiterbildungskonzepten mangelt. Qualifikation und Kompetenz werden trotz absehbaren Fachkräftemangels immer noch als eine kurzfristig verfügbare Ressource betrachtet. Die betriebliche Reaktion auf die arbeitsplatzspezifisch begrenzte Tätigkeitsdauer von Arbeitnehmern entspricht zu häufig einer Externalisierung der betroffenen Beschäftigten aus ihren Betrieben in andere Betriebe, in die Arbeitslosigkeit oder in die Frührente. Dies ist vor allem deshalb der Fall, weil Externalisierung einerseits eine bislang noch sehr günstige Alternative zur Bereitstellung qualifikatorischer oder organisatorischer Ressourcen darstellt und andererseits aufgrund zu wenig qualifikatorischer oder organisatorischer Ressourcen letztlich oft nur diese Alternative im Betrieb existiert. Zusätzliche Anreize des Sozialversicherungssystems zu einer Frühverrentung älterer Arbeitnehmer erschweren es darüber hinaus einem Unternehmen in Arbeitsplatz- und Laufbahngestaltung zu investieren, weil es dadurch höhere Kosten als Konkurrenzunternehmen in Kauf nehmen müßte. Die geringen Chancen einer längeren Erwerbstätigkeit für

ältere Menschen sind damit in erster Linie weniger auf eventuelle physische oder psychische Defizite zurückzuführen, sondern überwiegend auf unfreiwillige politische und wirtschaftliche Lenkungswirkungen (vgl. Behrens 2001, S.17 & S.21f).

Um schließlich das „Alter“ als Ressource zur Entlastung der Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme weiter zu erschließen, bedarf es auf dem mit großem Interesse nachgefragten Handlungsfeld der ehrenamtlichen Tätigkeiten, vor allem im sozialen und gesundheitlichen Bereich (vgl. Sing 2001, S.34), der Förderung von Netzwerken und der Bereitstellung von Aufgaben, die der Bevölkerungsgruppe der „jungen Alten“ angenehm und angemessen ist. Einrichtungen wie Seniorenbüros und –genossenschaften können hierbei wertvolle Rahmenbedingungen der Kontakt- und Vermittlungsarbeit leisten. Der „Feminisierung des Alters“ sollte hier insofern Rechnung getragen werden, daß die ehrenamtlichen Angebote vor allem auf die Wünsche der Frauen ausgerichtet sein sollten.

Eine berufliche Erschließung der Ressource „Alter“ hingegen erfordert einen Paradigmawechsel von einer bisher meist nur reaktiven Personalpolitik hin zu einem vorausschauenden auf Lebensverläufe und Erwerbsbiographien ausgerichteten Handeln. Der Karriereweg des Arbeitnehmers muß sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer selbst absehbar sein, so daß rechtzeitig Weiterbildungen von beiden Seiten sinnvoll geplant werden können. Vor allem das Konzept des „lebenslangen Lernens“ gewährleistet auch für ältere Arbeitskräfte die bislang nur vom nachwachsenden Erwerbspersonenpotential erwartete Innovationsbereitschaft, Dynamik oder Kreativität. Das bisherige dominante Modell einer komprimierten Ausbildungs- und Erwerbsphase mit hohem Arbeitseinkommen und frühem Berufsausstieg kann dann einem dekomprimierten Modell der verteilten Ausbildungs- und Erwerbsphasen weichen. Hierbei wird die Lebensarbeitszeit destandardisiert und flexibilisiert. Starre Altersgrenzen fallen weg und in der Erwerbsbiographie können Unterbrechungsphasen, Teilzeitbeschäftigung und Ausbildungs- oder Fortbildungsphasen individuell bestimmt und das Lebensarbeitsvolumen in die Zukunft gestreckt werden (vgl. Dostal 2001, S.39ff).

Durch eine generationenübergreifende Arbeits- und Personalpolitik kann somit eine zukünftig altersintegrierte Gesellschaft entstehen, die nicht nur dem Strukturwandel der „Lebensphase Alter“ dadurch Rechnung trägt, daß sie der „Singularisierung“ und „Entberuflichung“

vorbeugt, sondern auch Ressourcen aus der „Verjüngung“ freisetzt, die wiederum die Belastung durch die „Hochaltrigkeit“ zu lindern vermögen.

## **2. Die Förderung der 2-Kind-Familie**

Die Bevölkerungsgruppe der über 60-Jährigen wird in der Zukunft unter anderem eine deshalb immer bedeutendere Einflußgröße, weil ihr Anteil in der Gesellschaft beträchtlich zunehmen wird. Auch die Gruppe der lebenslang kinderlosen Paare und der Singles werden nach heutigen Voraussagen in Zukunft weiter wachsen und damit mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Einzig die Gruppe der Familie mit einem oder mehreren Kindern wird anteilig weiter an Bedeutung und damit an eigenen Einflußmöglichkeiten verlieren. Dabei liegt gerade eine der zu bekämpfenden Hauptursachen der demographischen Altersfalle darin begründet, daß sich immer weniger Frauen oder auch Männer dazu entschließen, eine Familie zu gründen. Ein weiterer wichtiger Lösungsansatz ist daher ein zukünftiger Ausbau der Familienpolitik, um die Geburtenrate zu erhöhen und als langfristiges Ziel wieder auf das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 zurückzuführen.

Um eine Erhöhung der heutigen Geburtenrate zu erreichen, muß die Familienpolitik sowohl dafür Sorge tragen, Paare für die Entscheidung Kinder bekommen zu wollen zu gewinnen, als auch eventuelle Hindernisse bei der Verwirklichung zu beseitigen und schließlich die entstandene Familie so zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß diese keinerlei finanzielle, rechtliche oder gesellschaftliche Nachteile gegenüber kinderlosen Paaren erfährt. Hierfür gibt es eine Reihe sinnvoller Maßnahmen, wie zum Beispiel die flächendeckende und weitgehend unentgeltliche Einrichtung von außerhäuslicher Betreuung der Kinder ab dem Säuglingsalter in Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztageschulen oder auch durch Tagesmütter. So kann vor allem für die Frau neben der Familie eine berufliche Karriere ohne größere Belastungen ermöglicht werden, womit ein Großteil der Opportunitätskosten entgangenen Einkommens aufgefangen werden kann. Die Arbeitsplätze selbst sind auch familiengerechter zu gestalten, so daß Kinder in den jeweiligen Betrieben betreut werden können oder bei Bedarf Teilzeit- und Heimarbeitsplätze für die Eltern ermöglicht werden (vgl. Birg 2001, S.64).

Neben diesen infrastrukturellen Maßnahmen sind auch finanzielle Unterstützungen für Familien, besonders für Alleinerziehende, zu erweitern. Sowohl staatliche Transfers wie



Kindergeld oder Erziehungsgeld sind auszubauen, als auch staatliche Vergünstigungen bei Steuerzahlungen oder der Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rentenversicherung sind stärker zu betonen. Vor allem die Beitragsstaffelungen der Sozialversicherungen sind insofern zu verändern, daß sich darin die jeweilige Leistung der Eltern erkennen lassen kann, für zukünftige Beitragszahler gesorgt zu haben. Insgesamt ist aber dafür Sorge zu tragen, daß die Gesellschaft den Wert und die Bedeutung von Kindern mehr schätzen lernt, sowohl aus demographischer Perspektive, als auch als wichtige Möglichkeit und Notwendigkeit der eigenen kulturellen Weitergabe (vgl. Birg 2001, S.64).

Besonders wichtig ist es allerdings, die Entscheidung von Frauen, die ein Leben lang kinderlos bleiben, zu beeinflussen. Vor allem diese Festlegung, die heute etwa ein Drittel aller Frauen treffen, führt zu dieser niedrigen Geburtenrate in Deutschland. Ist die Elternschaft in der Lebensbiographie erst vollzogen, sind die Wahrscheinlichkeiten der Geburt eines zweiten Kindes überaus groß, was daran zu erkennen ist, daß neben dem Drittel aller heute kinderlos bleibender Frauen ein weiteres Drittel aller Frauen zwei Kinder bekommen, wohingegen das restliche Drittel zwischen nur einem Kind und drei oder mehr Kindern aufgeteilt ist (vgl. Birg 2001, S.74).

Verhindert wird der Wunsch nach Kindern oft deshalb, weil die Festlegung zur Gründung einer Familie durch die immer dominanteren Rolle der Arbeitswelt in der Lebenswelt zunehmend schwerer realisierbar ist. Das bereits erwähnte Modell einer komprimierten Ausbildungs- und Erwerbsphase, welches gerade die mittleren Lebensjahre eines Menschen als die wichtigsten Arbeitsjahre hervorhebt, behindert systematisch eine flexible berufliche und familiäre Planung. Somit muß es neben den alten Menschen auch besonders für Frauen ermöglicht werden, die Lebensarbeitszeit nach eigenen Wünschen zu destandardisieren, um nach einer Erziehung der Kinder wieder problemlos in die Arbeitswelt zurückkehren zu können. Nur so sind die Ziele einer höheren Geburtenrate bei einer gleichzeitig hohen Frauenerwerbsquote umsetzbar.

Leider ist besonders dieser wichtige und nachhaltigste Lösungsansatz gerade wegen seiner fundamentalen Auswirkungen für die demographische Altersfalle nur langfristig spürbar, da die Bevölkerungsentwicklung für die nächsten Jahrzehnte bereits heute feststeht. Selbst bei einem plötzlichen Anstieg der Geburtenrate über das Bestandserhaltungsniveau wäre mit

einer beginnenden Entlastung der demographischen Situation, der sozialen Sicherungssysteme oder dem Arbeitsmarkt erst in mehr als 20 Jahren zu rechnen. Realistisch ist jedoch weder ein hoher plötzlicher Anstieg der Geburtenrate, noch eine dann notwendige Konservierung dieser höheren Geburtenrate über Generationen hinweg. Viele familienpolitische Maßnahmen gewährleisteten bisher zwar oft einen Anstieg der Fertilität, jedoch immer nur von kurzer Dauer und mit mäßigem Erfolg (vgl. Wallace 1999, S. 263ff). Es wird deshalb kurzfristig nur darum gehen können, das heutige Niveau der Geburtenrate zu halten und einen verhaltenen Anstieg mit allen hier erwähnten Mitteln langfristig ins Auge zu fassen. Ein sich zu vergegenwärtigendes Fazit für die Zukunft lautet daher: „Die Geburtenrate früherer Generationen werden in Deutschland im 21. Jahrhundert nicht mehr erreicht werden können.“ (UKZ 2001, S.36).

### **3. Die Notwendigkeit weiterer politischer Reformen**

Neben der Migration, der Förderung von Familien und der Integration von alten Menschen in unsere Gesellschaft, sind eine Reihe weiterer wichtiger Reformen denkbar, um als Lösungsbeitrag aus der demographischen Altersfalle zu dienen. Besonders die Politik kann aufgrund der Möglichkeiten von Gesetzesänderungen, der Umverteilung von Steuern und anderer Abgaben und letztendlich aufgrund von Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, daß die zunehmende Überalterung in unserer Gesellschaft weniger negative Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur haben werden als bislang zu erwarten ist.

Zusätzlich zu höheren Ausgaben für eine aktive Familienpolitik ist als ein wichtiges Interventionsinstrument ein höherer Etat für Bildung und Forschung notwendig. Deutliche Mehrinvestitionen in die Qualifizierung von Kindern und Jugendlichen sind wichtig, da das in Zukunft schrumpfende Erwerbspersonenpotential immer effektiver ausgeschöpft werden muß. Auch muß allen Jugendlichen die Chance einer auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Berufsausbildung eröffnet werden. Hierbei kann eine Straffung der Schul- und Ausbildungszeiten und ein früher und gezielter Berufseinstieg die durchschnittlichen Erwerbszeiten und damit auch die Beitragszeiten für die sozialen Sicherungssysteme erhöhen.

Eine allgemeine Erhöhung der Erwerbszeiten aller Arbeitnehmer durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Abschaffung von Maßnahmen zur Erlangung einer Frührente würde weitere Entlastungen für die sozialen Sicherungssysteme und den gleichzeitigen Abbau zukünftigen Arbeitskräftemangels bedeuten. Auch die allgemeine Erhöhung der Erwerbsquoten von Frauen oder Ausländern würden zusätzliche Personalreserven aktivieren und denselben entlastenden Effekt erzielen. Eine dritte Entlastung durch Erhöhung ist im Bereich der Arbeitsproduktivität denkbar, welche aber weniger den politischen Einflußmöglichkeiten unterliegt und zusätzlich in vielen wirtschaftlichen Bereichen bereits ausgeschöpft ist oder nur bedingt ausgeschöpft werden kann, wie zum Beispiel im Sozial- und Pflegesektor.

Besonders wichtig ist jedoch die Maßnahme, das umlagefinanzierte Rentensystem schrittweise abzubauen und verstärkt in private auch staatlich geförderte Kapitaldeckung zu überführen, so daß ein in Zukunft niedrigeres Rentenniveau durch eine eigene Vorsorge ausgeglichen werden kann. Um das System der Kranken- und Pflegeversicherung zukünftig mit nur maßvoll steigenden Beitragssätzen finanzierbar halten zu können, werden einerseits Leistungseinschränkungen notwendig werden, andererseits wird aber auch hier eine höhere private Vorsorge und Verantwortung nötig sein. Um die zukünftige Belastung durch die Überalterung und die Finanzierung von privaten Zusatzversicherungen für Familien in Grenzen halten zu können, sollten besonders kinderlose Paare oder Singles die Hauptlast der Sozialversicherungsbeiträge tragen müssen.

Für die Politik selbst gilt es, bei diesen Reformen den Mut zum breiten Konsens über alle Parteigrenzen hinweg zu finden. Ein Wahlzyklus von 4 Jahren, verbunden mit vielen Versprechungen und Maßnahmen, die oft nicht der objektiven Lage gerecht werden, sondern primär auf einen Wahlgewinn abzielen, ist viel zu kurz, um nachhaltige Reformen auf den Weg und zum Erfolg zu bringen. Nur parteiübergreifend wird es möglich sein, ein breites Bevölkerungsbewußtsein und damit notwendiges Vertrauen und eine mehrheitliche Zustimmung für langfristige Lösungsansätze aus der demographischen Altersfalle zu finden.

## **VI. Zusammenfassung und Ausblick**

Die Auswirkungen der demographischen Altersfalle können für die Bevölkerung in Deutschland verheerende Konsequenzen haben, sofern diesen nicht rechtzeitig entgegengewirkt wird. Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil viele Lösungsansätze ihre Wirkung nur durch eine längere Vorbereitungsphase oder auch erst mit gewisser Zeitverzögerung entfalten können. Daher muß die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft bereits heute Vorkehrungen treffen, wenn in spätestens 15 Jahren eine beginnende Verschärfung der Überalterung in unserer Gesellschaft einsetzen wird, die sowohl für eine Knappheit im Erwerbspotential als auch für eine starke Belastung der sozialen Sicherungssysteme sorgen wird. Aufgrund eines temporären Geburteneinbruchs und kontinuierlicher Wanderungen nach Westdeutschland sind die Neuen Bundesländer bereits heute von Auswirkungen der demographischen Altersfalle betroffen.

Migration stellte neben der nur schwer kontrollierbaren Geburtenrate den Haupteinfluß für die Bevölkerungsdynamik in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Daher wird es auch in Zukunft die entscheidende Variable sein, das mögliche Ausmaß der demographischen Altersfalle zu bestimmen. Zuwanderung wird jedoch keine langfristige Lösung aus der Überalterung und aus den zu erwartenden Defiziten am Arbeitsmarkt und in den Sozialversicherungen darstellen können. Allerdings kann Migration unter demographisch, gesellschaftlich und politisch sinnvollen Bedingungen sowohl eine Minderung wie auch eine Verzögerung der Altersfalle bewirken.

Um jedoch der Ursache und auch den Folgen der Überalterung nachhaltig entgegenwirken zu können, sind parallel zur Migration weitere Lösungsansätze und Reformen in Deutschland durchzuführen. Dies beginnt wiederum bei der bereits in diesem Land lebenden nachwachsenden Ausländergenerationen, die vor einer erneuten Zuwanderungswelle vorrangig qualifiziert und in die Gesellschaft integriert werden muß, um als Erwerbskräfte als eine nutzbare Ressource gegen die Konsequenzen aus der demographischen Altersfalle eingesetzt werden zu können. Auch eine Vergesellschaftung der alten Bevölkerung, eine massive Unterstützung der Lebensform Familie und eine bessere Qualifizierung und Förderung der Kinder und Jugendlichen werden als neu zu erschließende Ressourcen einen wichtigen Beitrag leisten können, um die immer ungünstigeren Folgen der Überalterung und des

Bevölkerungsrückgangs auszugleichen. Parallel zu dieser Vielzahl an Maßnahmen wird in Zukunft jedoch trotzdem zu prüfen sein, inwieweit die Versorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur und mit wichtigen Institutionen auch bei einer geringeren Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte lokal aufrechtzuerhalten ist.

Eine wesentliche Ursache für die niedrigen Geburtenraten und damit auch der wesentliche Ansatz zur nachhaltigen Bekämpfung der demographischen Altersfalle ist eine zunehmende Verschränkung von betrieblichen und außerbetrieblichen Lebenswelten. Eine Trennung dieser beiden Welten würde einer Rückführung in vorindustrielle Zeitalter gleichkommen und scheint daher eher unwahrscheinlich. Realistischer hierbei ist das Konzept einer besseren Integration von Arbeit, Bildung und Freizeit, so daß zum Beispiel berufliche Qualifizierung und soziale Sicherung individueller miteinander abgestimmt werden können. Auch die Verknüpfung von Familie und Beruf, die gerechtere und in der Lebensbiographie flexiblere Aufteilung von Arbeit und Freizeit und ein Umbau des Sozialstaates hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, aber auch zu mehr Eigenverantwortung, sollen die neuen nötigen Freiräume für eine demographische Reproduktion in Deutschland schaffen.

Das Problem der Überalterung und des Geburtenrückgangs wird in Zukunft allerdings nicht nur auf Deutschland beschränkt sein, sondern sich in ganz Europa in jeweils stärkerer oder schwächerer Ausprägung in den nächsten Jahrzehnten zeigen, wohingegen die Weltbevölkerung vor allem in den Entwicklungsländern weiter wachsen wird. Dies wird einerseits den zukünftigen Migrationsdruck illegaler Zuwanderer nach Europa verstärken, andererseits wird es in Europa einen immer größeren Wettbewerb um die qualifiziertesten Arbeitsmigranten geben. Ein kontinentaler Kampf, einerseits um die erfolgreichste Kontrolle und Begrenzung der Zuwanderung und andererseits um die für das eigene Land optimalste Lösung aus der demographischen Altersfalle, muß in jedem Fall verhindert werden. Nur in einer gemeinsamen Strategie der gerechten Lastenverteilung und Ressourcenerschließung unter den einzelnen Staaten der EU kann das Problem der demographischen Altersfalle gelöst werden. Dies gilt allerdings auch für die jeweils in den Ländern beheimatete Bevölkerung. Nur durch ganzheitliche Strategien und einer breiten Bereitschaft zu Reformen und zur Mitgestaltung des mittelfristigen Ziels eines generationenübergreifenden Allgemeinwohls, können Lösungsansätze zu wirkungsvollen Beiträgen aus der demographischen Altersfalle werden.

## **Tabellenverzeichnis:**

<b>Tabelle 1:</b>	Entwicklung der gesamtdeutschen Geburtenrate 1950 – 1999	<b>07</b>
<b>Tabelle 2:</b>	Entwicklung der Geburtenrate nach Frauenjahrgängen	<b>07</b>
<b>Tabelle 3:</b>	Entwicklung der Altersstruktur in Gesamtdeutschland seit 1900	<b>11</b>
<b>Tabelle 4:</b>	Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten seit 1955	<b>11</b>
<b>Tabelle 5:</b>	Bevölkerungszahl nach Altersgruppen von 1998 bis 2100	<b>14</b>
<b>Tabelle 6:</b>	Prozentuale Anteile der Altersgruppen von 1998 bis 2100	<b>14</b>
<b>Tabelle 7:</b>	Vorausberechnung des Jugend- und Altenquotienten von 1998 bis 2100	<b>20</b>
<b>Tabelle 8:</b>	Anzahl der Hilfe- und Pflegebedürftigen in privaten Haushalten in Deutschland bis zum Jahr 2030	<b>23</b>
<b>Tabelle 9:</b>	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland seit 1961	<b>32</b>
<b>Tabelle 10:</b>	Zuwanderung von Aussiedlern in die BRD seit 1950	<b>32</b>
<b>Tabelle 11:</b>	Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1972	<b>34</b>
<b>Tabelle 12:</b>	Ursachen der Bevölkerungsdynamik in Deutschland	<b>36</b>
<b>Tabelle 13:</b>	In Deutschland als Ausländer geborene Kinder	<b>38</b>
<b>Tabelle 14:</b>	Vergleich der Bildungsabschlüsse zwischen Ausländern und Deutschen 1997	<b>44</b>
<b>Tabelle 15:</b>	Wanderungsannahmen einzelner Migrantengruppen bis 2030	<b>50</b>
<b>Tabelle 16:</b>	Nettozuwanderungsannahmen für die Jahre 1993 bis 2030 im Vergleich	<b>51</b>
<b>Tabelle 17:</b>	Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung und der Gesamt- bevölkerung in Deutschland am 31.12.2000	<b>55</b>
<b>Tabelle 18:</b>	Altersstruktur von 4 Bevölkerungsgruppen in Deutschland am 31.12.1991	<b>56</b>
<b>Tabelle 19:</b>	Erwerbsquoten für 60- bis 64-jährige Deutsche und Ausländer, 1998 – 2040	<b>62</b>
<b>Tabelle 20:</b>	Auswirkungen zukünftiger Zuwanderung auf die Beitragssätze von gRV und gKV	<b>64</b>

## Abbildungsverzeichnis:

<b>Abbildung 1:</b>	Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960	<b>03</b>
<b>Abbildung 2:</b>	Zahl der Geburten in der BRD 1950 – 1998	<b>07</b>
<b>Abbildung 3:</b>	Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31.12.2000	<b>09</b>
<b>Abbildung 4:</b>	Lebenserwartung Neugeborener	<b>10</b>
<b>Abbildung 5:</b>	Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 01.01.2050	<b>13</b>
<b>Abbildung 6:</b>	Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials bis 2050	<b>16</b>
<b>Abbildung 7:</b>	Wanderung zwischen Deutschland und dem Ausland 1965-1999	<b>30</b>
<b>Abbildung 8:</b>	Einbürgerungen in Deutschland zwischen 1974 und 1997	<b>39</b>
<b>Abbildung 9:</b>	Arbeitslosenquote von Ausländern und Deutschen in Westdeutschland	<b>45</b>
<b>Abbildung 10:</b>	Saldo der Wanderungen über die Grenzen Deutschlands bis 2050	<b>48</b>
<b>Abbildung 11:</b>	Geburtenrate ausländischer Frauen in Westdeutschland, 1970-96	<b>54</b>
<b>Abbildung 12:</b>	Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31.12.1999	<b>55</b>
<b>Abbildung 13:</b>	Vergleich der deutschen und ausländischen Altersstruktur, 1998 und 2030	<b>57</b>
<b>Abbildung 14:</b>	Projektion des Erwerbspersonenpotentials in Abhängigkeit zukünftiger Zuwanderung, 1995 bis 2040	<b>61</b>
<b>Abbildung 15:</b>	Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge bis 2050	<b>66</b>

## Literaturverzeichnis:

**Ausländerbeauftragte der Bundesregierung (1999):** „*Das neue Staatsangehörigkeitsrecht*“, Bundesministerium des Innern, Berlin

**Aydin, Kadriye (2002):** „*Eine erste Bilanz*“, in: Storz, Henning & Reißlandt, Carolin (Hrsg.) „*Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland*“, Leske + Budrich, Opladen

**Backes, Gertrud M. & Clemens, Wolfgang (1998):** „*Lebensphase Alter – Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung*“, Juventa Verlag, Weinheim & München

**Bade, Klaus J. (1996):** „*Die multikulturelle Herausforderung: Menschen über Grenzen - Grenzen über Menschen*“, Beck Verlag, München

**Bade, Klaus J. (2001):** „*Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Ende des 20. Jahrhunderts*“, in: Bade, Klaus J. „*Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts*“, Universitätsverlag Rasch, Osnabrück

**Barth, Wolfgang (2001):** „*Von der Ausländerbetreuung zur Migrationssozialarbeit*“, in: Mehrländer, Ursula & Schultze, Günther (Hg.) „*Einwanderungsland Deutschland: neue Wege nachhaltiger Integration*“, Verlag J.H.W.Dietz, Bonn

**Becker, Markus (2002):** „*Der Kampf um das richtige Ausländerrecht*“, Spiegel Online 18.September 2002, URL: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,214343,00.html>

**Behrens, Johann (2001):** „*Was uns vorzeitig ‚alt aussehen‘ lässt*“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte - 19. Januar 2001“, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

**Bender, Stefan et al. (2000):** „*Migration und Arbeitsmarkt*“ in: Bade, Klaus J. & Münz, Rainer „*Migrationsreport 2000*“, Bundeszentrale für politische Bildung, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main



**Birg, Herwig et al. (1997):** „Zur Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung der 16 Bundesländer Deutschlands im 21. Jahrhundert“, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) der Universität Bielefeld

**Birg, Herwig (2000):** „Perspektiven der demographischen Entwicklung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“, in: FRANKFURTER INSTITUT – Stiftung Marktwirtschaft und Politik „Prosperität in einer alternden Gesellschaft“, Köln

**Birg, Herwig (2001):** „Die demographische Zeitenwende: Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa“, Beck Verlag, München

**Blaschke, Jochen (Hrsg.) (2000):** „Demographische Entwicklung und Einwanderungspolitik“, Berliner Gesprächsforen zur Migrationspolitik - Band 11, Edition Parabolis, Berlin

**Bommes, Michael (1998):** „Wohlfahrtsstaat, Integration und Ungleichheit – Fragen an die Migrationsforschung“, in: Schmid, Josef & Niketta, Reiner „Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich“, Metropolis Verlag, Marburg

**Bommes, Michael (1999):** „Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat“, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden

**Bommes, Michael (2001):** „Bundesrepublik Deutschland: Die Normalisierung der Migrationserfahrung“, in: Bade, Klaus J. „Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts“, Universitätsverlag Rasch, Osnabrück

**Boockmann, Bernhard & Steiner, Viktor (2000):** „Gesellschaftliche Alterung, Humankapital und Produktivität“, in: FRANKFURTER INSTITUT – Stiftung Marktwirtschaft und Politik „Prosperität in einer alternden Gesellschaft“, Köln

**Bucher, Hansjörg (2001):** „Die räumliche Inzidenz internationaler Wanderungen“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Internationale Wanderungen und räumliche Integration“, Verlag der ARL, Hannover

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1997):** „*Die Alten der Zukunft – Bevölkerungsstatistische Datenanalyse*“, Kohlhammer

**Bundestagswahlprogramme der SPD, CDU/CSU, GRÜNEN und FDP (2002)**

**Coomans, Géry (2001):** „*Die Alterung der arbeitenden Bevölkerung in Europa: Fragen und Prioritäten*“, in: Bullinger, Hans-Jörg „Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft“, Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demographischer Wandel, Stuttgart

**Dostal, Werner (2001):** „*Demografie und Arbeitsmarkt 2010 – Perspektiven einer dynamischen Erwerbsgesellschaft*“, in: Bullinger, Hans-Jörg „Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft“, Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demographischer Wandel, Stuttgart

**Ederer, Günter (2001):** „*Leeres Land*“, Fernsehreportage des WDR & MDR

**Esser, Hartmut (2001):** „*Integration und das Problem der ‚multikulturellen Gesellschaft‘*“, in: Mehrländer, Ursula & Schultze, Günther (Hg.) „Einwanderungsland Deutschland: neue Wege nachhaltiger Integration“, Verlag J.H.W.Dietz, Bonn

**Frey, Martin & Mammey, Ulrich (1996):** „*Impact Of Migration In The Receiving Countries*“, International Organization For Migration (IOM), Genf

**Gerken, Lüder et al. (2001):** „*Mehr Mut zur Zuwanderung*“, Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Berlin

**Hof, Bernd (2001):** „*Auswirkungen und Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung*“, Verband der privaten Krankenversicherung e.V. , Köln

**Kistler, Ernst & Hilpert, Markus (2001):** „*Auswirkungen des demographischen Wandels auf Arbeit und Arbeitslosigkeit*“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte - 19. Januar 2001“, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

**Kistler, Ernst & Huber, Andreas (2002):** „*Wege aus dem Frühverrentungsdilemma?*“, in: „Alternde Belegschaften - Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit“, Tagungsband der Abschlussveranstaltung des vom BMBF geförderten Transferprojektes 'Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demographischer Wandel', Fraunhofer Institut Arbeitswirtschaft und Organisation, Bonn

**Koch, Achim & Wasmer, Martina (2002):** „*Einstellungen zur Zuwanderung und Integration von Ausländern*“, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Datenreport 2002“, Bonn

**Lederer, Harald W. et al. (1999):** „*Migrationsbericht 1999: Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland*“, europäisches forum für migrationsstudien, Bamberg

**Loeffelholz, Hans Dietrich von (2001):** „*Wirtschaftliche Auswirkungen von Zuwanderung – Kosten der Nicht-Integration von Migranten*“, in: Mehrländer, Ursula & Schultze, Günther (Hg.) „Einwanderungsland Deutschland: neue Wege nachhaltiger Integration“, Verlag J.H.W.Dietz, Bonn

**Luy, Marc (2002):** „*Die Bedeutung von Zuwanderung für die deutsche Bevölkerung*“, in: „Praxis Geographie 2/2002“

**Müller-Schneider, Thomas (2000):** „*Zuwanderung in westliche Gesellschaften*“, Leske + Budrich, Opladen

**Münz, Rainer et al. (1999):** „*Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*“, Campus Verlag, Frankfurt/Main

**Münz, Rainer & Ulrich, Ralf E. (2000):** „*Migration und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland*“ in: Bade, Klaus J. & Münz, Rainer „Migrationsreport 2000“, Bundeszentrale für politische Bildung, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main

**Naegele, Gerhard (2001):** „*Demographischer Wandel und ‚Erwerbsarbeit‘*“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte - 19. Januar 2001“, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

**Pahl, Veronika (2002):** „*Alternde Belegschaften - Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit*“, in: „Alternde Belegschaften - Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit“, Tagungsband der Abschlussveranstaltung des vom BMBF geförderten Transferprojektes 'Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demographischer Wandel', Fraunhofer Institut Arbeitswirtschaft und Organisation, Bonn

**Poschner, Hans (1996):** „*Die Effekte der Migration auf die soziale Sicherung*“, eurotrans-Verlag, Weiden und Regensburg

**Rothgang, Heinz & Vogler, Anke (1997):** „*Die zukünftige Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahre 2040 und ihre Einflußgrößen*“, ZeS-Arbeitspapier Nr.6/97, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen

**Rürup, Bert (2000):** „*Bevölkerungsalterung und Wirtschaftswachstum: Hypothesen und empirische Befunde*“, in: FRANKFURTER INSTITUT – Stiftung Marktwirtschaft und Politik „Prosperität in einer alternden Gesellschaft“, Köln

**Santel, Bernhard & Weber, Albrecht (2000):** „*Zwischen Ausländerpolitik und Einwanderungspolitik: Migrations- und Ausländerrecht in Deutschland*“ in: Bade, Klaus J. & Münz, Rainer „Migrationsreport 2000“, Bundeszentrale für politische Bildung, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main

**Schmid, Josef (1999):** „*Die Moralgesellschaft - Vom Elend der heutigen Politik*“, F.A.Herbig, München

**Schmid, Josef et al. (2000):** „*Sozialprognose: Das Schicksal der nachwachsenden Generation*“ oder: „*Sozialprognose: Die Belastung der nachwachsenden Generation*“ Olzog Verlag GmbH, München

**Schulz, Erika (2001):** „*Internationale Wanderungen und gesamtwirtschaftliche Entwicklung*“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Internationale Wanderungen und räumliche Integration“, Verlag der ARL, Hannover

**Seifert, Wolfgang (2001):** „*Ausländer in Deutschland*“, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Datenreport 1999“, Bonn

**Sing, Dorit (2001):** „*Die Situation älterer Menschen in der Phase nach dem Erwerbsleben*“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte - 19. Januar 2001“, Beilage zur Wochenzeitung ‚*Das Parlament*‘, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

**SPD (1998):** „*Mit Zuwanderern leben*“, Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn

**SPD (2001):** „*Zukunft der Arbeit*“, Bericht der Projektgruppe „Zukunft der Arbeit“ des SPD-Parteivorstandes, Berlin

**Statistisches Bundesamt (2000):** „*Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050 – Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsentwicklung*“, Wiesbaden

**Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2001a):** „*Datenreport 1999*“, Bonn

**Statistisches Bundesamt (2001b):** „*Statistisches Jahrbuch 2001*“, Wiesbaden

**Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002):** „*Datenreport 2002*“, Bonn

**Storz, Henning (2002):** „*Einwanderungsland Deutschland*“, in: Storz, Henning & Reißlandt, Carolin (Hrsg.) „*Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland*“, Leske + Budrich, Opladen

**Straubhaar, Thomas (2002):** „*Migration im 21. Jahrhundert: Von der Bedrohung zur Rettung sozialer Marktwirtschaften ?*“, Mohr Siebeck, Tübingen

**Tichy, Roland & Andrea (2001):** „*Die Pyramide steht Kopf*“, Piper, München

**Thränhardt, Dietrich (2000):** „*Integration und Staatsangehörigkeitsrecht*“ in: Bade, Klaus J. & Münz, Rainer „Migrationsreport 2000“, Bundeszentrale für politische Bildung, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main

**Tönnies, Gerd (2001):** „*Internationale Wanderungen und räumliche Integration – Ergebnisse einer Podiumsdiskussion*“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Internationale Wanderungen und räumliche Integration“, Verlag der ARL, Hannover

**Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (UKZ), Bericht (2001):** „*Zuwanderung gestalten - Integration fördern*“, Bundesministerium des Innern, Berlin

**Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (UKZ), Bericht - Zusammenfassung (2001):** „*Zuwanderung gestalten - Integration fördern*“, Bundesministerium des Innern, Berlin

**Vogel, Dita (1996):** „*Zuwanderung und Sozialstaat : fiskalische Effekte der Zuwanderung ; ihre Messung und Interpretation*“, Lang, Frankfurt am Main

**Vortmann, Marion (2001):** „*Freiwilliges Engagement älterer Menschen als Instrument der gesellschaftlichen Partizipation*“, Lit Verlag, Münster

**Wallace, Paul (1999):** „*Altersbeben - Wie wir die demografische Erschütterung in Wirtschaft und Gesellschaft meistern werden*“, Campus Verlag, Frankfurt / New York

**Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2000):** „*Erwerbsarbeit in der Dritten Lebensphase*“, in: FRANKFURTER INSTITUT – Stiftung Marktwirtschaft und Politik „Prosperität in einer alternden Gesellschaft“, Köln

**Zahn-Elliott, Ursula (2001):** „*Demographischer Wandel und Erwerbsarbeit*“, in: Bullinger, Hans-Jörg „Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft“, Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demographischer Wandel, Stuttgart

**Zuwanderungsgesetz (2002):** „*Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern*“,  
Gesetzentwurf, Stand: 01.03.2002

Ich erkläre hiermit gemäß § 22 Abs. 2 DPO, daß ich die vorstehende Diplomarbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

(Datum)

(Unterschrift)